

In diesem Heft

Editorial 211

Essay

FRIGGA HAUG

Ein Denkmal für Rosa Luxemburg 213

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

FRANZ J. HINKELAMMERT

Wieviel Markt hält der Mensch noch aus? 223

LUTZ BRANGSCH

Soziale Sicherheit als Zivilisationsgewinn? 232

Politische Bildung

DIETER SCHLÖNVOIGT

Konzeptionelle Überlegungen zu einer
PDS-nahen politischen Bildung 238

EVELIN WITTICH

Politische Bildung in der Rosa Luxemburg Stiftung.
Anliegen und Schwerpunkte 246

Herrschaft und Demokratie

VIOLA WEINERT, JOCHEN MATTERN

Die Hölle auf Erden.
Eine Annäherung an Hannah Arendts
Analyse totaler Herrschaft 251

ROLAND W. SCHINDLER

Erschöpfung der Demokratie?
Erneuerung der Politik?
Hannah Arendt über Parteidemokratie und Rätewesen 264

PDS heute

MICHAEL CHRAPA Interne Konfliktpotentiale und Modernisierungschancen der PDS: Situation, Anforderungen, Optionen	276
---	-----

Konferenzen & Veranstaltungen

REINHARD GRIENIG Für eine ökologisch-soziale Zeitenwende – mühsame Annäherungen an ein schwieriges Thema	284
--	-----

OLAF GRIEBENOW Volksuni 2000. Die Werkstatt vom 14./15. Januar	290
--	-----

Festplatte

WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	294
---	-----

Bücher & Zeitschriften

Elviera Thiedemann: Es kam ein langer lichter Herbst (SIGRID BUSCH, ULRICH BUSCH)	296
--	-----

Jürgen Herres: 1848/49. Revolution in Köln (WALTER SCHMIDT)	297
--	-----

Anneliese Braun: Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit? (JUDITH DELLHEIM)	299
---	-----

Cora Stephan: Das Handwerk des Krieges (STEFAN BOLLINGER)	301
--	-----

Jens Samuel: Ein Bombenwochenende (CHAZE)	303
--	-----

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Erste Gesamtübersicht zum Haushaltsjahr 1999	304
--	-----

Eckwerte des Haushaltes 2000	305
------------------------------	-----

Zentrale Forschungsprojekte der Rosa-Luxemburg-Stiftung	306
--	-----

Impressum	312
-----------	-----

Editorial

Die berühmte Aufforderung des Bürgerkönigs Louis Philippe »Bereichert euch!« gilt in einer kapitalistischen Gesellschaft, in der Lebenschancen an materiellen Reichtum gebunden sind und die bedrohlichen Unwägbarkeiten der Zukunft (trotz der institutionalisierten Sicherungs- und Versorgungssysteme) nie gebannt werden können, für jeden – offenbar auch für Parteien. Daß im Kapitalismus jeder prinzipiell eingeladen ist zuzugreifen, wo er nur kann, ist bei Leibe keine neue Einsicht. Dafür haben nicht zuletzt die im System selbst eingebauten Strafen gesorgt. Wer sich dem Bereicherungsgebot – aus welchen mehr oder weniger »edlen« Motiven heraus auch immer – verschließt, muß nicht nur zusehen, wie er »seinen Anteil« anderen überläßt, er muß auch erdulden, daß andere über ihn Macht gewinnen.

Von der Urangst, durch unangebrachte Hemmungen beim Anzueignen von Existenz- und Machtmitteln gegenüber Dritten ins Hintertreffen zu geraten, sind im real existierenden Kapitalismus alle beseelt – der Grundschüler als Ladendieb genauso, wie der gemeine Bürger als (gelegentlicher) Steuerhinterzieher und natürlich auch der einer Partei dienende Gutmensch als Spendensammler. Die »Hemmschwelle« selbst wird neben individuell unterschiedlichen mentalen Veranlagungen vor allem durch das Risiko einer Entdeckung und den damit verbundenen Strafandrohungen bestimmt. Je (einfluß)reicher und politisch mächtiger nun die jeweiligen Akteure sind, desto geringer ist das Risiko der Entdeckung, desto unwahrscheinlicher ist also eine Bestrafung. Um so niedriger liegt folglich die Hemmschwelle, deren Niveau wiederum im umgekehrtem Verhältnis zur möglichen Dimension der Bereicherung steht.

Daß nun in einer Gesellschaft, in der die Gier nach materiellem Reichtum nicht nur allgemein legitimiert ist, sondern zu einer Existenznotwendigkeit wird, überhaupt gesetzliche Regelungen zur Begrenzung dieser Besessenheit eingeführt werden müssen, hat mit den verheerenden, sozial zersetzenden Langzeitwirkungen zu tun. Denn das spontane Bestreben der gesellschaftlichen Akteure geht dahin (und muß zwangsläufig dahin gehen), in eine beherrschende Position zu gelangen und das Spiel dadurch ein für allemal zu entscheiden, so daß die Konkurrenten unterdrückt und verohnmächtigt werden. Damit wäre jedoch das auf Konkurrenz in Wirtschaft und Politik beruhende gesellschaftliche System selbst beseitigt und durch autoritäre Herrschaft ersetzt. Um genau das zu verhindern, ist in einer Gesellschaft von Konkurrenten die übergeordnete

Autorität des Staates notwendig, die für den Schutz der politischen Demokratie genauso sorgt wie für das Weiterbestehen freier Märkte. Die systemimmanente Tendenz zu politischer Autokratie und ökonomischem Monopol kann damit jedoch bestenfalls gedämpft werden – abgeschafft wird sie dadurch natürlich nicht.

Aus dieser Warte gesehen, besteht das augenblickliche Problem einer beim Versuch »übermäßiger« Bereicherung ertrappten Partei nicht im Verhaltensmuster selbst – das ist weithin gesellschaftlich anerkannt –, sondern in dem Umstand, daß sie infolge einer Wahlentscheidung, die auch durch Verfügung über ungesetzliches, zusätzliches Geld nicht hinreichend beeinflusst werden konnte, das jetzt drohende Strafmaß nicht mehr selbst bestimmen kann. Dabei schwingt natürlich immer die Befürchtung mit, die heute mächtigeren politischen Kontrahenten könnten ihre Position genau dazu ausnutzen, das Spiel ein für allemal zu verderben.

Sehr realistisch ist diese Befürchtung allerdings nicht, denn dazu sind die politischen Strukturen inzwischen durch alle Parteigrenzen hindurch zu verfilzt – und nicht zuletzt sind die Großspender aus der Wirtschaft inzwischen für alle dieselben. Außerdem führt die Bereicherungsobsession bei allen wichtigen politischen Akteuren auf allen Ebenen zu ähnlichen (nur graduell unterschiedlichen) Erscheinungen – über Vorteilsnahme im Amt durch den Landesregierungschef über »Flugaffären« bis zum »Bimbos«-System in einer herrschaftsverwöhnten »Volkspartei«.

Bei aller Ungeheuerlichkeit der jüngsten Enthüllungen, geht es also hier eher um das Ausmaß, aber wohl kaum um die Tatsache als solche. Das »System Kohl« und die Begleitumstände seiner Offenbarung können daher bestenfalls zu einer – hin und wieder offenbar notwendigen – Ent-Täuschung über die stets virulenten Grundverhaltensmuster in kapitalistischen Gesellschaften führen. Mit einer »Krise der parlamentarischen Demokratie« oder gar einer »Staatskrise« hat das ganze Spektakel indessen wenig bis gar nichts zutun. Denn aus der Perspektive des kapitalistischen Bereicherungsgebots befinden sich Politik bzw. staatliche Regulierung immer in einer prekären Position. Die Frage ist stets nur, wieviel freibeuterische Willkür durch wieviel politische Gegenmacht zurückgedrängt werden kann. Etwas grundsätzlich anderes zu fordern, hieße eine andere Gesellschaft zu wollen, in der »das gesamte institutionelle System so umgestaltet wird, daß alle leben können« (Franz J. Hinkelammert: Kritik der utopischen Vernunft, S. 282).

ARNDT HOPFMANN

FRIGGA HAUG

Ein Denkmal für Rosa Luxemburg

Vorbemerkung: Ich hatte zunächst vor, eine Reihe von Fotos über einen Dia-Projektor in diesen Vortrag einzubeziehen – so ist er ja auch angekündigt. Mein Ziel war es, die einzelnen Abbildungen den herrschenden Urteilen gegenüberzustellen, um so die Haltlosigkeit dieser Meinungen zu dokumentieren und zugleich eigene Vorstellungen zu ermöglichen. Bei der Auswahl stellte ich schnell fest, daß das Unterfangen falsch war. Ich würde einfach ein Vorurteil durch ein anderes, ebenso fragwürdiges ersetzen und nicht genug wäre gewonnen. Verfehlt war es, Bilder in den Köpfen durch Bilder auf der gleichen Ebene zu vertreiben. Ich versuche es daher mit Worten, die immerhin den Vorteil haben, daß sie eine Vielzahl von Gedanken und von daher dann auch andere Bilder freisetzen können, gewissermaßen gereinigte, solche, die sich der Analyse aussetzen mußten.

Erstens: Beginnen wir also mit dem Luxemburgbild in Worten. Liest man sich durch die immer noch anwachsende Luxemburg-Literatur, sieht man die wohlwollenden Biographen ebenso wie die Kritiker geradezu energisch beschäftigt, ein Bild für sich und uns zusammenzufügen, das im wesentlichen kaum mehr zeigt, als daß sie mit dieser Person nicht fertig geworden sind. Die Beschreibungen beginnen gewöhnlich mit dem äußeren Erscheinungsbild der Frau, urteilen, ob sie schön oder gar häßlich war, als wären dies feststehende und eindeutig bestimmbare Eigenarten; sie erwähnen ihre Größe als »klein« und verweilen meist bei dem Umstand, daß sie ein Hüftleiden hatte, also hinkte; dann geht es über zur Kleidung, zu den Hüten, um endlich, nach solch langen Exkursen eher negativer Art zum Äußeren, zur inneren Schönheit zu gelangen, die ihr kaum jemand abspricht und die sich in einer Liebe zu Blumen und Tieren, vor allem Vögeln und Katzen, und einer privaten Sanftheit geäußert haben soll. Versuchen Sie, sich zu erinnern, ob sie jemals eine solche Umgangsweise mit einem männlichen Theoretiker, Politiker oder Wissenschaftler aus dieser Zeit gefunden haben. Marx oder Engels zum Beispiel oder auch Liebknecht, Lenin, Trotzky? – Sie erfahren, wenn Sie Glück haben, was diese Personen dachten und sprachen und von Fotos mögen Sie wissen, daß diese Männer Bärte trugen, aber sonst? Ich schlußfolgere, daß die Versuche, Luxemburg zu greifen und zu begreifen zumeist ein Porträt der über sie schreibenden Autoren zeigen und wenig über diesen Menschen selbst, an den zu erinnern wir uns vorgenommen haben.

Frigga Haug – Jg. 1937, Prof. Dr., Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Mitherausgeberin der Zeitschrift »Das Argument«, Redakteurin des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« sowie des »Forum Kritische Psychologie«; Forschungsschwerpunkte: Frauensozialisation und -politik, Arbeit

Überarbeitete Fassung eines Vortrages, der am 8. Januar 2000 zur Eröffnung einer Ausstellung über Leben und Werk Rosa Luxemburgs in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin gehalten wurde.

Treten wir auf einem kleinen Umweg näher heran. Lesen wir ein kleines Stück aus Brechts Tui-Roman. Man kann wohl voraussetzen, daß Brecht ein Verehrer Rosa Luxemburgs war – er hat begonnen, ein Stück über sie zu schreiben, er hat Teile aus ihren Texten sich angeeignet und in eigne Worte überführt, die so anders als ihre nicht klingen. Erinnern Sie zur Probe, was sie zur Kultur und Geschichte schrieb:

»Die gesamte menschliche Kultur ist ein Werk des gesellschaftlichen Zusammenwirkens vieler, ist ein Werk der Masse.« Die offizielle Geschichte dagegen »wimmelt von Heldensagen, von Großtaten einzelner, sie hallt vom Ruhme weiser Könige, kühner Feldherren, verwegener Entdeckungsreisender, genialer Erfinder, heldenhafter Befreier. [...] Auf den ersten Blick ist alles Gute und Böse, das Glück wie die Not der Völker Werk einzelner Herrscher oder großer Männer. In Wirklichkeit sind es die Völker, die namenlosen Massen selbst, die ihr Schicksal, ihr Glück und ihr Wehe schaffen«.¹ Auch die Pyramiden sind das Werk von Sklaven, die »die steinernen Zeugnisse der eigenen Versklavung errichteten«².

Ihr Bild von den Sklaven, die die Legitimation ihrer Versklavung selber erbauen müssen, wurde von Peter Weiß in seiner Ästhetik des Widerstands zu einer neuen Interpretation der Skulpturen des Pergamonaltars ausgeführt. – Brecht nimmt ihre bildhaften Vorschläge in *Fragen eines lesenden Arbeiters* auf:

»Wer baute das siebenthorige Theben? ... Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt? ... Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische Mauer fertig war Die Maurer?« usw.³

Man könnte ein solches Vorgehen wie das von Peter Weiß und Bertolt Brecht als Diebstahl bezeichnen, vom Standpunkt Brechts, der solche Urteile als kleinlich und bürgerlich bezeichnet hätte, bedeutete solche Aneignung aber auch höchste Anerkennung und war kennzeichnend für die Weise seines Arbeitens. Dieser Brecht also schrieb Rosa Luxemburg auch ein in seinen TUI-Roman.⁴ Der Begriff Tui (Verformung des Wortes Intellektuelle) und dieser Roman sind sein Versuch, mit unnützen bis schädlichen Intellektuellen vor allem auch in der Arbeiterbewegung abzurechnen. Dann geht er über zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und ihrer Rolle bei der Agitation gegen den Ersten Weltkrieg. Liebknecht wird eingeführt als einer, der studiert hat, gar einen Dokortitel besaß, also eigentlich das Zeug zu einem Tui hatte, aber ohne dabei einer zu werden, der daher ins Gefängnis gesteckt wurde, sich nicht besserte und gar forderte, die Ungebildeten sollten die Leitung des Staates erhalten usw.. Dann wirft er den Blick auf Luxemburg, welche hier Frau Ro genannt wird – ich setze voraus, daß Sie wissen, daß sie studiert hatte, einen Dokortitel besaß und eine meisterhafte Rednerin war. Sie wird folgendermaßen von Brecht eingeführt:

Ro, »die ihn unterstützte und die womöglich noch mehr Unruhe anstiftete als er, war eine Ausländerin, eine unschöne Erscheinung, die sich beim Schreiben einiger Bücher über Wirtschaft und Politik die Augen verdorben hatte, so daß sie einen Zwicker tragen mußte. Ihre Freunde behaupteten, sie sei im Privatleben eine sanfte Person mit einer Liebe zu Blumen, jedoch wenn sie öffentlich redete, war sie wie der Teufel selbst und hetzte die unwissende Menge auf,

1 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1987, S. 206f.

2 Ebenda, S. 207.

3 Bertolt Brecht: Gesammelte Werke in 20 Bänden, Band 9. Gedichte 2, Frankfurt/M. 1990, S. 656f.

4 Ebenda, Bd. 12. Prosa 2, S. 589ff.

den Besitzenden alles wegzunehmen, selbst die größten Besitztümer. Außerdem trug sie schreckliche Hüte.«⁵

Der Einschub wird abgeschlossen:

»Einige Offiziere entführten Li-keh und Ro, erschossen den Mann in einem Gehölz und schrien, die Frau nieder tretend und ihr mit dem Bajonettkolben das Gesicht zerschmetternd: ›Was Du dreckige Vettel, willst Unordnung stiften und die tausendjährige ... Kultur vernichten?‹ Sie trampelten sie zu Tode und warfen die Leiche in einen Kanal.«⁶

Brecht bedient sich hier einer meisterhaften Regie. Mit wenigen Worten schafft er es, die allgemeine Stimmung, das Volksvorurteil gegen Rosa Luxemburg durch scheinbar neutrale einfache Wiedergabe des Eindrucks, der von Luxemburg berichtet wird, einzufangen als eine Stimmung, auf der Mordlust gedeihen kann und legitimiert wird, und in einem dies Ganze auch als eine ungeheuerliche Konstruktion uns zum Durchdenken zu übergeben. Die Schwierigkeiten, mit Rosa Luxemburg umzugehen, sich einen Reim auf sie zu machen, liegen nicht nur im allgemeinen Volkseinstandnis, sie gehen bis tief in die Reihen der Arbeiterbewegung als Teil davon. Sie betreffen sie als Polin, als Jüdin, als Frau, als Intellektuelle, als Marxistin. Sie umgreifen also Rassismus/Ausländerhaß, Frauenfeindlichkeit, Intellektuellenfeindlichkeit und Antimarxismus, je nachdem, wer spricht. Das heißt, man hat es nicht mit individuellen Entgleisungen in der Luxemburgrezeption zu tun, sondern mit herrschender Kultur, wie sie sich im Alltagsverständnis bis in alle Volksschichten festsetzt. Dies nicht zu bearbeiten und nicht für eine hochpolitische Angelegenheit zu halten, würde alle Versuche, sich wirklich an Luxemburg zu erinnern, ihr ein Denkmal zu setzen, vergeblich machen.

Zweitens: Natürlich kann ich solche Bergwerksarbeiten im Kulturellen hier in knapper Zeit nicht leisten; es ist ohnehin ein Prozeß, in den alle verwickelt sein müssen und nicht durch einfache Mitteilungen zu verändern. Ich beschränke mich daher auf nur zwei Dimensionen, die zugleich einen Einblick in die Art ihres wissenschaftlich-politischen Denkens geben können.

Die erste Frage lautet, worin liegt eigentlich die Schwierigkeit, mit Luxemburg als *wissenschaftlicher Politikerin* umzugehen und zwar mit beiden Aspekten, dem wissenschaftlichen wie dem politischen? Vielleicht liegt es daran, daß sie in beiden Punkten herausragend und also nicht leicht einzugemeinden war. Als Wissenschaftlerin – wer kennt sie schon als eine solche? – und doch kann man ohne Übertreibung sagen, daß es keine so gute Marxistin gab und auch keinen Marxisten nach ihr oder besser, daß Marx keinen fand, der so gut verstand und kritisch weiterentwickelte, lebte und ins Politische zog, was er gedacht hatte, als sie. Auch Engels nicht. Immerhin findet man in der Geschichte der Arbeiterbewegung unter einer großen Schar von Ignoranten einige wenige, die ihr theoretisches Wirken ähnlich einschätzen. So beschreibt sie Karl Radek als »der größte, tiefste theoretische Kopf des Kommunismus«⁷ und Franz Mehring nennt sie (schon 15 Jahre früher) den »genialsten Kopf unter den Erben von Marx und Engels«⁸. Georg Lukàcs schließlich bezeichnet sie in *Geschichte und Klassenbewußtsein* als

5 Ebenda, S. 631.

6 Ebenda, S. 632.

7 Karl Radek: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Hamburg 1921, S. 25.

8 Franz Mehring: Historisch-materialistische Literatur, in: Neue Zeit, XXV (1906-1907), Nr. 41, S. 507.

9 Georg Lukács:
Geschichte und Klassen-
bewußtsein, Berlin 1923,
S. 56.

einzigsten Schüler von Marx, der sein Werk wirklich weitergeführt hat.⁹ Ganz unbestechlich läßt sie sich niemals vom bloßen Augenschein verführen, nicht von schönen Worten, nicht einmal von politischen Richtungen, die ihr nahestehen, ohne den Sachverhalt genau zu überprüfen, historisch zu fundieren, in seiner Widersprüchlichkeit auseinanderzulegen und, selbst wenn es schmerzlich ist, eine Schlußfolgerung zu ziehen, die selbst wiederum nicht auf Dauer und Rechthaben beharrt, sondern sich in den stets veränderbaren Fluß der Dinge einreicht, um die Veränderbarkeit weiß und sich ihr kritisch stellt.

Politisch ist sie nicht leicht zu verdauen, weil sie, anders als die meisten, die in der Nachfolge von Marx in der Arbeiterbewegung Politik machten – die Tagespolitik, den Alltag, das direkt Mögliche mit einer weitreichenden Perspektive verband. – Heute, so viele Jahrzehnte später, können wir wohl schließen, daß diese Weise, Politik im Großen mit Alltag im Kleinen zu verbinden, Theorie mit Erfahrung – was eine Forderung der feministischen Bewegung wurde –, immer noch nicht eingeholt und wohl auch gerade in dieser Verbindung zu weiblichen Weltaneignungsformen in einer männlich dominierten Arbeiterbewegung und Politik nicht auf ein positives Echo, auf Nachahmung oder auch nur Verständnis stoßen konnte. Ihr Bezug zu Erfahrung und Alltag, zu historischen Ereignissen und politischen Taten ließ sie nicht zur Verkündung *richtiger* oder *falscher* Politik kommen oder überhaupt zu einem Diktat der einzuschlagenden Wege. Sie erarbeitete eher genau umgekehrt die kleinen machbaren Schritte aus den verschiedenen Kräftekonstellationen, alltäglichen Dringlichkeiten. Sie setzte sie politisch nicht so um, daß sie – wie dies etwa unter der späteren Linken üblich war – jeweils prüfte, ob etwas direkt zum Sozialismus führe, »systemsprengend« war, wie das dann hieß oder nicht und daher abzulehnen sei, sondern sie arbeitete so, daß mit jedem Schritt das Volk, die Menschen fähiger wurden, ihre Geschicke in eigene Hände zu nehmen, wissender, denkender, mutiger, kurz: handlungsfähiger. Daß in dieser Weise Politik ein offener Prozeß wurde, in den man sich jeweils einmischen konnte und mußte, bedeutete auch, daß die widersprüchlichen Seiten der Vorgänge selbst zum Mittel von Politik gemacht wurden. So konnte sie gegen den Parlamentarismus wettern und doch für die Beteiligung im Parlament streiten. Sie beschimpfte die Friedenskongresse und ihre Repräsentanten und doch wird keiner bestreiten, daß sie unbedingt gegen den Krieg war. Sie sah scharf, wie die Verkündung von Moral zu den Herrschaftstechniken gehört und dabei zur Einschüchterung der Menschen führt und doch ist die Moral, das Verlangen nach Gerechtigkeit und die Empörung über das Unrecht eine der ganz wesentlichen Grundlagen ihrer politischen Agitation.

Sie nannte ihre Politik selbst »revolutionäre Realpolitik«, eine Bezeichnung, die für diejenigen, die wissen, daß sie für die einen für Anarchismus und Antiautoritäres, für die anderen für traditionellen Marxismus steht, ganz überraschend sein muß. Nachzulesen ist bei Rosa Luxemburg, wie reale Politik, also das hier und heute Machbare in revolutionärer Perspektive praktisch gelebt werden kann, eine Fähigkeit, die angesichts heutiger Realpolitik so verrückt

anmutet, wie sie zugleich von vielen als dringlich notwendig verspürt wird. Es muß darum gehen, im Bestehenden Politik zu machen, politisch handlungsfähig zu sein in der Perspektive einer großen Veränderung. Grundlage dafür ist zunächst Rosa Luxemburgs Einschätzung der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Vergesellschaftung. Vielleicht kann man sehr verkürzt sagen, daß sie wie Marx die Neuerungen und Errungenschaften dieser Produktionsweise begeisterten und daß sie zugleich die Gewalttätigkeit gegen Menschen (Arbeitende, andere Völker) und gegen Natur (Zerstörung) als Wegbegleiter kapitalistischen Fortschritts aufs Schärfste sah. Die wissenschaftliche Entdeckung von Marx war für sie der Nachweis des Ineinander von Ausbeutung und Vergesellschaftung im Sinne einer Weiterentwicklung zu immer mehr Möglichkeiten eröffnenden Formen des Produzierens und Zusammenlebens. Insofern begrüßt sie die Entwicklung der Produktivkräfte (etwa Bau von Eisenbahnlinien, Wasserstraßen usw.), ohne zugleich die gewalttätige und rücksichtslose Einführung zu übersehen:

»Sie zeigen auch wiederum, welche kolossalen Produktivkräfte im Schoße unserer Gesellschaft schlummern und welchen Aufschwung der Fortschritt und die Kultur nehmen werden, wenn sie einmal die Fesseln des kapitalistischen Interesses losgeworden sind.«¹⁰

Die einzige, allerdings überlebensnotwendige Möglichkeit, Gewalt und Zerstörung Einhalt zu gebieten, war für sie die Übernahme der Gesellschaft durch die Assoziation der Produzierenden im weiteren Sinn, deren Herausbildung sie antizipierte und deren Vernichtung sie als blutigen Kampf prognostizierte. Diese »Produzierenden« allerdings begriff sie zugleich selbst als Werdende in der kapitalistischen Vergesellschaftung, als Menschen oder als Volk (hier geht sie deutlich über die Vorstellung, es seien wesentlich nur die Arbeiter, die ihr Schicksal in eigene Hände nehmen müßten, hinaus), die alle Entwicklung als ihr Werk begreifen müßten, um Gesellschaft als eigenes Projekt überhaupt gestalten zu können. Der Prozeß ist gedacht zugleich als einer der Selbstveränderung wie der Veränderung von Gesellschaft.

In der Schrift *Karl Marx* von 1903 formuliert sie den Bruch mit bisherigen Politiken:

»Vor allem aber, was gibt uns einen Maßstab bei der Wahl der einzelnen Mittel und Wege im Kampfe, zur Vermeidung des planlosen Experimentierens und kraftvergeudender utopischer Seitensprünge? Die einmal erkannte Richtung des ökonomischen und politischen Prozesses in der heutigen Gesellschaft ist es, an der wir nicht nur unseren Feldzugsplan in seinen großen Linien, sondern auch jedes Detail unseres politischen Strebens messen können. Dank diesem Leitfaden ist es der Arbeiterklasse zum erstenmal gelungen, die große Idee des sozialistischen Endziels in die Scheidemünze der Tagespolitik umzuwechseln und die politische Kleinarbeit des Alltags zum ausführenden Werkzeug der großen Idee zu erheben. Es gab vor Marx eine von Arbeitern geführte bürgerliche Politik, und es gab revolutionären Sozialismus. Es gibt erst seit Marx und durch Marx sozialistische Arbeiterpolitik, die zugleich

10 Rosa Luxemburg:
Gesammelte Werke, Bd.
1/1, Berlin 1987, S. 283.

11 Rosa Luxemburg:
Gesammelte Werke, Bd.
1/2, Berlin 1970, S. 373.

und in vollstem Sinne beider Worte revolutionäre Realpolitik ist.«¹¹ Den Unterschied zur bürgerlichen Politik, die ja auch alltäglich und real sein muß, sieht sie im Standpunkt, von dem aus die Dinge betrachtet werden. Einmal ist es der der »materiellen Tageserfolge«, einmal der »der geschichtlichen Entwicklungstendenz«¹². Zugleich denkt sie, daß die revolutionäre Dimension der Politik auch darin bestehe,

12 Ebenda.

daß »sie sich bewußt nur als das Vorstadium des Aktes betrachtet, der sie zur Politik des herrschenden und umwälzenden Proletariats machen wird.«¹³.

13 Ebenda, S. 374.

So seltsam solche Formulierungen heute in ihrer Gewißheit klingen mögen, werfen sie doch auch ein weiteres Licht auf Luxemburgs Konzeption von Politik. Sie ist nämlich immer noch Politik unter bestehenden Herrschaftsverhältnissen und daher selbst auch eine Form, die mit beherrschten Subjekten rechnet und mit Brüchen im politischen Alltag. Sie ist keinesfalls sozialistische Politik, wie sie für eine befreite Gesellschaft konzipierbar wäre. Sie denkt *revolutionäre Realpolitik* auf der einen Seite als Aufklärung und Information über die »Fortschritte« in der Gesellschaft. Da aber solche Fortschritte niemals an sich und für alle, also allgemein Fortschritte sind, sondern z. B. aus »niederen Interessen«, wie etwa Profitgier ohne Rücksicht, durchgesetzt werden, gilt es, den ihnen innewohnenden, die Menschheit bereichernden Teil herauszuarbeiten und die besonderen gewalttätigen Anteile dem Zorn und der Empörung des Volkes anheimzugeben. Daher ist *revolutionäre Realpolitik* in erster Linie auch so etwas wie eine oppositionelle Presse. Berichtet wird vom virtuellen Standpunkt des Volkes; gesetzt auf das Gefühl von Gerechtigkeit.

14 Ebenda, S. 138.

In dieser Weise bereitet sie den nötigen Grund für überraschende Fragen zur Kolonialpolitik, die dann auf der Ebene des Alltagsverständnisses gestellt werden können. Sie versucht nämlich nicht über große Gewinnzahlen die Tatsache der Ausbeutung etwa als Ungerechtigkeit in der Verteilung vorzuführen, dies scheint ihr im Gegenteil ein höchst untaugliches Mittel der Politik zu sein,¹⁴ sondern sie versucht, das Volk in die Widersprüche des Systems selbst zu verstricken. So z. B. nachdem wir also wissen, was welche Handelsbewegung erbrachte:

15 Ebenda, Band 1/1,
S. 284.

»Gerade die Länder, deren Erwerbung und Erhaltung dem Volke eine Unmasse Geld kostete, sind für den deutschen Handel und die Industrie, um derentwillen sie angeblich erworben wurden, von einer Bedeutung, die gleich Null ist.«¹⁵ Und weiter: »Nicht kommerziellen und industriellen Aufschwung, bloß enorme Opfer an Gut und Blut und stets wachsende Gefahren für eine ruhige Entwicklung kann die Weltabenteurerpolitik dem deutschen Volke bringen.«¹⁶

16 Ebenda, S. 285.

Im Grunde nimmt sie das Ringen auf der Ebene der Hegemonie der herrschenden Klasse auf. Deren Propaganda, daß für das Volk und seinen Wohlstand Handelskriege geführt werden müssen, entgegnet sie weder moralisch noch auf der Ebene der Anrufung von Solidarität mit den zu unterwerfenden Völkern. Sie nimmt vielmehr offenbar an, daß die Kriegspropaganda mit den Argumenten für den nationalen Wohlstand zustimmungsfähig ist. Die Zustimmung speist sich aus einer Volksmeinung, daß es den Regierenden

tatsächlich um Volkswohlstand gehe. Dieses nimmt sie beim Wort und führt vor, daß hier im Gegenteil Volkes Geld und Blut geopfert werde. Logisch zu Ende gedacht würde solch politische Argumentation bedeuten, daß Kriege gerechtfertigt seien, wenn sie tatsächlich Handelsreichtum erbrächten. Rosa Luxemburg aber begreift Politik nicht als eine Sache geradliniger Argumentation und theoretischer Bemessung. Vielmehr geht es immer und überall darum, das Volk zu beteiligen, als säße es selbst an der Regierung. Ist dieser Standpunkt, der in der regierungsoffiziellen Propaganda auch der Standpunkt der herrschenden Klasse ist, erst praktisch eingenommen, dann können weitere Fragen von Politik und Gesellschaftsgestaltung auf die Tagesordnung kommen, nicht vorher.

Ein weiterer Typ *revolutionärer Realpolitik* ist der Versuch, die inneren Widersprüche im Kapitalismus vom Standpunkt des Volkes zuzuspitzen. Grundauffassung ist dabei, daß die kapitalistische Produktionsweise selbst revolutionär und innovativ ist. Insofern streitet die vom Profit vorangetriebene kapitalistische Entwicklung stets auch gegen alte Besitztümer und Privilegien, drängt zu neuen Formen. Der Staat aber, der nicht in gleicher Weise sich beständig umwälzt, tritt in vielen solchen Fällen zum Schutze des alten Kapitals an. Politik muß mithin gegen den Staat und für neuere Entwicklungen im Kapitalismus gemacht werden. Diese selbst begreift sie als fortwährende Annäherungen an sozialistische Produktions- und Vergesellschaftungsweisen, gegen die politisch immer höhere Wände errichtet werden. Untätigkeit ist ihr daher »passive(r) Verra(t)«¹⁷.

17 Ebenda, S. 433.

Die ausschließende Entgegensetzung von revolutionärer gegen sozialreformerische, gegen demokratische, gegen Realpolitik, so können wir von Rosa Luxemburg lernen, verdankt sich der falschen Einschätzung des Proletariats. Politik muß gemacht werden mit dem »beherrschten Proletariat und nicht dem siegreichen«¹⁸. Das bedeutet allerdings, daß Politik für die Arbeiter zugleich gegen sie gemacht werden muß, daß also ein Kampf um die Köpfe und Gefühle ebenso Bestandteil von *revolutionärer Realpolitik* sein muß:

18 Ebenda.

»Es ist klar, daß, was die Technik der Produktion betrifft, das Interesse des (einzelnen) Kapitalisten mit dem Fortschritt und der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft vollkommen zusammenfällt. Es ist die eigene Not, die ihn zu technischen Verbesserungen anspornt. Die Stellung des einzelnen Arbeiters hingegen ist gerade entgegengesetzt: Jede technische Umwälzung widerstreitet den Interessen der direkt dadurch berührten Arbeiter und verschlechtert ihre unmittelbare Lage, indem sie die Arbeitskraft entwertet. Insofern sich die Gewerkschaft in die technische Seite der Produktion einmischen kann, kann sie offenbar nur im letzteren Sinne, d. h. im Sinne der direkt interessierten einzelnen Arbeitergruppen handeln, d. h. sich Neuerungen widersetzen. In diesem Fall handelt sie aber nicht im Interesse der Arbeiterklasse im Ganzen und ihrer Emanzipation, das vielmehr mit dem technischen Fortschritt, d. h. mit dem Interesse des einzelnen Kapitalisten übereinstimmt, sondern gerade entgegengesetzt, im Sinne der Reaktion.«¹⁹

19 Ebenda, S. 389f.

Zusammenfassung: Voraussetzung für die Entwicklung revolutionärer Realpolitik ist eine wissenschaftliche Analyse und genaues Studium der Bewegungen in der Gesellschaft. Allgemeine Grundannahme ist die Auffassung, daß die Bewegungen im Kapitalismus widersprüchlich sind, daß Kapitale Entwicklungsinteressen für das Volk haben können, umgekehrt der Staat dem Fortschritt entgegenstehen kann. Revolutionäre Realpolitik braucht Presse/Öffentlichkeit. Denn es geht ihr darum, Wissen und Informationen über reale Entwicklungen so zu verbreiten, daß begreifendes Erkennen als selbsttätiger Prozeß möglich wird. Es geht darum, dem herrschenden Konsens die Hegemonie streitig zu machen. Daher wird angesetzt beim beherrschten Volk und seinem Sinn für Gerechtigkeit und Moral, beim Alltagsverstand. Die Einsichten, die es gewinnt, sollen es befähigen, politisch zu denken in der Perspektive, die Regierung zu übernehmen. Also berichtet sie nicht so sehr über das Elend, über Ausbeutung, sondern sie gibt Informationen, die für ein Volk an der Regierung wichtig wären. Mittel sind die Aufdeckung der inneren Widersprüche des Systems; Vorführen der positiven Seiten und Entwicklungen im Kapitalismus, auch wenn diese spontan gegen Arbeitende gerichtet sind; die Spaltung der herrschenden Moral in eine für die Unteren, eine, die nur für die Oberen gilt, in eine kleinbürgerlich rückwärtsgewandte und eine der Protestbewegungen, die sich »nicht gegen die Folgen, sondern gegen die Wurzel richtet«²⁰. Da sie ansetzt beim Alltagsverstand, sind Sprichworte und Wortspiele, Metaphern aus dem Haushalt und ähnliches (ein ausgetretener Hausschuh der Diplomatie; ein Schürzenstipendiat der Börsenwölfe²¹ u.ä.) stetes Mittel ihrer Reden. Der Transport solch sinnlicher Erfahrungen in große Politik macht dabei Sprache zu einem Bewegungsmedium mit stets wechselnden Bedeutungen und Regierungspolitik so verständlich wie das Terrain, aus dem die Sprache und ihre Bilder entlehnt sind.

Drittens: Erlauben Sie noch einen kleinen Exkurs zu einem anderen verbreiteten Vorurteil inhaltlicher Art gegen Rosa Luxemburg, das bequemerweise einen davon enthebt, sie überhaupt zu lesen. Viele Menschen meinen genug zu wissen, wenn sie aus dem Kopf zitieren können, daß sie gesagt hat, *Freiheit sei stets die Freiheit der Andersdenkenden*. Und dann »weiß« man doch auch, daß sie ansonsten so ernst nicht zu nehmen war, weil sie romantisch illusionär die »Massen überschätzte«. Das leuchtet schnell ein, wer die Massen überschätzt, taugt für wahre Politik nicht und bequem kann man sich einrichten in einer üblichen Verachtung der Massen. Aber es geht mir hier nicht nur darum, die Haltung hinter solchem Urteil in Frage zu stellen, sondern hauptsächlich um die Frage, ob die Aussage überhaupt stimmt. Man kann das leicht überprüfen, indem man ihre Äußerungen über die Massen nachliest. Das vorweggenommene Resultat: die Einschätzung entstammt einer dem Luxemburgschen Denken fremden Statik über die Bedeutung des Wortes Masse selbst.

Nehmen wir das Urteil zunächst so, wie es gemeint ist, und suchen ihre Worte über die Masse der Arbeitenden oder des Volkes zu ihrer Zeit, so finden wir nicht Überschätzung, sondern die schärfsten Verurteilungen. In der Krise der Sozialdemokratie schildert sie

20 Rosa Luxemburg:
Gesammelte Werke, Bd. 3,
Berlin 1973, S. 31.

21 Ebenda, S. 27.

mit heftigen Worten die kriegsbegeisterte Masse, ihren »patriotische(n) Taumel«²², ihre Teilhabe an der »Massenschlächterei«, die zum »ermüdend eintönigen Tagesgeschäft«²³ wurde. Und schließlich das Gemälde des Ganzen:

»Vorbei ist der Rausch. Vorbei der patriotische Lärm in den Straßen, die Jagd auf Goldautomobile, ... die Straßenexzesse des spionewitternden Publikums, das wogende Menschengedränge in den Konditoreien, wo ohrenbetäubende Musik und patriotische Gesänge die höchsten Wellen schlugen; ganze Stadtbevölkerungen in Pöbel verwandelt, bereit zu denunzieren, Frauen zu mißhandeln, hurra zu schreien und sich selbst durch wilde Gerüchte ins Delirium zu steigern; eine Ritualmordatmosphäre, ... in der der Schutzmann an der Ecke der einzige Repräsentant der Menschenwürde war.

Die Regie ist aus. Die deutschen Gelehrten, die »wankenden Lemuren«, sind längst zurückgepfiffen. Die Reservistenzüge werden nicht mehr vom lauten Jubel der nachstürzenden Jungfrauen begleitet, sie grüßen nicht mehr das Volk aus den Wagenfenstern mit freudigem Lächeln; sie trotten still, ihren Karton in der Hand, durch die Straßen, in denen das Publikum mit verdrießlichen Gesichtern dem Tagesgeschäft nachgeht.« usw.²⁴

Hier kann von Überschätzung kaum die Rede sein, im Gegenteil, die Massen sind die rauschhafte, unwürdige, mordlustige Menge, wie sie die bürgerliche Gesellschaft hervorbringt, wie sie selbst in dieser Gesellschaft zu agieren in der Lage ist.

»... nur die standhafte Kadaverhaltung des deutschen Proletariats«²⁵ ermöglichte es dem deutschen Imperialismus, die russische Revolution für sich auszunützen, und die Reaktion konnte sich das gewagte Experiment nur leisten, »im felsenfesten Vertrauen auf den unerschütterlichen Stumpfsinn der deutschen Volksmassen«²⁶. Ja, selbst die Arbeiterklasse agiert als »willige(r) Henker fremder Freiheit«²⁷.

So folgt Luxemburg auch nicht dem üblichen Schema, nur auf die klassenbewußten Arbeiter zu setzen – ein solches Vorgehen kritisiert sie im Gegenteil (in ihrer Rede auf dem Gründungsparteitag, in der sie zur Wahlbeteiligung der KPD aufruft) als bequeme Haltung (der Gruppe um Otto Rühle).²⁸ Aber Masse ist ihr zugleich kein feststehender Begriff, kein Aggregatzustand. Die Massen sind immer in Bewegung. Sie sind nicht unbedingt heute, aber als Menschen in der Lage, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Dies ist für Luxemburg Inbegriff von Sozialismus und der Sinn, warum es für ihn zu streiten lohnt. Es ist zugleich ihre Vorstellung vom Menschsein. Die Masse, das ist die Menschheit selbst, als Opfer und Täter der eignen Geschichte.

»Kein Krieg ist möglich, den nicht die Volksmassen selbst, sei es durch kriegerische Begeisterung oder wenigstens durch unterwürfige Duldung, verantworten. ... Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken. Aber sie machen sie selbst. Das Proletariat ist in seiner Aktion von dem jeweiligen Reifegrad der gesellschaftlichen Entwicklung abhängig, aber die gesellschaftliche Entwicklung geht nicht jenseits des Proletariats vor sich, es ist in gleichem Maße ihre Triebfeder und Ursache, wie es ihr Produkt und Folge ist. Seine Aktion selbst ist mitbestimmender Teil der Geschichte.«²⁹

22 Rosa Luxemburg:
Gesammelte Werke, Bd. 4,
S. 64.

23 Ebenda, S. 51.

24 Ebenda, S. 51f.

25 Ebenda, S. 378.

26 Ebenda, S. 375.

27 Ebenda, S. 381.

28 Ebenda, S. 381f.

29 Ebenda, S. 61.

Aber gerade, weil die Massen zugleich unmündig und unreif in den Verhältnissen stecken, hängen Verwirklichung des Sozialismus und Revolution davon ab, daß sie ihren Reifungsprozeß selber bewirken. Das Medium ist die Erfahrung. Erfahrung ist aber auch die Schranke gegen das Voranschreiten, gegen Entwicklung, weil sie zum Verharren und Bleiben auffordert. Diese Haltung zu überwinden, macht wissenschaftlichen Umgang mit Erfahrung wichtig und bestimmt damit die transitorische Aufgabe der Intellektuellen in der Arbeiterbewegung und die Notwendigkeit, daß die Arbeitenden selber Intellektuelle werden. Die besondere Weise, in der Luxemburg agitatorisch mit dem Volk spricht, und in der es mit sich selber sprechen kann, läßt nur bei sehr oberflächlicher Lektüre den Eindruck der Überschätzung aufkommen: die Menschen werden angerufen als zukünftige, als Menschen, die sie sein können und vielleicht werden wollen.

Viertens: Kann man solch wissenschaftliche und politische Haltung überhaupt in ein Bild, in ein Denkmal zusammenfassen? Damit frage ich auch, ob solche Überlegungen über ihre Arbeit den Vorstellungen über ein Eingedenken überhaupt nützen können? Nach meinem Dafürhalten schließen alle Überlegungen und Vergegenwärtigungen über das Luxemburgbild im Alltagsverstand eine irgendwie realistische Annäherung an ihre Erscheinung übersetzt in Denkmalform aus. Es wird nicht möglich sein, die Vorurteile aufzugreifen, der Kritik auszusetzen und zugleich eine andere Sicht vor- und darzustellen – Rosa Luxemburg bleibt Frau, polnische Jüdin mit bestimmten Gesichtszügen, Intellektuelle, Marxistin. Aus dem Rezeptionskreis ist so einfach nicht auszuberechnen. – Man kann sich das sicher an den Mengen der existierenden Denkmalversuche und Abbildungen leicht vergegenwärtigen. Wäre ich Bildhauer, ich würde statt dessen den Stier bei den Hörnern packen und umgekehrt ansetzen, beim Volksvorurteil. Ich würde die Täter abbilden, die Auftraggeber in Staat, Partei, Wirtschaft, das Volk, soweit es in dumpfen Vorurteilen solche Taten wie die Erschlagung der Rosa Luxemburg ermöglicht – immer wieder.

Literatur

- Basso, Lelio (1969): Rosa Luxemburgs Dialektik der Revolution, Frankfurt.
 Bonacchi, Gabriella (1986): Autoritarisme et anti-autoritarisme dans la pensée de Rosa Luxemburg, in: Weill und Badia (ed.), Rosa Luxemburg aujourd'hui, S. 101-107.
 Brecht, Bertolt (1990): Gesammelte Werke in 20 Bänden, Frankfurt/M.
 DGB-Bildungswerk (Hg.) (1990): Rosa Luxemburg im Widerstreit. Hattinger Forum, Hattingen.
 Dölling, Irene (1987): Zum Luxemburgfilm der Margarete von Trotta, in: Weimarer Beiträge 4, S. 633.
 Eitinger, Elzbieta (1988): Rosa Luxemburg: A Life, Pandora Press
 Fröhlich, Paul, 1949: Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, Hamburg.
 Geras, Norman (1994): Rosa Luxemburg and Democracy, in: New Left Review, 203, 92-106.
 Gruszka, Regina und Anja Weberling (1987): Was sich von Rosa Luxemburg zur Frage der Volkszählung lernen läßt, in: Das Argument 162.
 Hensel, Horst (1988): Die Sehnsucht der Rosa Luxemburg. Roman, Köln.
 Hirsch, Joachim (1994): Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, in: Das Argument 203.
 Laschitzka, Annelies (1996): Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin.
 Lukacs, Georg (1923): Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin
 Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Bd. 1 – 5, Berlin 1970ff.
 Mehring, Franz (1906-1907): Historisch-materialistische Literatur, in: Neue Zeit, XXV, Nr. 41.
 Mandel, Ernest u. Karl Radek (1986): Rosa Luxemburg. Leben-Kampf-Tod, Frankfurt/M.
 Radek, Karl (1921): Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Hamburg.
 Schmidt, Giselher (1988): Rosa Luxemburg. Sozialistin zwischen Ost und West. Persönlichkeit und Geschichte 132/133, Göttingen.

FRANZ J. HINKELAMMERT

Wieviel Markt hält der Mensch noch aus?

Man erzählt vom König Pyrrhus, einem König der griechischen Antike, daß er nach einer gewonnenen Schlacht ausrief: »Noch ein solcher Sieg und ich bin verloren.«

Aber der König Pyrrhus war weise. Er wußte, einen anderen solchen Sieg zu vermeiden. Daher konnte er bis zum friedlichen Ende seiner Tage regieren und danach im Bett sterben, statt auf dem Schlachtfeld.

Wir leben heute in einem System, das 1989 seinen ersten Pyrrhussieg erfocht. Aber dieses System ist kein König Pyrrhus und hat auch nicht die Weisheit, die der König Pyrrhus gehabt hat. Das System sucht einen zweiten Sieg. Es handelt sich um den Sieg über allen menschlichen Widerstand ihm gegenüber. Wenn es diesen Sieg erringt, so wird es sein zweiter Pyrrhussieg sein und damit sein Ende. Aber eben nicht nur das Ende des Systems, sondern ebenfalls das Ende der Menschheit.

Globalisierung – eine Geschichte der Eroberung

Heute ist das Wort Globalisierung ein Modewort geworden. Aber das ist kein Grund, einfach auf dieses Wort zu verzichten. Denn tatsächlich leben wir heute in einem neuen Kontext der Globalisierung, der sich im letzten halben Jahrhundert ergeben hat. Denn Globalisierung heißt ja nichts weiter, als daß die Welt ein Globus ist und es immer mehr wird.

Seit langem weiß man, daß die Erde rund ist. Das wußte Kopernikus, und Kolumbus zog aus der astronomischen Erkenntnis des Kopernikus Konsequenzen, die die Welt veränderten. Hier beginnt die Globalisierung der Erde als eine Aktivität. Als ihr Ergebnis wurde die Erde runder, weit mehr, als dies für Kopernikus der Fall war. Alle weitere Geschichte kann man als eine Geschichte von Globalisierungen schreiben, die die Welt immer runder machten.

Als Alexander der Große sein Imperium eroberte, sagte man von ihm, daß er mit jedem Land nur eine neue Grenze eroberte. Als Prozeß gesehen verfolgte jede Eroberung eine schlechte Unendlichkeit, die er nie erreichen konnte. Die Erde schien unendlich zu sein ohne jede Möglichkeit oder auch Vorstellung, sie irgendwann völlig erobern zu können. Als aber die Erde als rund bewußt wurde, schien ihre Eroberung auf einmal möglich. Bereits im 16. Jahrhundert sagt der spanische König voller Stolz, er beherrsche ein Imperium, in dem die Sonne nicht untergeht. Das 18. und das 19.

Franz J. Hinkelammert – Jg. 1931; studierte Wirtschaftswissenschaften in Freiburg, Hamburg und Münster, seit 1963 in Lateinamerika tätig, seit 1976 Professor für Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Tegucigalpa (Honduras) und Heredia (Costa Rica) sowie Mitarbeiter am Ökumenischen Forschungszentrum (Departamento Ecuemenico de Investigaciones, Apartado Postal 389-2070, Sabanita, San José, Costa Rica); veröffentlichte u.a.: »Die ideologischen Waffen des Todes. Zur Metaphysik des Kapitalismus« (1985) und »Kritik der utopischen Vernunft. Eine Auseinandersetzung mit den Hauptströmungen der modernen Gesellschaftstheorie« (dt. 1994). Der vorliegende Beitrag wurde erstmals publiziert in: »Junge Kirche. Zeitschrift europäischer Christinnen und Christen«, Heft 5/98 (Mai 1998), S. 265-275.

Am 14. März 2000, 19 Uhr spricht Franz J. Hinkelammert in Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1 in Berlin-Friedrichshain zum Thema: Gerechtigkeit – wider den eurozentristischen Blick.

Jahrhundert sind die Jahrhunderte des Wettlaufs der europäischen Kolonialmächte um die Kolonialisierung der gesamten Erde. Ihre Weltkarte hatte weiße Flecken, die die Eroberung zu beseitigen hatte. Ende des 19. Jahrhunderts war die gesamte Erde kolonialisiert oder beherrscht und unter einer Handvoll Kolonialländer aufgeteilt, die im Vergleich zur Größe der kolonialisierten Länder sehr klein waren.

Man eroberte jetzt nicht mehr mit jedem Land eine neue Grenze, denn es gab keine neuen, nichteroberten Länder mehr. Die Erde war aufgeteilt. Aber es gab mehrere Kolonialmächte. Diese mußten jetzt eine die andere überfallen, wenn sie neue Länder erobern wollten. Daher begann der Kampf um den eroberten Schatz. Gelang es einer, alle anderen herauszudrängen, so konnte diese zur Herrscherin der gesamten Welt werden. Dies gibt den darauf folgenden Kriegen den Charakter von Weltkriegen, die stattfinden, damit eine Macht die Herrschaft über die Welt antreten kann. Sie sind Weltkriege, obwohl sie in Europa stattfinden, weil sie zwischen den die gesamte Welt beherrschenden Kolonialmächten stattfinden. Die Erde als Objekt der Eroberung wird jetzt zum Streitobjekt zwischen den Kolonialmächten selbst.

Allerdings war das Wort Globalisierung bisher eher ein Wort, das beiläufig benutzt wurde. Aber in unserer Zeit bezeichnet es eine neue Etappe dieser Rundheit der Erde, die sich effektiv von den vorherigen unterscheidet. Wir werden uns heute auf eine neue Weise dieser Rundheit bewußt.

Diese neue Erfahrung von der Rundheit der Erde begann im Jahre 1945 als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs. Sie zwang sich auf mit der Explosion der ersten Atombomben. Es handelte sich um die erste globale Waffe, denn ihre weitere Benutzung bedrohte die Existenz des menschlichen Lebens auf dieser Erde. Sobald mehrere Atomkräfte entstanden waren, konnte kein Zweifel mehr bleiben, daß sich die Erde in ihrer Beziehung zur Menschheit ganz radikal verändert hatte. Wenn die Menschheit nicht ihre Handlungsweisen veränderte, konnte sie ihr Leben auf der Erde nicht mehr sichern. Der Globus selbst war bedroht.

Wollte die Menschheit weiter existieren, hatte sie jetzt eine Verantwortung zu übernehmen, von der sie bis dahin kaum geträumt hatte. Es handelte sich um die Verantwortung für die Erde.

Der Mensch wird selbst eine Gefahr für die Welt

In einem bestimmten Sinne aber blieb die Bedrohung der Erde durch die Atombomben als globale Waffe doch noch außerhalb der Alltäglichkeit des menschlichen Handelns. Alles hatte durchaus noch den Anschein, als ob man weiter so leben könne wie bisher, wenn es gelang, die Anwendung der Atombombe durch Maßnahmen zu verhindern, die Sache der Politik der betreffenden Staaten waren. Aber die Globalisierung der Erde klopfte aufs neue an die Pforten. Dieses Mal handelte es sich um den Bericht des »Club of Rome« über die Grenze des Wachstums, der im Jahre 1972 die Öffentlichkeit traf. Dieses Mal kam die Bedrohung nicht durch irgendein spezifisches Instrument, das man scheinbar durch externe Mittel kontrollieren kann, sondern ergab sich aus dem alltäglichen

Diese Verantwortung ergab sich nicht nur als eine ethische Verantwortung, sondern ebenso sehr als Bedingung der Möglichkeit allen zukünftigen Lebens auf der Erde. Die ethische Forderung und die Bedingung der Möglichkeit des menschlichen Lebens ergaben sich als eine einzige Forderung. Das Ethische und das Nützliche hatten sich vereinigt trotz aller positivistischen Denktraditionen, die seit langem beide Elemente sorgsam zu trennen versuchten.

Handeln aller Menschen. Alles menschliche Handeln, von den Unternehmen über den Staat bis zum Handeln eines jeden einzelnen, war jetzt mit eingeschlossen. Aufs neue ergab sich die Verantwortung für den Globus. Aber dieses Mal auf eine weit intensivere Weise. Jetzt mußte die Menschheit eine Antwort geben auf Effekte ihres eigenen, alltäglichen Handelns. Alle Kanalisierung des menschlichen Handelns durch den Nutzenkalkül und durch die Maximierung der Gewinne auf den Märkten wurde jetzt fraglich. Alle diese Handlungsweisen mußten jetzt einer Kritik unter dem Gesichtspunkt der Bedingung der Möglichkeit menschlichen Lebens unterzogen werden. Aber diese Kritik war gleichzeitig und notwendigerweise eine Kritik auch vom ethischen Gesichtspunkt her. Aufs neue vereinten sich das Nützliche und das Ethische in einer einzigen Forderung.

In den achtziger Jahren dieses Jahrhunderts ergab sich allerdings eine neue Form einer aus der Globalisierung der Erde entspringenden Gefahr. Es handelt sich um die Biotechnologie. Das Leben selbst in seinen abstrakten Bauteilen wurde zum Objekt eines neuen menschlichen Handelns. Die Bedrohung des Globus tauchte auf als Forderung nach der menschlichen Verantwortung für diese Welt. Aber diese Bedrohung war jetzt ganz direkt mit den Methoden der empirischen Wissenschaft verbunden. Die inzwischen traditionell gewordene erfahrungswissenschaftliche Methode besteht in der Partialisierung der Realität, durch die diese den quantitativen mathematischen Methoden zugänglich wird. Auf die Grundelemente des Lebens angewandt, bringt diese Methode selbst eine neue Bedrohung für die Wirklichkeit hervor. Schon die Entwicklung dieses Wissens schafft Bedrohungen. Dies führt dazu, daß jetzt nicht nur die Merkantilisierung des Wissens in Frage gestellt wird, sondern die Methode der empirischen Wissenschaften selbst.

Brutalisierung der menschlichen Beziehungen

Als Folge all dieser globalen Katastrophen entsteht eine neue Bedrohung: eine allgemeine Krise des menschlichen Zusammenlebens. Die zunehmende Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung führt zu einer unvermeidlichen Brutalisierung in bezug auf die Ausgegrenzten. Diese Brutalisierung der menschlichen Beziehungen aber verallgemeinert sich und führt zu einer zunehmenden Brutalisierung der sozialen Beziehungen aller, insbesondere innerhalb derer, die die andern ausgrenzen und insofern noch einbezogen sind in das gesellschaftliche Leben. Es hat sich nicht etwa eine einfache Polarisierung ergeben zwischen den Einbezogenen, innerhalb derer das menschliche Zusammenleben weiterhin ein menschliches bleibt gegenüber den Ausgegrenzten, die diese Menschlichkeit verlieren, sondern das menschliche Zusammenleben wird ganz allgemein unmenschlich und daher brutalisiert. Der Pol der Einbezogenen verliert seine Fähigkeit zu einem menschlichen Zusammenleben vielleicht noch stärker als der Pol der Ausgegrenzten. Es ergibt sich so ein Zusammenbruch der menschlichen Beziehungen, der die Möglichkeit des menschlichen Zusammenlebens selbst in Frage stellt. Dies ist wohl die bisher letzte globale Bedrohung, die letztlich auch die gefährlichste sein könnte,

Aufs neue ergibt sich die Verantwortung des Menschen für die Erde. Aber dieses Mal handelt es sich um eine Verantwortung gegenüber den Auswirkungen der Methoden der empirischen Wissenschaften.

In all den genannten Formen zwingt sich uns die Verantwortung für eine globalisierte Wirklichkeit gleichsam auf, obwohl sich die Verantwortung keineswegs automatisch ergibt. Unsere Gegenwart ist eher durch die Ablehnung oder die Umgehung dieser Verantwortung gezeichnet. Dennoch handelt es sich um eine Verantwortung, der gegenüber es keine Neutralität gibt. Wir sind verantwortlich, auch wenn wir es nicht wollen, selbst wenn wir es nicht können. Lehnen wir die Verantwortung ab, werden wir sie nicht los, sondern sind verantwortungslos. Wir entkommen der Wahl nicht. Entweder machen wir uns verantwortlich für den Globus oder wir nehmen teil an seiner Zerstörung.

da sie zur Unfähigkeit führt, Widerstand gegenüber den Folgen der anderen globalen Bedrohungen zu verwirklichen. So ergibt sich von daher eine Verantwortlichkeit für die eigene Fähigkeit zu menschlichem Zusammenleben.

Mord ist Selbstmord

Dies zeigt, daß sich alles menschliche Leben auf eine neue Weise globalisiert hat, wie dies noch nie in der menschlichen Geschichte geschehen ist. Dies aber ist gegenwärtig im Leben eines jeden einzelnen, solange er weiß, daß er in einer Kontinuität von menschlichen Generationen lebt. Damit wir und unsere Kinder und Kindeskinde leben können, müssen wir diese Verantwortung übernehmen. Wir leben ein globalisiertes Leben, ob wir es wollen oder nicht.

Dies erlaubt uns, die Globalisierung der Wirklichkeit zusammenzufassen: Mord ist Selbstmord. Der Mord des anderen hört auf, ein Ausweg zu sein. Wer durch den Mord des anderen gewinnt, verliert.

Aber diese neue Situation anzunehmen, ist keineswegs ein Sachzwang. Obwohl jetzt Mord Selbstmord ist, bleibt natürlich der Selbstmord möglich. Er verbirgt sich hinter dem Argument des Nutzenkalküls, das das Argument des Zynikers ist, das heute wohl das am weitesten verbreitete Argument ist: »Warum soll ich verzichten? In der Lebenszeit, die mir wahrscheinlich bleibt, kann ich weitermachen, ohne die Konsequenzen selbst tragen zu müssen.« Hier entspringt die heute so verbreitete Mystik des kollektiven Selbstmords der Menschheit.

Aber wenn ich mich als Teil der Menschheit oder als Subjekt einer Reihe von menschlichen Generationen verstehe, ist dieser zynische Ausweg der Verantwortungslosigkeit verschlossen. Dann muß ich die Verantwortung übernehmen. Ethik und Nützlichkeit vereinigen sich und stehen damit im Widerspruch zum Nutzenkalkül.

Die globalisierte Verantwortungslosigkeit

Der Prozeß der Globalisierung der Welt, wie wir ihn bisher beschrieben haben, ist ein Prozeß, der in der wirklichen Welt abläuft. Wenn diese Globalisierung auch durch das menschliche Handeln erzeugt worden ist, so ist sie doch in der Wirklichkeit selbst gegenwärtig, so wie sie dem Menschen gegenübertritt. Sie tritt dem Menschen gegenüber als Bedingung der Möglichkeit seines Lebens. Der Mensch ist selbst in dieser Wirklichkeit gegenwärtig, weil sie die Bedingung der Möglichkeit seines Lebens ist. Geht diese Wirklichkeit zugrunde, geht der Mensch zugrunde. Der Mensch lebt in einer Autopoiese mit dieser ihm äußeren Wirklichkeit, wenn wir dafür das Wort von Humberto Maturana benutzen.

Auch die Wissenschaft ist dem »Zweck-Mittel-Kalkül« unterworfen
Neben die politische Eroberung des Globus ist eine andere Eroberung getreten, die sich auf alle einzelnen Elemente der Erde bezieht. Sie wurde gerade von den Erfahrungswissenschaften und der darauf begründeten Technik verwirklicht. Sowohl das Handeln im Markt wie auch die geltende Methode der Erfahrungswissenschaften hat gerade diese Orientierung. Markt und Laboratorium abstrahieren von der Globalität des menschlichen Lebens, um ihr Handeln durchsetzen zu können. Sie abstrahieren davon, daß die Erde rund ist. Außerdem können sie nur ein Handeln – sei dieses nun Markthandeln oder wissenschaftliche Forschung – beurteilen,

bei dem sie Zweck und Mittel als partialisierte Elemente einer Aktion kalkulieren. Daher ist das Subjekt der erfahrungswissenschaftlichen Methode ein Beobachter – eine *res cogitans* gegenüber einer *res extensa* – und das Subjekt des Markthandelns ein Faktor, der auf den Nutzenkalkül auf der Grundlage von spezifischen Zwecken reduziert ist. Daher ergeben sich Theorien, in denen es keinen Ort für eine Orientierung an den Bedingungen der Möglichkeit des menschlichen Lebens gibt. Sie kommt daher überhaupt nicht vor, gilt sogar weitgehend als unwissenschaftlich.

Dies ist auch der Grund, warum in unserem gegenwärtig herrschenden Sprachgebrauch nur über die Globalisierung der Märkte und ihrer Effizienzkriterien gesprochen wird, wobei die Effizienz ausschließlich unter dem Gesichtspunkt eines Zweck-Mittel-Kalküls gesehen wird. Die herrschende Methode der empirischen Wissenschaften paßt völlig in dieses Verständnis der Globalisierung hinein. Schon von der Methode her und ohne dies als Absicht haben zu müssen, kann diese Methode nur kommerziell verwendbare Resultate liefern. Andere Kenntnisse gibt sie nicht her, denn ihre Methode erlaubt es nicht, sie überhaupt als Kenntnisse zu be-greifen. Sie besteht in der Abstraktion von der Globalisierung der wirklichen Welt und daher entgeht ihr sogar das Wissen von dieser Globalisierung der Welt. Die heute noch bekannteste Theorie des rationalen Handelns ist die Theorie von Max Weber, der solche Kenntnisse einfach als »Werturteile« abtut, die die Wissenschaft nicht abgeben kann und daher auch nicht abgeben darf.

Wenn aber die Effizienz von Markt und Laboratorium auf der Abstraktion von der Globalisierung der wirklichen Welt beruht, warum spricht man dann heute so viel von der Globalisierung?

Mißbrauch der »realen Globalisierung« durch den Markt

Es gibt einen anderen Aspekt der Globalisierung, der hierbei im Mittelpunkt steht und von dem wir noch nicht gesprochen haben. Dieser Aspekt wird ganz einseitig herausgestellt, wenn von der Globalisierung der Märkte gesprochen wird. Es handelt sich um die Globalisierung der Informationen, der Kalküle und des Verkehrs; sie macht die Verfügbarkeit des gesamten Globus erst möglich. In diesem Sinne spricht man vom »planetarischen Dorf«. Informationen und Kalküle haben eine praktisch unendliche Geschwindigkeit bekommen und sind unmittelbar geworden. Von jedem Ort des Planeten aus kann man jeden anderen Ort in weniger als einem Tag erreichen. Der Globus ist verfügbar geworden.

Diese absolute Globalisierung ist benutzt worden, um globale Märkte, insbesondere globale finanzielle Märkte durchzusetzen. Damit wurde es für multinationale Unternehmen möglich, Netze sozialer Arbeitsteilung weltweit zu planen. So hat die Ausnutzung dieser globalen Möglichkeiten zu einer Wirtschaftspolitik geführt, die den Namen »Politik der Globalisierung« bekam. Globalisierung heißt dann, den Globus effektiv verfügbar machen und alle Hindernisse politischer oder kultureller Art aus dem Wege räumen. In Lateinamerika handelt es sich um eine Politik, die vielfach als neoliberale Politik bezeichnet wird oder als Politik der strukturellen Anpassung. Es handelt sich um Bedingungen, die durch die Politik einiger Länder allen anderen Ländern aufgezwungen werden und die das Funktionieren einer solchen globalisierten Wirtschaft sichern sollen.

Die Tatsache selbst, daß Informationen und Kalküle unmittelbar geworden sind, erzwingt keineswegs als solche diese Totalisierung der Märkte, obwohl sie die Bedingung für ihre Möglichkeit ist. Es sind ganz bestimmte Mächte, die diese Politik aufzwingen. Keineswegs ist diese von vornherein durch die Techniken der Kommunikation determiniert.

Kehren wir jetzt zu unserer vorherigen Analyse des realen Globalisierungsprozesses zurück, müssen wir wieder darauf bestehen, daß ein solcher Prozeß der Globalisierung der Märkte die Abstraktion von dieser realen Globalisierung voraussetzt. Er sieht davon ab und muß davon absehen. Daher überrollt die Globalisierung der Märkte eine global gewordene wirkliche Welt, mit der sie völlig unvereinbar ist. In Wirklichkeit bedeutet die Globalisierung der Märkte ihre Totalisierung. Eine globalisierte Welt wird total einem an reinen Zweck-Mittel-Kalkülen orientierten Markthandeln unterworfen, das sich damit heute als die vielleicht größte Gefahr für das Überleben der Menschheit entpuppt.

Alles, was Geld bringt, wird gemacht

Beide, die erfahrungswissenschaftliche Methode wie auch das Zweck-Mittel-Handeln, können nur stattfinden, weil die Handelnden von der Globalisierung der wirklichen Welt abstrahieren. Deshalb abstrahieren sie von den Risiken, die aus dieser Globalisierung erwachsen. Auch wenn von der Globalisierung der Märkte gesprochen wird, handelt es sich um eine globale Abstraktion von der Globalisierung der Wirklichkeit selbst.

Indem man aber von der Globalisierung der Wirklichkeit abstrahiert, werden die Effekte und die Risiken unsichtbar gemacht, die daraus entspringen. Sie scheinen, soweit sie überhaupt wahrgenommen werden, unwichtig zu sein, und werden leicht zum Verschwinden gebracht durch Verweis auf die leeren Versprechen eines unendlichen technischen Fortschritts. Daher scheint es keinen sichtbaren Grund zu geben, die technische Entwicklung zu begrenzen oder an der kommerziellen Anwendung ihrer Ergebnisse zu zweifeln. Das Markthandeln und die traditionell gewordene wissenschaftliche Methode vereinigen sich. Es ist die Vereinigung von Markt und Laboratorium.

So ergibt sich das Prinzip: Was effizient ist, ist auch notwendig. Was man machen kann, soll man auch machen. Da die Reflektion über die Zweck-Mittel-Beziehung hinaus erfolgreich unterdrückt wird, scheint es keine irgendwie relevanten Grenzen für das Zweck-Mittel-Handeln zu geben. Die Mystik des Fortschritts bringt alle Grenzen zum Verschwinden und wird zur wichtigsten Trägerin des Mythos der Effizienz. Die notwendige Ethik des Gemeinwohls wird durch den Kalkül der Grenzen der Belastbarkeit ersetzt.

Die Effizienz beschreibt die Grenzen der Belastbarkeit und alles Handeln muß bis zur Grenze der Belastbarkeit getrieben werden, damit alles, was möglich ist, auch verwirklicht wird. Die ganze Welt des Menschen wird diesem Effizienzdenken und der Habsucht der Ausnutzung alles Wissens bis an die Grenzen der Belastbarkeit unterworfen.

Es ergibt sich das Prinzip: Was effizient ist, ist auch notwendig und gut. Außerdem kann man nicht wissen, was man kann, wenn man das nicht tut, von dem man wissen will, ob man es kann. Wenn man nicht über das Zweck-Mittel-Handeln hinausdenkt, werden kaum Grenzen des Handelns sichtbar. Die Fortschrittsmystik vermag alle Grenzen auszulöschen.

Dennoch werden immer auch Grenzen sichtbar. Vom Standpunkt der Effizienz des Marktes aus gesehen erscheint jede Forderung nach Berücksichtigung dieser Grenzen als Marktverzerrung.

Nur der Widerstand der Betroffenen kann Grenzen ziehen

Tatsächlich werden die Grenzen der Belastbarkeit für die Logik des Marktes nur sichtbar, wenn sich menschlicher Widerstand ergibt und wenn sich solche Widerstandsbewegungen dem Prozeß der Zerstörung, der sich aus der Totalisierung des Zweck-Mittel-Handelns ergibt, entgegenstellen. Das effizienzgeleitete Handeln entdeckt diese Grenzen nicht. Daher scheint der Widerstand, von der Marktlogik her gesehen, das Ergebnis von Irrationalitäten der anderen zu sein, die die Notwendigkeiten rationalen Handelns nicht einzusehen vermögen. Sie scheinen das Ergebnis von bösem Willen, von Neid, von »Populismus« zu sein. Der totale Markt erscheint in dieser Utopie als das Maximum wirtschaftlicher Rationalität.

Obwohl das Zweck-Mittel-Handeln keine Grenzen der Belastbarkeit erkennt, ergeben sich tatsächlich solche Grenzen als Ergebnis des Widerstands der Betroffenen. Daher wird von diesem Handeln aus ein Kriterium entwickelt, dem gemäß man versucht, das Handeln bis zur Grenze der Belastbarkeit auszudehnen. Alles menschliche Denken und Handeln wird dieser Art Effizienzdenken und dieser Art von Ausnutzung aller Grenzen des Möglichen unterworfen.

Die Zerreißprobe als Grenze

Der General Massis, der die militärischen Operationen während des Algerienkrieges leitete, sagte: »Die Folter ist effizient, folglich ist sie notwendig.« Von der Effizienz geht er über zur Notwendigkeit. Aber eine solche Effizienz ist nur möglich dadurch, daß man bis an die Grenze des Möglichen vorstößt. Die Folter ist nur effizient, wenn sie den Gefolterten bis zur Grenze des Erträglichen treibt.

Es ist wie bei der Materialzerreißprobe. Man weiß die Grenze niemals ex ante. Reißt das Material, weiß man, daß man die Grenze der Belastbarkeit überschritten hat, das heißt, man weiß es ex post. Im Fall des Materials weiß man jetzt, bis zu welchem Punkt man es belasten kann.

Im Falle der Folter aber ist das anders. Überschreitet man die Grenze, ist der Gefolterte tot. Aber die Grenze der Belastbarkeit kann man nur wissen, indem man sie überschreitet. Dieses Wissen kann man allerdings, im Unterschied zur Materialzerreißprobe, nicht mehr anwenden. Die Effizienz aber braucht diesen Begriff der Grenze und braucht die Vorstellung, die Probe bis zur Grenze zu treiben.

Diese Vorstellung der Folter ist bereits in der Wiege der Erfahrungswissenschaften zu finden. Vor mehr als 300 Jahren kündigte Francis Bacon die Naturwissenschaften mit dieser Vorstellung an: »Man muß die Natur auf die Folter spannen, bis sie ihre Geheimnisse preisgibt.« Er faßte die Naturwissenschaften als ununterbrochene Vivisektion der Natur auf. Ganz wie der General Massis

Die Grenzen werden daher in der Logik des Marktes als einfache »Interruptoren« der Flüssigkeit des Marktverkehrs aufgefaßt und die Theorie der rationalen Erwartungen (Robert Lucas, Sargent) nimmt sie ausschließlich als solche zur Kenntnis.

Die Vereinigung von Markt und Laboratorium bringt damit eine alles totalisierende Macht hervor, die sich jetzt den Globus unterwirft. Ihre Handlungsprinzipien treten auf allen Gebieten des Handelns auf.

Bacon antwortet auf diese Weise dem spanischen Großinquisitor Torquemada, der sich Ende des 15. Jahrhunderts folgende Frage stellte: »Ist es erlaubt, einen Häretiker nicht zu foltern?« Und er gab die Antwort: »Es ist nicht erlaubt, ihn nicht zu foltern, denn, würde man ihn nicht foltern, so würde man ihn der letzten Chance berauben, seine ewige Seele zu retten.« Der Häretiker hat das Recht, gefoltert zu werden. Bacon säkularisiert diese Position, indem er an die Stelle der ewigen Seele den unendlichen technischen Fortschritt setzt. So wird sichtbar, daß die Inquisition die Kulturrevolution war, aus der die Moderne hervorging.

hätte auch er sagen können: »Die Folter ist effizient, folglich ist sie notwendig.«

Auf die Frage eines Journalisten: »Was wird also Ihrer Ansicht nach in einer modernen globalisierten Wirtschaft geschehen?« antwortet Thurow: »Wir testen das System? Wie tief können die Löhne fallen, wie hoch kann die Arbeitslosenquote steigen, ehe das System bricht. Ich glaube, daß die Menschen sich immer mehr zurückziehen ... Ich bin überzeugt daß der Mensch in der Regel erst dann die Notwendigkeit einsieht, Dinge zu ändern, wenn er in eine Krise gerät« (Spiegel 40/96, S. 146).

Das ist die Materialzerreißprobe, jetzt angewendet auf die zwischenmenschlichen Beziehungen. Denn es wird nicht einfach das System getestet, sondern alle Menschlichkeit.

Darauf folgt dann die Frage eines Journalisten: »Wieviel Markt hält Demokratie aus?« Und eine Zeitschrift fragt: »Wieviel Sport ertragen die Alpen?«

Alles wird gefoltert, alles wird der Zerreißprobe ausgesetzt: die Natur, die zwischenmenschlichen Beziehungen, das Leben und der Mensch selbst. Der Nutzenkalkül erfaßt alles und in seiner Konsequenz zerstört er alles.

Wir brauchen ein anderes Verständnis von Nützlichkeit

Daher ist es nützlich, den Nutzenkalkül selbst in seine Grenzen zu verweisen. Verantwortlichkeit ist nützlich, wenn sie sich der Totalisierung des Nutzenkalkls widersetzt. Dies ist nützlich, aber es ist gleichzeitig eine Forderung der Ethik. Hier treten Nützlichkeit und Ethik in einer gemeinsamen Dimension auf. Diese Dimension ist gleichzeitig die Dimension der Globalisierung der realen Welt, in der Mord Selbstmord ist. Diese Dimension des Nützlichen aber wird durch den Nutzenkalkül unsichtbar gemacht.

Nur in dieser Richtung kann man hoffen, eine Antwort zu finden. Es ist nützlich, nicht zu foltern, obwohl man dann vielleicht die Information nicht bekommt, die durch die Folter erprebar wäre. Es ist nützlich, lebendige zwischenmenschliche Beziehungen zu erhalten, auch wenn dann die Gewinnrate sinkt. Es ist nützlich, die Natur zu erhalten, auch wenn dadurch die Wachstumsraten niedriger ausfallen. Aber, dies zu tun, was nützlich ist, ist ebenso eine ethische Forderung. Die Ethik ist nützlich, aber gerade durch ein Nutzenkalkül nicht faßbar. Sie ist nützlich und gerade deshalb steht sie in einem Gegensatz zum Nutzenkalkül und zur Nutzenmaximierung. Verantwortlichkeit gründet in der Ethik.

Diese Position allerdings hat eine Grundvoraussetzung: die Voraussetzung der Anerkennung des anderen als Subjekt über jeden Nutzenkalkül hinaus. Dabei geht es dann nicht nur um die Anerkennung des anderen Menschen, sondern ganz genauso um die Anerkennung eines jeden Naturwesens, das um uns herum existiert. Es ist notwendig, den Nutzenkalkül zu relativieren, wenn wir die Bedingungen der Möglichkeit des menschlichen Lebens sichern wollen.

Die Kultur der Sicherheit, von der heute so viel gesprochen wird, kann ohne diese Anerkennung des anderen nicht entstehen. Die Angst ist ein schlechter Führer. Sie führt keineswegs automatisch

Unsere Welt bis an die Grenze zu belasten, heißt, die Grenze berschreiten. Dies aber ist der kollektive Selbstmord der Menschheit.

zur Option für die Sicherheit. Viel wahrscheinlicher ist, daß sie in die Mystik des kollektiven Selbstmords der Menschheit führt: zum Marsch der Nibelungen.

Wir müssen uns gründen auf diese Anerkennung des anderen über jeden Nutzenkalkül hinaus. Dies aber ist gleichzeitig nützlich und verantwortlich. Nur hierauf lassen sich Menschenrechte begründen. Auch daß die Natur anerkannt wird und ein Recht darauf hat, nicht zerstört zu werden, ist ein Menschenrecht.

LUTZ BRANGSCH

Soziale Sicherheit als Zivilisationsgewinn?

In den Diskussionen um die Zukunft der Gesellschaft gewinnt die Ausgestaltung der sozialen Absicherung offensichtlich einen wachsenden Stellenwert. Die Wechselwirkung zwischen sozialer Sicherheit und individuellem wie kollektivem Verhalten wird zunehmend als Triebkraft erkannt und thematisiert. Dies wird besonders im Bericht der Zukunftskommission der Länder Bayern und Sachsen deutlich, in dem zumindest für den deutschen Sprachraum erstmals der Versuch unternommen wird, neoliberale Gesellschaftsvorstellungen unter dem Schlagwort »Zukunft der Arbeit« in einen ganzheitlichen Rahmen zu stellen. Die Haltung zu den bestehenden sozialen Sicherungssystemen und die Bewertung ihrer Perspektiven spielen hier eine zentrale Rolle.

Lutz Brangsch – Jg. 1957;
Diplomwirtschaftler, Dr. oec.,
Mitglied des Geschäfts-
führenden Ausschusses
des Vorstandes der Rosa-
Luxemburg-Stiftung.

In der gesellschaftlichen Diskussion lassen sich zwei Extrempositionen unterscheiden. Die eine geht davon aus, daß die sozialen Sicherungssysteme doch vor allem integrativen, tendenziell korrumpierenden Charakter tragen und – so die Konsequenz – daher ohnehin ersetzbar oder wenigstens uninteressant seien. Dies wird häufig mit dem Hinweis verbunden, daß das bundesdeutsche System sozialer Sicherung ohne die Existenz der DDR wahrscheinlich nie auf diesem Niveau ausgestaltet worden wäre.

Die andere Position weist diesen Systemen eine quasi übergesellschaftliche Funktion zu und betrachtet sie ausschließlich unter funktionalen Aspekten.

Beiden Herangehensweisen ist eine sehr begrenzte Sicht auf die Funktionsweise sozialer Sicherung gemein, die soziale Sicherung bzw. soziale Sicherheit als bloße Folge wirtschaftlicher Prozesse begreift. Die soziale Absicherung wird als nachgeordnet oder passiv interpretiert. Interessenkonstellationen, die der historisch konkreten Ausformung sozialer Sicherungssysteme zugrunde liegen, werden nur oberflächlich oder gar nicht berücksichtigt. Ihre Bedeutung für die Produktivitätsentwicklung und für die gesellschaftliche Arbeitsteilung oder ihr historischer Charakter werden negiert. Kurz gesagt – soziale Sicherheit und das System an Institutionen, die sie »erzeugen«, werden bisher kaum als ganzheitliche Phänomene betrachtet. Ein Herangehen, das dieser Komplexität gerecht werden würde, ist aber dringend notwendig, weil mit dem Untergang der realsozialistischen Staaten gerade ein Verständnis des historischen Werdens auch der sozialen Sicherungssysteme für die Suche nach Zukunftsoptionen eine außerordentliche Bedeutung hat.

Ansatzpunkte für die weitere Entwicklung der menschlichen Gesellschaft überhaupt müssen ausgehend von den Tendenzen der existierenden Gesellschaft entwickelt werden. Der Rückgriff auf Erfahrungen, die in den realsozialistischen Staaten gesammelt wurden, wird mitunter hilfreich sein, kann aber letztendlich keine Antworten auf die heute und morgen anstehenden Fragen geben. Soweit zum Verständnis (und zur Bewertung) gesellschaftlicher Prozesse nicht nur bestimmte Zustände erfaßt, sondern auch die Bedingungen ihres Werdens und Vergehens Beachtung finden müssen, ist die Frage nach möglichen Zivilisationsgewinnen im Kapitalismus vor allem auch im Zusammenhang mit den Formen sozialer Sicherung nicht nur legitim, sondern sogar zwingend.

Von Linken wird die Diskussion zu Zivilisationsgewinnen im Kapitalismus meist abstrakt und letztlich unhistorisch geführt – oft finden sich auch sachfremde Unterstellungen oder gar persönliche Diffamierungen.

Daß wichtige Elemente der gesellschaftlichen Zusammenhänge im Kapitalismus als Zivilisationsgewinn begriffen werden können, kann nur auf den ersten Blick verwundern. Es geht hier nicht um eine moralisierende Wertung der kapitalistischen Gesellschaftsformation, sondern um den nüchtern zu konstatierenden Fakt, daß die Herausbildung sozialer Sicherungssysteme auf gesellschaftlicher Ebene eine Entwicklungsnotwendigkeit dieser spezifischen Produktionsweise ist. Aus ihrer Entstehung resultieren selbstverständlich widersprüchliche Wirkungen – die Sicherungssysteme integrieren in die Gesellschaft, institutionalisieren und vermitteln Werte, geben aber gleichzeitig auch den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren, Gruppen, Klassen usw. neue Entfaltungsmöglichkeiten. Historisch gesehen ist diese Institutionalisierung sozialer Sicherung auf der Ebene der Gesellschaft notwendige Kehrseite und Voraussetzung voranschreitender Vergesellschaftung in der Produktion. Die kapitalistische Form der Produktion und der ihr gemäße Produzententyp erzwingen einen neuen Typ sozialer Absicherung. Diese neue Konfiguration sozialer Zusammenhänge wird selbst zur Voraussetzung gesellschaftlicher Entwicklung; auch wenn dies nicht die Intention maßgeblicher Akteure bei der Schaffung dieser Sicherungssysteme war bzw. ist. In diesem Sinne kommt der Sozialpolitik und dem durch sie konstituierten Typ sozialer Sicherheit *keine sekundäre Rolle* gegenüber der Wirtschaft bzw. der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu. Sozialpolitik hat zwar ihre Basis in individueller und gesellschaftlicher Konsumtion sowie Distribution, erschöpft sich aber nicht darin, was sich zum Beispiel bei der Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen zur Verwirklichung einer komplexen Gesundheitspolitik oder einer flächendeckenden wohnortnahen Sozialarbeit zeigt.

Hier wird die These vertreten, daß in dem Maße, wie die ›Wissenschaft zu einer unmittelbaren Produktivkraft‹ wird, das Gewicht sozialer Sicherheit als aktive gesellschafts- und zukunftsgestaltende Aufgabe wächst.

Der im Zuge kapitalistischer Entwicklung stattfindende Zerfall tradiertter Sicherungsformen, insbesondere die Auflösung der Großfamilie mit ihrer Fähigkeit zur Selbstreproduktion, erzwingt

»Das Problem liegt ... nicht da, wo man es häufig vermutet. Es liegt nicht in der Schwierigkeit, eine Lebensweise akzeptabel zu machen, in der fremdbestimmte Arbeit im Leben *aller* viel weniger Gewicht zukommt. Es liegt nicht in dem ›dringlichsten Verlangen aller‹, eine feste Vollzeitbeschäftigung anzunehmen. Und es liegt auch nicht im Rückstand der Denkweisen gegenüber den Möglichkeiten eines entspannteren und multiaktiven Lebens. Im Gegenteil, es besteht gerade *im Rückstand des Politischen gegenüber der Entwicklung der Denkweisen*. Es besteht in der Tatsache, daß sämtliche ökonomischen Rechte (Anspruch auf ein volles Einkommen), sozialen Rechte (Anspruch auf soziale Absicherung) und politischen Rechte (Recht auf kollektive Handlung, Repräsentation und Organisation) einzig an die immer seltener werdenden Stellen mit regelmäßiger Vollzeitarbeit gebunden bleiben. Es besteht in der Gefahr, mit dem festen Arbeitsplatz jegliches Einkommen, jegliche Möglichkeit, sinnvollen Aktivitäten nachgehen zu können, jeglichen Kontakt zu anderen etc. zu verlieren. Es besteht folglich darin, daß *der Arbeitsplatz ein Wert an sich ist*. Und zwar nicht grundsätzlich durch die Befriedigung, die *die Arbeit* verschafft, sondern durch die Rechte und Möglichkeiten, die an den Besitz des Arbeitsplatzes und allein daran gebunden sind.«
André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/M. 2000, S. 91 (Hervorhebungen im Original).

»Selbst Anhänger eines freien Marktes äußern immer unverhohlener den Verdacht, daß nach dem Kollaps des Kommunismus nur *ein* Gegner der freien Marktwirtschaft übriggeblieben ist – die freie Marktwirtschaft, die ihre Verantwortung für Demokratie und Gesellschaft abgestreift hat und allein nach der Maxime kurzatmiger Gewinnmaximierung handelt.«
Ulrich Beck: Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft beginnt?, in: Ulrich Beck (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt/M. 2000, S. 14 (Hervorhebung im Original).

diesen Übergang. Dabei sind die historisch konkreten Formen, in denen sich dieser Zerfall vollzieht, eine wesentliche Ursache für die unterschiedliche Ausgestaltung dieser Systeme in verschiedenen Ländern. Der Kern dessen, was als Zivilisationsgewinn beschrieben werden kann, besteht vor allem in der Entwicklung von Fähigkeiten zu kooperativer Arbeit bestimmter Qualität. Wie der Kapitalismus seine weltgeschichtlich zivilisatorische Rolle dadurch exekutierte, daß er einen spezifischen Arbeitsethos hervorbringt, persönliche Abhängigkeiten durch Marktbeziehungen formaler Gleichheit ersetzt, die Arbeitsteilung (bzw. die Fähigkeit zur Realisierung arbeitsteiliger Prozesse) entwickelt und die beständige Veränderung der Gesellschaft als deren Existenzbedingung setzt, besteht seine historische Funktion im Bereich der sozialen Sicherung in der Ausbildung von gesamtgesellschaftlich organisierten Systemen sozialer Absicherung. Diese Systeme sind Ausdruck politischer Kräfteverhältnisse, und ihre Entwicklung ist abhängig von der Veränderung dieser Verhältnisse. Die systeminhärente Wechselwirkung von Gesellschaftlichkeit im Handeln auf der einen und Individualitätsanspruch auf der anderen Seite erlangt einen – im Vergleich zu allen vorhergehenden Klassengesellschaften – überragenden Stellenwert. Soziale Sicherheit ist unter diesem Gesichtspunkt ein Gegengewicht zur allgegenwärtigen konkurrenzbedingten Unsicherheit gesellschaftlicher Reproduktion. Daher stellt sich die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhaltes in völlig neuer Dimension, und sie wird auf neue Art und Weise beantwortet – hier liegt der entscheidende Zivilisationsgewinn, der über die gesamte Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft im Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen steht.

Natürlich kann dieses spezifische Moment der gesellschaftlichen Entwicklung nicht losgelöst von gegenläufigen Tendenzen gesehen werden. Das ist bekannt und weitgehend unstrittig, läßt aber die erstgenannte Tendenz nicht »verschwinden«. Gerade die aktuellen Diskussionen um offene oder verdeckte Formen des »Umbaus« – genauer der Auflösung – solidarischer Sicherungssysteme und der damit einhergehende Druck in Richtung auf eine Privatisierung sozialer Absicherung fordern zu neuen Überlegungen heraus.

Rücknahme bürgerlicher Freiheitsideale – die Zeit frißt ihre Kinder

Ein Verständnis, das die Entwicklung sozialer Sicherungsformen auf der Ebene der Gesellschaft als Ganzes als ein notwendiges Moment der Entwicklung des Kapitalismus – und auch als Zivilisationsgewinn – begreift, ist durchaus kein Selbstzweck. Wenn sich eine bestimmte Form der Organisation sozialer Sicherheit als wesentliche Quelle für die Bewahrung gesellschaftlichen Zusammenhaltes bewährt, hat dies (wie bereits erwähnt) zwei Ausgangspunkte: die Notwendigkeit stabiler Reproduktionsbedingungen für die (Ware) Arbeitskraft auf der einen und das politische Gewicht der Arbeiterorganisationen als Gegenpol zu Vertretern der Kapitalinteressen auf der andern Seite. Das gegenwärtige Problem besteht nun darin zu ermitteln, welche Formen der Anpassung der sozialen Sicherungssysteme sich durchsetzen, wenn sich dramatische Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen den beiden Lagern

vollziehen. Der Gedanke, daß soziale Sicherheit, wie sie bisher durch die Sicherungssysteme des 20. Jahrhunderts vermittelt wurde, hinderlich sei, scheint an Akzeptanz zu gewinnen, und dies nicht nur unter der herrschenden Kapitalfraktion. Wird diese These akzeptiert, bleiben mindestens zwei Möglichkeiten der Reaktion. Entweder wird untersucht, inwieweit eine Reform der sozialen Sicherungssysteme notwendig und durchführbar ist, oder diese Systeme werden grundsätzlich in Frage gestellt. Damit würde dann die Suche nach völlig anderen Wegen zur Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes auf die Tagesordnung gesetzt.

Letzteres wurde vor allem durch die Zukunftskommission Bayern/Sachsen mit großer Konsequenz in den Mittelpunkt der Betrachtungen gestellt. Die hier getroffenen Aussagen gehen in jeder Hinsicht über die Positionen der ehemaligen Bundesregierung wie auch der Unionsparteien hinaus – sowohl, was ihren gesellschaftskonzeptionellen und intellektuellen Gehalt, als auch was die angezielte ›Radikalität‹ in der praktischen Umsetzung betrifft. Mit diesem Bericht wurde daher vor allem eine neue Runde im Kampf um die ›herrschenden Ideen‹, um einen grundlegenden Wandel im gesellschaftlichen Bewußtsein insgesamt, eingeleitet. Daß sich die Verfasser dieses Zusammenhangs sehr wohl bewußt sind, wird auch dadurch unterstrichen, daß sich die im Bericht exponierten Positionen durch eine – gemessen an der Interessenlage der Auftraggeber – bemerkenswerte Geschlossenheit auszeichnen. Das Plädoyer für ungehemmtes weltmarktkonkurrenzbestimmtes Wirtschaften wird bis zu seinen logischen gesellschaftspolitischen Konsequenzen geführt.

Kern der Darlegungen ist die Überzeugung, daß die Konkurrenz nur dann ihre Triebkraftwirkung voll entfaltet, wenn sie schrankenlos ist, d.h. wenn sie auch auf den sozialen Bereich ausgedehnt wird. Nur unter dieser Bedingung könne, so ließen sich die Auffassungen der Autoren zusammenfassen, das Lebensniveau der »Leistungsträger« und damit die Gesellschaft selbst erhalten werden. Gerade diese scheinbar zwingende innere Logik dürfte, trotz aller berechtigten, zum Teil vernichtenden Kritiken aus anderen politischen Lagern, dem Bericht eine langfristige Wirkung sichern.

Sozialpolitik hat hier zwei Funktionen. Zum einen soll sie »Anreize« zur Arbeit schaffen. Niveau und Zugangsbedingungen sozialer Absicherung sollen dazu zwingen, daß jede/r unter (fast) allen Umständen seine/ihre Arbeitskraft und finanziellen Ressourcen dem Markt zur Verfügung stellen muß. Es soll eine Situation erschaffen werden, in der für die abhängig Beschäftigten der Erfolg auf dem Markt (sowohl der eigene wie auch der des Unternehmens) zum alleinigen Bestimmungsfaktor der Lebensverhältnisse wird. Durch eine wie auch immer geartete Basisversorgung auf niedrigstem Niveau soll zum anderen gleichzeitig eine soziale Gruppe am Leben gehalten werden, die den »Leistungsträgern« stets eine bedrohliche Perspektive im Falle eigenen Versagens vor Augen hält. Parallel dazu gilt es, diese Gruppe sozial Deklassierter auf einem hinreichenden Qualifikationsniveau zu halten, so daß sie ein Reservoir zum Ersatz für verschlissene »Leistungsträger« bietet. Soziale Stabilität soll in Ergänzung zu dieser Absenkung des

»Ein überzeugender Gegenentwurf zur britischen, niederländischen oder amerikanischen Strategie, niedrige Arbeitslosigkeit mit niedrigen Einkommen und niedrigen Sozialstandards zu bezahlen, ist nirgendwo in Sicht.«
Ulrich Beck: Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft beginnt?, in: Ulrich Beck (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt/M. 2000, S. 13.

»Ehe sie die Kosten übernehmen, ist es für die Gutsituierten viel einfacher, Mängel im Charakter derjenigen zu finden, die zur unteren Klasse gehören, und zunehmend auch Mängel in den Einwanderungsgesetzen und ihrer Anwendung. Und eine soziale Tugend zu entdecken in einem scheinbar prinzipiellen Widerstand gegen die Steuern und den sich einmischenden Staat. Und, wenn Ärger droht, nach mehr Polizei zu rufen und schärferen Gerichtsurteilen oder in die Vororte umzuziehen. Es liegt in der Natur der Wohlhabendengemeinde, eine auf den eigenen Schutz fixierte, kurzfristige Sicht der eigenen Position an den Tag zu legen. Es muß wiederholt werden, daß es keine wesentliche Maßnahme gibt, um Armut zu vermindern oder das Leben der Armen zu verbessern und die friedensstiftende soziale Mobilität der Unterschichten zu gewährleisten, die nicht staatliche Aktionen erfordert, obwohl es so wortgewaltige, wie scheinbar kluge Argumente für das Gegenteil gibt. Der Zweck des letzteren besteht nicht darin, Lösungen zu finden, sondern die Reichen vor einem schlechten Gewissen und Kosten zu bewahren.«
 John Kenneth Galbraith: Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Hamburg 1995, S. 281.

Niveaus sozialer Leistungen durch »Bürgerarbeit« – durch moralisch motivierte Wohltätigkeit – gesichert werden. Eine »Ergänzung«, die keinesfalls eine tatsächliche Kompensation für den Wegfall von Rechtsansprüchen darstellt.

Letztlich basiert das Konzept im wesentlichen auf zwei Elementen, die gesellschaftliche Stabilität vermitteln sollen: Einmal auf der realen *Drohung mit der möglichen Vernichtung der sozialen Existenz*, also auf *Angst* und zum zweiten auf moralisch motivierter Wohltätigkeit, die gleichzeitig *moralischen Druck zur Konformität* vermittelt. Damit aber setzen derartige Konzepte eine bedrohliche Spirale von Gewalt und Gegengewalt in Gang. Die zweifache Ausgrenzung von Menschen – als »Minderleister« und »Versager« auf dem Markt auf der einen wie auch als »Objekt« von Wohltätigkeit der »Leistungsträger« auf der anderen Seite – dürfte soziale Konflikte zwar deckeln, lösen wird sie diese jedoch nicht. Im Gegenteil, es würde sozialer Sprengstoff mit enormer Brisanz entstehen. Dies wiederum dürfte die Tendenz zu politischer Repression erhöhen. Solidarität erscheint in einer derart »liberalisierten« Gesellschaft letztendlich immer als Last, als lästige Vergabe von Almosen, die bestenfalls noch gegen niedrigere Kriminalität und eine geringere Zahl von Streiktagen aufrechenbar und so wirtschaftlich optimierbar erscheint.

Die Vorstellungen von Ulrich Beck zur Bürgerarbeit oder kommunitaristische Konzepte sind bereits ein Reflex dieser Umbewertung von Solidarität. Die Verteilungspolitik konzentriert sich so direkt nicht mehr nur und nicht einmal mehr vorrangig auf die Umverteilung von Geld, sondern vor allem auf die Verteilung von Lebenschancen – und damit von Macht.

Neue Widersprüche, neue Interessenkonstellationen, neue Bündnisse

Die zivilisatorische Rolle der sozialen Sicherungssysteme erschöpft sich jedoch nicht allein in seiner Fixierung auf das Verhältnis von Kapital und Arbeit – sie erstreckt sich auch auf die Verhältnisse zwischen den Lohnabhängigen, zwischen verschiedenen Fraktionen des Kapitals und zwischen verschiedenen anderen sozialen Schichten. Soziale Sicherheit zivilisiert nicht nur das Verhältnis von Kapital und Arbeit, sondern in gleichem Maße, und das ist vielleicht noch wichtiger, das Verhältnis der verschiedenen Gruppen von Lohnabhängigen. Zivilisierung bedeutet hier Regulierung der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen um Arbeitsplätze und Gewährleistung von Möglichkeiten zur Entwicklung einer eigenen Kultur und von Solidarität. Als ausgesprochen lehrreich erweist sich unter diesem Gesichtspunkt die Darstellung der Auseinandersetzung um das englische Fabrikgesetz und um den Acht-Stunden-Tag bei Marx. Das Bild, das Marx hier vom englischen Proletariat zeichnet, ist keinesfalls heroisierend; gleiches gilt für seine Schriften über die Wirkung von Kinder- und Frauenarbeit in der kapitalistischen Produktion. Neuere neoliberale Gesellschaftsentwürfe legen Konsequenzen nahe, die diesen Verhältnissen nur der Form, nicht dem Wesen nach unähnlich sind. Die Debatten um einen Niedriglohnsektor, um Bürgerarbeit, um die Absenkung der »Erwerbsneigung« von Frauen, um Lohnverzicht

usw. sind nur scheinbar zivilisiertere Formen, in denen im 20. Jahrhundert die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen angeheizt wird.

Die Auflösung der in den heutigen Sicherungssystemen vergesellschafteten Formen sozialer Sicherheit und ihre Ersetzung durch marktorientierte, individuelle oder gruppenzentrierte Varianten sozialer Sicherung läuft im Kern auf die Rücknahme eines unter kapitalistischen Bedingungen bereits erreichten und erreichbaren Zivilisationsgewinns hinaus.

Dieser Verlust brutalisiert aber nicht nur schlechthin die Gesellschaft, sondern beraubt auch verschiedene soziale Gruppen ihrer Fähigkeit zur Interessenartikulation und damit ihrer politischen Handlungsfähigkeit. Diese Unmöglichkeit, politisch im Rahmen der gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen zu handeln, befördert augenscheinlich rechtsradikale Tendenzen, irrationale Lebensmodelle (wie sie z.B. durch Sekten vermittelt werden) wie auch gleichermaßen irrationale konsumzentrierte Lebenskonzepte. Die offensichtlich massenhafte Abwendung von der Gesellschaft in einer Situation, in der eigentlich massenhaftes eingreifendes Verhalten für die Menschheit überlebenswichtig ist, ist ein fataler Widerspruch. Wird dieser Widerspruch nicht produktiv gelöst, droht der Rückfall in eine Kastengesellschaft.

Davon sind nicht nur die Marginalisierten betroffen. An ein solches Gesellschaftskonzept knüpft sich auch eine ganze Reihe von Umbewertungen gesellschaftlichen Verhaltens, kultureller Werte und nicht zuletzt auch institutionalisierter Regelungen. Davon ist natürlich vor allem auch die Tarifpolitik betroffen. Die Auflösung des Flächentarifvertrages sowie die Deregulierung (besser: die Neuregulierung) der sozialen Beziehungen im Arbeitsleben und die Privatisierung der Lebensrisiken sind spiegelbildliche Prozesse.

Dies berührt zunehmend aber auch breite Teile der von Kanzler Schröder immer wieder beschworenen Neuen Mitte. Auf dem schmalen Grat zwischen Barbarisierung, sprich der Allmacht eines letztlich doch monopolistisch vermacheten Marktes, oder Selbstverwirklichung in neuen kreativen Bereichen, die an humanistischen Werten orientiert sind, sehen sich alle gesellschaftlich-politischen Akteure vor eine konkrete Frage gestellt – die Frage nach der Wertschätzung des Zivilisationsgewinns, den der »alte« Kapitalismus zunächst hervorbringen mußte, um ihn schließlich doch wieder abzuwerfen.

Der Kampf um die Bewahrung dieses Zivilisationsgewinns, so mager er heute auch aus der Sicht der großen alternativen Gesellschaftsentwürfe und ihrer Realisierungsversuche erscheinen mag, ist jetzt zu einer entscheidenden Frage für den Entwicklungsweg der menschlichen Gesellschaft überhaupt geworden. Dies dürfte wenigstens mittelfristig zu neuen Interessenkonstellationen führen und damit auch die Möglichkeiten und die Notwendigkeit für neuartige Bündnis-konstellationen unter den abhängig Beschäftigten, aber auch weit darüber hinaus, vor allem im Bereich klein- und mittelständischer Unternehmen und der freiberuflich Tätigen eröffnen. Allerdings ist gegenwärtig noch keine politische Kraft oder Gruppierung in der Lage, auf die damit verbundenen Herausforderungen gültige Antworten zu geben.

Es mag eine der Ursachen für den Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus gewesen sein, daß zumindest seit den siebziger Jahren die ›Bewahrung‹ oder genauer die ›Aufhebung‹ dieses Zivilisationsgewinns praktisch nicht vollzogen werden konnte.

DIETER SCHLÖNVOIGT

Konzeptionelle Überlegungen zu einer PDS-nahen politischen Bildung

Die folgenden Überlegungen basieren auf einem Grundsatzpapier der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Selbstverständnis politischer Bildung, das auch in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden soll. Ansichten und kritische Hinweise von außen sind uns wichtig. Denn das Nachdenken PDS-naher Stiftungen über eine Konzeption politischer Bildung fällt zusammen mit einer allgemeinen Debatte über die Zukunft politischer Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Möglichkeiten, sich mit eigenen Beiträgen einzubringen, ist nicht nur gegeben, sondern ausdrücklich erwünscht.

Politische Bildung vor neuen Herausforderungen

Politische Bildung gründet sich auf die Annahme, daß sozialer Wandel durch die Individuen mitgestaltet werden kann. Anderenfalls wäre jede politische Bildung prinzipiell nutzlos. Sie könnte bestenfalls zur Anpassung an äußere Anforderungen erziehen, vielleicht bei der Bewältigung sozialpsychologischer und innerpsychischer Probleme helfen, aber die Perspektive politischer Mitgestaltung durch autonom und reflektiert handelnde Bürgerinnen und Bürger eines Gemeinwesens wäre nicht gegeben.¹

Im Unterschied etwa zur politischen Bildung an Schulen, beruht politische Erwachsenenbildung auf der Freiwilligkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie kommen aus Interesse, wenn sie kommen, dann tun sie dies bewußt und zielgerichtet. Erwachsene haben einen großen Teil ihrer Sozialisation bereits hinter sich und sind so gesehen kein »unbeschriebenes Blatt«. Außerdem lernen Erwachsene am ehesten das, was ihrem Selbstkonzept entspricht und was ihre bisherige Lebensdefinition stützt.² Oder anders ausgedrückt, Erwachsene sind in der Regel lernfähig, aber unbelehrbar. Deshalb ist politische Erwachsenenbildung immer in besonderem Maße teilnehmerorientiert, d.h. sie bezieht sich außergewöhnlich stark auf den Lernenden selbst. Die Tatsache, daß sich die Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung politisch verortet, hat außerdem zur Folge, daß die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Parteilichkeit erwarten.

Aufgabe einer wissenschaftlichen Didaktik ist es, Fragen nach Zielen, Inhalten, Methoden, Medien der Bildungsarbeit bzw. den Lernbedingungen und Voraussetzungen der Adressaten zu beantworten. Verkürzt ausgedrückt geht es dabei um das Was, Warum, Wozu und Wie des Lernens. Während Wissenschaft das Nachdenken über Sachverhalte und deren Problematisierung beinhaltet, ist

Dieter Schlönvoigt –
Jg. 1948, Dr. sc. phil.,
Philosoph, Referent für
politische Bildung an der
Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 Wolfgang Beer:
Politische Bildung im
Epochenwechsel, München
1998, S. 12.

2 Klaus-Peter Hufer:
Heterogenität oder gemein-
same Leitideen? Wo ist der
Konsens in der außerschulischen
politischen Bildung?,
in: Siegfried Schiele,
Herbert Schneider (Hrsg.):
Reicht der Beutelsbacher
Konsens? Schwalbach
1996, S. 41.

Didaktik das Nachdenken über die Bedeutung von Sachverhalten und Problemen für Lernende und das Bewußtmachen der Bedeutung (Gagel).

Die großen Themen und Herausforderungen der politischen Bildung sind auch für die Rosa-Luxemburg-Stiftung: Demokratie und Demokratiegefährdung, die Zukunft der auf Erwerbsarbeit zentrierten Gesellschaft bzw. der Demokratie jenseits der Arbeitsgesellschaft, soziale Gerechtigkeit, das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie, die Zukunft des Geschlechterverhältnisses, die Spaltungen in der Gesellschaft, die globalen Risiken. Hierfür sind Antworten in der Perspektive gesellschaftlicher Alternativen und Sozialismus zu finden.

Politik ist nichts, mit dem man sich an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit beschäftigt. Sie gehört zu den permanent präsenten, lebensbegleitenden und alltäglichen Umständen. Das hat weitreichende Konsequenzen für das Selbstverständnis politischer Bildung. Sie muß sich auf Menschen einstellen, die politisch interessiert sind, die heute über große Informationsmöglichkeiten verfügen und politisch mitbestimmen möchten. Das wollen sie, ohne ihr Leben als Funktionäre zu verbringen, ohne dauerhaftes Engagement in gesellschaftlichen Institutionen. Sie suchen weder weitere Informationen noch Belehrungsveranstaltungen. Was sie suchen, ist Orientierung im Informationsdschungel, die direkte Auseinandersetzung mit politischen Kontroversen, die Übersetzung großer politischer Konzepte auf ihre reale Lebenswelt, ist der Umgang mit Politik in den verschiedenen Lebensformen.

Wir stehen vor der Aufgabe, Formen und Verfahren des politischen Diskurses und der politischen Partizipation zu entwickeln, die diejenigen, die die bisherigen Formen gemeinschaftlichen Engagements zugunsten einer relativ absolut gesetzten individuellen Freiheit ablehnen, ebenso einzubeziehen vermögen wie diejenigen, die aufgrund sich zuspitzender sozialer Ungleichheit und Unsicherheit Gefahr laufen, ausgegrenzt zu werden oder es schon sind. Eine politische Bildung, die konsequent und sozial parteilich an den subjektiven Lebenslagen des/der einzelnen ansetzt, kann zu den wenigen gesellschaftlichen Einrichtungen gehören, denen es gelingt, zwischen den unterschiedlichen genannten Gruppen und den unter zunehmendem Bedeutungs- und Akzeptanzverlust leidenden gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen zu vermitteln, für alle Beteiligten glaub- und vertrauenswürdig nach neuen situationsadäquaten Formen und Wegen des demokratischen Aushandelns, des Diskurses und der Partizipation zu suchen und sie – exemplarisch – zu initiieren.

Eine der großen traditionellen Stärken der politischen Bildungsarbeit ist die authentische Kommunikation in Veranstaltungen, das miteinander Reden, das Gespräch mit Vertretern unterschiedlicher Positionen, die direkte Begegnung. Diese Stärke politischer Bildungsarbeit insbesondere auch gegenüber den audiovisuellen Medien neu zu bedenken und phantasievoll zu nutzen, ist eine der aktuellen Herausforderungen. Hierbei werden Tagungen, Kurse, Seminare, Vorträge und andere traditionelle Angebotsformen nicht ausreichen. Neue Angebots- und Interventionsformen politischer

Bildung müssen hinzukommen, auch wenn sie liebgewonnene Traditionen durchbrechen. Grenzverschiebungen sind in mehreren Richtungen absehbar:

eine Öffnung hin zu Formen konkreten politischen Handelns und politischer Aktion, sei es im Kontext aktiver sozialer Parteinahme für im politischen Willensbildungsprozeß marginalisierte oder ausgegrenzte Individuen und Gruppen sowie Themen, sei es im Kontext des gesellschaftlich-politischen Aushandelns;

die Einbeziehung von Methoden aus der Arbeit mit sozial Benachteiligten und die Organisation lokaler und regionaler politischer Kontexte und Diskurse;

die systematische Ausweitung der Interdisziplinarität politischer Bildung um den Bereich der Naturwissenschaften und der Technologieentwicklung;

die Internationalisierung der Arbeit in der Analyse von Begründungszusammenhängen und in der Perspektive der Strategieentwicklung ebenso wie in der Zielgruppenansprache und in kooperativen Arbeitsbeziehungen zwischen Einrichtungen und Trägern.

Wenn in einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft den kulturellen Spezifika vielfältiger Milieukulturen eine zunehmende politische Prägestärke zukommt, so wird es für politische Bildung unumgänglich, diese Schnittmenge auch in die eigene Angebotspalette einzubeziehen.

Lernen soll den Menschen ermöglichen, eigene Wege zu gehen, als Subjekte mündig zu werden. Aber Lernen läßt sich nicht quasi ingenieurwissenschaftlich erzeugen. Der Lernende entscheidet selbst, was er oder sie wahrnimmt oder ignoriert, kurz gesagt, lernt. Lernen ist ein Prozeß, der nur von den Lernenden selbst realisiert werden kann. In der politischen Bildung nehmen die Lernenden ihre Sozialisation selbst in die Hand. Lehrende sind Experten für die Begleitung von Lernprozessen.³ Ihre Fähigkeit sollte vor allem darin bestehen, bei den Lernenden Suchbewegungen, selbstverantwortetes Forschen bzw. die Eigenproduktion von Annahmen zu stimulieren mit dem Ziel, als Subjekte politisch urteils- und handlungsfähiger zu werden. Lehren ist zu verstehen als die phasenweise Ergänzung in Prozessen selbständigen Lernens. Die daraus abzuleitende Konsequenz ist: Handlungsorientierte Methoden sind für selbständiges Lernen besser geeignet als rezeptive, die Moderationsmethode besser als das fragend entwickelnde Unterrichtsgespräch.

Subjektorientierte Erwachsenenbildung lebt nicht davon, daß begnadete und hochgebildete Könner, Denker und Philosophen Orientierungen vermitteln, sondern daß die pädagogisch Verantwortlichen interessierte Erwachsene dazu anregen, im Erfahrungsaustausch und durch gemeinsames Suchen und Finden Orientierung so zustande kommen lassen, daß sie gemeinsam erarbeitet wird.⁴ Stadtteillernen, das Lernen in Initiativen, das Lernen vor Ort, das historisch-biographische Lernen, das ganzheitliche Lernen sind dafür längst eingeführte und erprobte Verfahren. Sie orientieren sich an sinnlicher Erfahrung, an der Betroffenheit der Lernenden und der Verbindung von Umwelt und Gegenstand des Lernens. Aber was in der Lebenswelt erkundet wird, muß anschließend

3 Wolfgang Sander: Krise des Lehrens, Krise der Lehrer. Zur Rolle der Politiklehrer heute, in: kursiv, Heft 1, 1997, S. 12-17.

4 Erhard Meueler: Die Türen des Käfigs. Wege zum Subjekt in der Erwachsenenbildung, Stuttgart 1993, S. 93.

verarbeitet werden, auf das spezifisch Politische hin hinterfragt werden: wem dient es? Welche Interessen setzen sich durch? Wie verhält es sich zum Demokratiepостulat? Wie legitim sind die Verfahren? Wie sieht es um die öffentlichen Belange aus? So gesehen, behauptet sich auch moderne politische Bildung nur in ihrem fachwissenschaftlichen Bezug zur Politikwissenschaft und den Sozialwissenschaften, hat sie ihre ureigensten Fragen, Schlüsselbegriffe, Themen und Ziele.

Die derzeit womöglich sehr weitreichenden Veränderungen des gesellschaftlichen Gefüges bleiben nicht ohne Folgen für das Grundverständnis des Lehrens und Lernens. Groß sind die gegenwärtigen Möglichkeiten, auf Wissen, Tradition und Können weltweit zurückzugreifen und es auf vielfältige Weise neu zu verknüpfen und entsprechende »Wissensnetze« zu schaffen.⁵ Die Menschen befreien sich aus ihrer Befangenheit aber auch aus ihrer Aufgehobenheit in verbindlich anerkannten Traditionen.⁶ Sie werden für das was sie lernen wollen, zunehmend selbst verantwortlich gemacht. Das setzt Menschen voraus, die Lernen als Lebensform akzeptieren. Und von den Bildungsträgern wird ein didaktisches Grundverständnis gefordert, das Lernaufgaben und Lernprozesse als Konstruktionsprozesse anlegt. Das heißt, wo Lernende Gelegenheit erhalten, sich mit ihren schon vorhandenen Potentialen auf eine in der Lernsituation präsentierte Welt einzulassen. Dieses Lernen bewegt sich – bildlich gesprochen – an der Berührungsfäche von äußerer Welt und innerem individuellen Weltbearbeitungspotential und bringt etwas Neues hervor als Erfahrung, Einsicht, Klarheit, erfahrenen Irrtum, Lösung oder Sackgasse. Entsteht eine solche Konstruktion, wurde gelernt. Das steht überhaupt nicht im Gegensatz dazu, daß Lehrende bewährte Sichtweisen und Konzepte und als tauglich eingeschätzte Traditionselemente im Lösungsprozeß anbieten und einbringen. Es wäre ein großes Mißverständnis, würde man aus einem subjektzentrierten Konzept des Lehrerhandelns als Lernbegleitung die Konsequenz ziehen, auf die fachliche Kompetenz der Lehrenden, d.h. ihre Fähigkeit, die Sache Politik fachlich qualifiziert vertreten zu können, komme es nicht an. Gerade das ist die elementare Voraussetzung dafür, um Lerngelegenheiten in offenen Lernsituationen erkennen und dementsprechend reagieren zu können. Dies vorausgesetzt, wird Lehren in der politischen Erwachsenenbildung zunehmend mit solchen Ansprüchen umzugehen haben, wie dem Herstellen, Auswählen und Zusammenstellen von geeigneten Lernmitteln, der Gestaltung von Lernumgebungen, dem Antizipieren, Artikulieren, Methodisieren, in Gang halten und Unterstützen von Lernprozessen, dem Vermitteln von Lern-Know-How sowie dem Diagnostizieren individueller und gesellschaftlicher Lernbedingungen.

Didaktik ist so gesehen die Wissenschaft von klugem, fachlich, sachlich sowie sozial umsichtigem Unterstützen eigenverantwortlicher Lerntätigkeit (Girmes). Es bedarf also solcher Aneignungsformen von Wissen, die als verantwortlich, selbstbewußt und selbstbestimmt bezeichnet werden können, die Lernende bei der Suche nach ihren Lösungen unterstützen, positive Lernerfahrungen vermitteln und durch Zumutung von Verantwortung, in einer Kultur

5 Siehe u. u. Ursula Schneider (Hrsg.): Wissensmanagement. Die Aktivierung des intellektuellen Kapitals, Frankfurt/Main 1996.

6 Renate Girmes: Aufgaben statt Lösungen. Didaktik in der Wissensgesellschaft, in: kursiv, 1999, Heft 4, S. 14 –20.

des Vertrauens Wissenskapital zum individuellen und gesellschaftlichen Nutzen hervorbringen.

Dem gegenüber steht allerdings die noch immer offensichtliche Vorliebe für frontale, belehrende, unverbindlich-informative Veranstaltungsformen, für Referentenlisten etc. Die darauf gegründeten und konzipierten Bildungsprogramme haben folgerichtig dann auch oft den Charakter einer Sammlung von Antworten auf nie gestellte Fragen.

Mit methodischem Puritanismus wird politische Bildung den hohen Ansprüchen an Aktualität und Flexibilität nicht gerecht werden können. Im Gegenteil, die Planungszeiträume für die Entwicklung von Maßnahmen in der politischen Bildung müssen deutlich verkürzt werden. Die Vielzahl thematisch sehr ähnlicher Angebote zu Schwerpunktthemen politischer Bildung muß aufgegeben werden zugunsten einer tatsächlichen Vielfalt, die aus der Kooperation mit benachbarten Arbeitsfeldern in Wissenschaft und Kultur erwächst.

Neben traditionellen Zielgruppen wird die Bedeutung von sozialen Bewegungen und Selbsthilfegruppen, Projekt- und Kampagnenarbeit für die politische Bildung wachsen. Die Beförderung von Selbstorganisation und ihre Beteiligung an sich entwickelnden neuen Formen von Selbsthilfe, spontanen Aktionsbündnissen erfordert, eigene Verfahren anzubieten, die dem/der einzelnen eine subjektive Werturteilsbindung ohne die Erwartung oder gar den Zwang zu irgendeiner Form kollektiver Bindung oder Verpflichtung in unterschiedlichen Politikfeldern ermöglicht. Politische Bildung ist hier besonders gefordert, zu jeweils aktuellen und wechselnden Inhalten und Anlässen als moralische Unterstützung empfundene und sachlich brauchbare Angebote zu machen.

Tradition und gesellschaftliche Legitimation PDS-naher politischer Bildung

Die politische Kompetenz ihrer Bürgerschaft ist Voraussetzung jeglicher Demokratie. Demokratische Gesellschaften müssen folglich über Instanzen, Institutionen und Gelegenheiten verfügen, mit denen sie überlegt und nachhaltig auf sich selbst, ihre weitere Entwicklung einwirken. Diese Instanzen müssen allerdings so beschaffen sein, daß sie dies auch leisten können. Demokratie bedarf also eines Bildungssystems mit einer sozialisatorischen und einer utopischen Funktion. Politische Bildung erfährt so eine basale gesellschaftliche Verortung und wird gleichzeitig zum Träger eigener, spezifischer pädagogischer Botschaften.

PDS-nahe Bildungsarbeit ist solchen Werten und Zielen verpflichtet, zu denen sich linke sozialistische Strömungen bzw. Bewegungen in Deutschland bekennen. Sie sieht sich in der hundertfünfzigjährigen Tradition linken politischen Denkens und des Ringens um eine soziale, demokratische und ethische Alternative zum Kapitalismus. In dem Bemühen, den unverzichtbaren demokratischen und emanzipatorischen Grundsatz sozialistischen Denkens und Handelns wiederzubeleben und das Streben nach einer solchen Alternative aus der Sackgasse des gescheiterten Staatssozialismus herauszuführen, ist sie Teil eines sozialistischen

Neubeginns und wirkt im Willen und Geist derjenigen, die sich im Herbst 1989 auf den Weg zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft gemacht haben. Das schließt den konsequenten Bruch mit einem durch die »Partei neuen Typus« dogmatisierten und ideologisierten Begriff politischer Bildung sowie den daraus erwachsenden politik-didaktischen Konzepten ein.

PDS-nahe politische Bildung will Ort und Mittel sein, in bzw. mit dem der lebendige, kritische Diskurs über die Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen, über herrschende Politikmuster und kulturelle Zwänge stattfindet. In dieser Perspektive begründet sich politische Bildung in der Tradition von »kritischer Gegenmacht« und als »Reservoir für Utopien« zur bestehenden Gesellschaftsordnung und einer vernünftigen Alternative. Sie findet in der Vernunfttradition von Kant u.a. bis heute ihren Platz, indem sie die kritische Aufklärung über »die Sachen bzw. Sachverhalte«, das Aufdecken von Mechanismen, Strukturen und Prozessen, von Ideologien und Mythen befördert.

Im Anspruch, Denk-, Wahrnehmungs- und Deutungsweisen sowie Verhaltensmuster in einem dialogischen Prozeß prägend zu beeinflussen, ist sie eingebunden in die »vierte Gewalt« – demokratische und kommunikative Öffentlichkeit, die Debatte um Gesellschaftskritik sowie die experimentelle Suche nach Antworten und Vorstellungen für ein »Projekt« reflexiver Vernunft in der Entwicklung der Gesellschaft.⁷ Politische Bildung will intellektuelles »Handwerkszeug«, Wissen und realistische handlungsorientierte Mittel – wie Streit, Diskussion, Kommunikation, Produktion von Ideen, Evaluation – an die Hand geben, mit denen sie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer befähigt und ermutigt, Träger von Demokratie, politischer Öffentlichkeit und Veränderung zu werden.

Die Vermittlung von Kompetenz und Orientierung soll zu Lernprozessen ermutigen, die nach Negt zur Existenzfrage der Demokratie werden. Dazu gehören sechs gesellschaftliche Schlüsselqualifikationen:

der Umgang mit bedrohter und gebrochener Identität (Kompetenz der Selbst- und Fremdwahrnehmung);

gesellschaftliche Wirkungen begreifen und Entscheidungsvermögen entwickeln (technologische Kompetenz);

der pflegliche Umgang mit Menschen und Dingen (ökologische Kompetenz);

Erinnerungs- und Utopiefähigkeit (historische Kompetenz);

Sensibilität für Enteignungserfahrungen, Wahrnehmungsfähigkeit für Recht und Unrecht, für Gleichheit und Ungleichheit (Gerechtigkeitskompetenz);

die Kompetenz, Zusammenhänge herzustellen.⁸

Die übergreifenden konstitutiven Momente politischer Bildung sind:

erstens der Bezug auf das Individuum. Das Bemühen politischer Bildung ist darauf gerichtet, den einzelnen und die einzelne darin zu unterstützen, in ihm/ihr gemäßer Weise sich in den Umbrüchen und Unübersichtlichkeiten des gesellschaftlich-politischen Lebens zurechtzufinden und die eigenen Interessen und Positionen zu bestimmen und zu vertreten. Politische Bildung ist sozusagen Mittler

7 Benno Hafener: Warum brauchen Jugendliche und Erwachsene heute politische Bildung?, in: kursiv, 1997, Heft 1, S. 24-30.

8 Oskar Negt: Wir brauchen eine zweite, eine gesamtdeutsche Bildungsreform, in: ders. (Hrsg.): Die zweite Gesellschaftsreform, Göttingen 1994, S. 276-290.

zwischen dem Individuum und der Gesellschaft, dem Staat und seinen Institutionen;

zweitens die Pluralität politischer Bildung, die sich in einer Vielfalt der Einrichtungen, Träger, Positionen, Wertekontexte, didaktisch-methodischer Ansätze und Angebotsformen ausdrückt;

drittens ihre politische, inhaltliche und didaktisch-methodische Autonomie gegenüber dem Staat und seinen auch fördernden Institutionen;

viertens als eine auf Aufklärung, Selbstfindung und Partizipation bezogene Bildung ist sie zugleich handlungsbezogen und inhaltlich sowie sozial parteilich. Sie ergreift Partei in der Sache und auch für jene, die im Prozeß politischer Meinungsbildung und im gesellschaftlichen Diskurs oftmals keine Stimme haben oder nur wenig zur Geltung bringen können.

Die Träger politischer Bildung setzen sich dafür ein, politische Bildung als eigenständigen Bildungsbereich zu erhalten. Dabei wird davon ausgegangen, daß politische Bildung eine Gemeinschaftsaufgabe ist, die überwiegend von freien Trägern wahrgenommen wird und von der öffentlichen Hand in ihrem Bestand gesichert werden muß.

Die Übertragung von westdeutschen Praktiken, Strukturen und Verfahren staatlicher Förderung politischer Bildung auf den Osten, das Nichtberücksichtigen spezifischer, ungleich schlechterer Rahmenbedingungen, die ungenügende institutionelle Grundsicherung einer Vielzahl von Trägern, die der Situation völlig unangepaßten Förderrichtlinien der Landeszentralen für politische Bildung und der völlig unzureichende Mitteleinsatz der Bundeszentrale für politische Bildung hat Ostdeutschland zu einem »Entwicklungsland« auf diesem Gebiet gemacht. Die erforderliche Neukonstruktion des Zusammenhangs zwischen Bildung und Politik sowie der Herausbildung einer entsprechenden Trägerstruktur haben es dementsprechend schwer. Die staatliche Förderpraxis und die völlig unsinnige Ökonomisierungsdebatte politischer Bildung hat Verunsicherungen erzeugt, im Osten politische Bildung eher verhindert als gefördert. Eine moderne Struktur von Trägern der Erwachsenenbildung ist hier nicht entstanden. Statt dessen wurden Etabliertheiten und Privilegien großer altbundesdeutscher Verbände und Träger, allen voran die der politischen Stiftungen, im Osten gesichert. Die staatliche Förderpraxis ist zu einem Hindernis für die Herausbildung einer neuen politischen Kultur im Lande geworden. Erforderlich ist eine grundlegende Reform der gesamten Förderprogramme und Instrumentarien politischer Bildung. Gescheitert ist damit auch der Versuch, politische Bildung im Osten auf westdeutsche Sozialisationsverfahren und den entsprechenden Konfliktlinien der Vergangenheit zu gründen. Vor allem die nach 1990 mit großem Aufwand betriebene DDR-Vergangenheitsbewältigung hat die objektive Ost-West-Asymmetrie verstärkt und im Osten zu einer wachsenden Entfremdung zwischen öffentlicher Geschichtsdebatte und individueller Erinnerung und Erfahrung der Epoche geführt. Die getrennte Vergangenheit sollte demgegenüber als gemeinsame, gegenseitig beeinflusste, von gleichen Herausforderungen geprägte Geschichte gesehen werden, nicht zuletzt deshalb, weil ein faires

und differenziertes Geschichtsbild Voraussetzung für die Verwirklichung der inneren Einheit unseres Landes ist.

PDS-nahe politische Bildung versteht sich als Teil der Erwachsenenbildung

Der Zustand der politischen Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik ist schlecht, das Interesse rückläufig, das Image stark angekratzt. Nach einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung hat die Mehrheit der Erwachsenen in Deutschland kein Interesse an politischer Bildung, das sind 68 Prozent im Westen und 63 Prozent im Osten. Allgemeine Merkmale der Situation sind: Viele Veranstaltungen fallen aus, was stattfindet, sind in der Regel Kurzzeitveranstaltungen bzw. Einzelveranstaltungen, die nicht länger als 90 Minuten dauern. Formen wie Vorträge und Podiumsdiskussionen mit prominenten Persönlichkeiten überwiegen. Seminare oder Mehrtageskurse haben es dagegen schwer. Dazu muß sich politische Bildung auf dem Markt behaupten, d.h. sie muß nachfrageorientiert sein, flexibel und schnell auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren können (Aktualitätsdruck) und in der Lage sein, aktuelle Strömungen und Gegenwartsdiagnosen aufzuspüren, aufzugreifen, zu reflektieren, pädagogisch aufzubereiten und umzusetzen. Sie läuft deshalb permanent Gefahr, modisch, beliebig, strömungsangepaßt, oberflächlich, unseriös, pädagogisch kurzatmig und wissenschaftlich wenig abgesichert zu agieren.

Eine Ableitungsdidaktik aus vermeintlich unumstößlichen Wissensbeständen oder fest verankerten Wertungen ist für uns folglich gegenwärtig nicht denkbar. Das heißt, das Wissen um die potentiellen Teilnehmerinnen, die Arbeit mit der Klientel und die interne trägerspezifische Problemsicht sind von großem Gewicht. Als Veranstaltung steht politische Bildung in der Konkurrenz um die Zeit der Menschen in Beruf und Freizeit. Hier wird sie perspektivisch klarer definieren müssen, in welchem Zeitsegment sie sich ansiedeln möchte und darauf ihre Angebote zuspitzen: d.h. sich offen und ehrlich fragen, welche Probleme haben Menschen, die angesprochen werden sollen, und welche Hilfen können zur Lösung dieser Probleme angeboten werden? Warum sollte jemand eine bestimmte Veranstaltung besuchen, warum sollte er oder sie dafür Zeit und Geld aufwenden? Welchen Service können wir bieten, um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unsere Veranstaltungen so angenehm wie möglich zu machen? Und vor allem: Welcher Nutzen entsteht für die Adressaten, wenn sie unsere Veranstaltungen besuchen, was können sie mit dem anfangen, was politische Bildung zu bieten hat?

EVELIN WITTICH

Politische Bildung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Anliegen und Schwerpunkte

Die übergreifende Aufgabe der politischen Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung besteht darin, Menschen die Möglichkeiten zu bieten, sich Wissen und Fähigkeiten anzueignen, die es ihnen gestatten, sich am politischen Prozeß und insbesondere an der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen zu beteiligen. Selbstverständlich eröffnen die Bildungsangebote auch die Möglichkeit zur Information und Orientierung über Themen und den Diskussionsstand in der linken sozialistischen Strömung in Deutschland.

Sozialistisches Denken bezogen sowohl auf die Lösung gegenwärtiger, aber auch künftiger Probleme gesellschaftlicher Entwicklung zu befördern, ist unser Anliegen. Zwei Zugänge sind für die Rosa-Luxemburg-Stiftung dabei wesentlich: Zum einen geht es um die vertiefte Beschäftigung mit dem theoretischen Erbe von Persönlichkeiten wie Karl Marx, Friedrich Engels, Rosa Luxemburg, W. I. Lenin, Leo Trotzki, Antonio Gramsci, Clara Zetkin und Eduard Bernstein sowie mit Konzeptionen, die in den fünfziger bis siebziger Jahren dieses Jahrhunderts entstanden. Zum anderen ist eine möglichst genaue Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft eine wichtige Voraussetzung für jede weitere Arbeit.

Das Bildungsprogramm für das Jahr 2000 hat insbesondere folgende Schwerpunkte:

Die Frage nach *sozialer Gerechtigkeit in der Gegenwart* ist im Jahr 2000 das Leitthema der Stiftung und wird auch künftig zu den Themen gehören, die für die Arbeit der Stiftung von herausgehobener Bedeutung sind. Die Arbeit der alternativen Zukunftskommission sowie die Projekte der Forschungsförderung sind in hohem Maße auf dieses Thema orientiert.

Ausgangspunkt für eine erste Annäherung an das Leitthema bildet die von Rosa Luxemburg vertretene Alternative von *Gerechtigkeit oder Barbarei*. Dort, wo Milliarden von Menschen und große soziale Gruppen elementarer Existenzmöglichkeiten beraubt sind, aus dem Erwerbsleben ausgeschlossen, zu Anhängseln des Profitstrebens degradiert werden, droht die Barbarei globale Dimensionen zu erreichen. Freiheit braucht ein Mindestmaß an sozialer und politischer Gleichheit und Autonomie. Gegenwärtig findet ein Kampf um die Neuverteilung von Reichtum bzw. Neuzuteilung von Armut, um Integration oder Ausgrenzung, um Mitbestimmung oder Fremdbestimmung statt. Globalisierung, Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, freier Welthandel sind die vom

Evelin Wittich – Jg. 1950,
Diplombauingenieur,
Dr. oec., Mitglied des
Geschäftsführenden Aus-
schusses des Vorstands der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

neoliberalen Diskurs besetzten Schlagwörter dieses Kampfes. Forderungen nach Überwindung globaler Armut und Umweltzerstörung und nach neuen Formen sozialer Sicherheit müssen dem entgegen gestellt werden. Die Ergebnisse der von der Stiftung zu diesem Themenkomplex unterstützten Forschungsaktivitäten werden unmittelbar in der politischen Bildungsarbeit zur Diskussion gestellt. Im Oktober findet eine internationale Konferenz zum Thema »Gerechtigkeit oder Barbarei« statt, in der eine erste Bilanz vorgestellt werden soll.

Im Schwerpunkt *Ungleichheit: Geschlechter – Klassen – Staatsbürgerschaft* werden gesellschaftliche Ungleichheitslagen analysiert. Soziale Ungleichheitsphänomene, die in der Sozialstruktur der Gesellschaft deutlich werden, sind ebenso von Interesse wie die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern besonders bei ihrer Teilhabe am Erwerbsprozeß, am gesellschaftlichen Reichtum, an Bildung und an demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten. Intensiver Diskussion und Aufklärung bedarf die strukturelle Benachteiligung der Migrantinnen und Migranten in Deutschland und damit im Zusammenhang stehende politische Entwicklungen. Vor diesem Hintergrund ist die Beschäftigung mit Ungleichheit, Ungerechtigkeit und dem Inhalt von Solidarität vordringlich. In der Schwerpunktveranstaltung der Stiftung im Januar zum Thema *Globalisierung und Geschlecht – Anforderungen an feministische Perspektiven und Strategien* wurden zunächst Probleme der Globalisierung aus feministischer Perspektive – wie zum Beispiel die Internationalisierung von Gewaltverhältnissen, das Verhältnis von Globalisierung und Demokratisierung, die Neudefinition von Arbeit im Kontext sozialer Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und sozial-ökologischer Umbau bis hin zu feministischen Anforderungen an sozialistische Politik – diskutiert. In engem Zusammenhang zu diesem Komplex steht auch die Frage nach den politischen Kräften für einen demokratischen und sozialen Wandel im politischen System der Bundesrepublik Deutschland.

Die Stiftung wird zudem in ihrer Bildungsarbeit der ihr nahestehenden Partei kritische Aufmerksamkeit widmen – sowohl der Rolle der PDS als einer neuen linken sozialistischen Kraft im politischen System der Bundesrepublik als auch ihrer programmatischen Entwicklung und ihrem praktischen Beitrag zu gesellschaftlichen Wandlungsprozessen. Das schließt ein, daß auch die Reformbestrebungen der anderen politischen Kräfte, z.B. der CDU, aufmerksam analysiert und diskutiert werden.

Mit den Themenkomplexen *Kapitalismus global, Sozialismus: streiten für links und Zukunft: Nachhaltigkeit* werden brennende Probleme wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen, der Gesellschaftsanalyse sowie ihrer politischen Verarbeitung in Reformalternativen aufgegriffen. Zentrale Fragen sind dabei der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft, die Sicherung des sozialen Zusammenhaltes, eine neuartige Beschäftigungspolitik, die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Stärkung der Bürgerrechte.

Ende der achtziger Jahre schienen Vision, Theorie und Praxis des Sozialismus bekanntlich endgültig diskreditiert. Der Kapitalismus gebärdete sich alternativlos als Ziel und Ende der Geschichte. Eine

Periode der neoliberal inspirierten Entfesselung globaler kapitalistischer Macht und Dynamik verbunden mit der Umwälzung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen erreichten ihren Höhepunkt. Die Ergebnisse dieser Umwälzung stellen viele neue, aber auch gerade alte Fragen auf neue Weise und mit lange nicht gekannter Hefigkeit. Interesse und Verständnis für alternative Bewegungen der Vergangenheit und Gegenwart nehmen zu. Die Visionen einer sozialistischen Alternative, einer gerechten Gesellschaft, in der »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller« wird, gewinnen allmählich wieder an Attraktivität. Ebenso die alte sozialistische Auffassung, daß Menschenrechte erst dann als verwirklicht gelten, wenn jede und jeder der wichtigsten sozialen, politischen und kulturellen Rechte teilhaftig wird.

Friedens- und Sicherheitspolitik sowie *Antifaschismus* gehören zu den traditionellen Themen sozialistischen Denkens und finden sich natürlich im Stiftungsprogramm.

Relativ neu dagegen ist die Diskussion von *Nachhaltigkeit* als Bestandteil einer Strategie für einen demokratischen Sozialismus, die die sozialen und ökologischen Grundlagen der menschlichen Gesellschaft auf Dauer sichern soll und dabei Prinzipien sozialer Gerechtigkeit folgt. Nachhaltigkeit umfaßt demnach weit mehr als die Durchsetzung ökologischer Grundsätze im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß. Im aktuellen Programm zur politischen Bildung werden deshalb Grundfragen einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung zur Diskussion gestellt. Die Palette der Themen reicht von umfassenden Vorstellungen zur Zukunft der Gesellschaft, über Werte, die der Entwicklung von Wissenschaft und Technik zugrunde liegen, bis hin zu ethischen Problemen bei der Entwicklung und Nutzung von sogenannten Hochtechnologien wie z. B. Technologien zur Energieerzeugung, der Gentechnik und Informationstechnologien. Verschiedene – vor allem auch feministische – Ansätze der Technikkritik sollen ebenfalls in die Diskussion Eingang finden.

Weltweit wird versucht, alternative Lebensformen zu praktizieren und im umfassenden Sinn nach Prinzipien der Nachhaltigkeit zu leben. So auch in der Bundesrepublik. Im Pfarrhof in Kirchheim werden gemeinsam mit Mitgliedern der Kommune ARRANCA e.V. Zusammenhänge in der Nachhaltigkeitsdebatte – bezogen auf die Konsequenzen unserer Lebensweise – aus ökologischer und sozialer Perspektive erörtert. Projektansätze vor Ort sind z. B. die Abwassernutzung durch Pflanzenkläranlagen, Komposttoiletten und ökologisches Bauen.

Zeitgeschichte gehört seit der Gründung des Vereins Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. – also seit 1990 – zu den konstituierenden Themenbereichen unserer Bildungsarbeit. Der Zusammenbruch des Staatssozialismus war eine tiefe Zäsur und eröffnete zugleich die Möglichkeit für eine neue, kritische Sicht auf die Traditionen der verschiedenen emanzipatorischen Bewegungen. Die Analyse und Neubewertung des geschichtlichen Erbes ist ein ständiger Prozeß und unverzichtbarer Teil unserer politischen Bildung, Bestandteil der Frage nach der eigenen politischen Identität sowie Schwerpunkt der Auseinandersetzung.

»Kultur für alle« ist eine demokratische Zukunftsvision. Das Bewußtsein zu entwickeln, daß Kultur für jeden Menschen, für sein Selbstbewußtsein und seine Selbstfindung wichtig ist, gehört zu den Aufgaben unserer Bildungsarbeit. Das Programm bietet Begegnungen mit Künstlerinnen und Künstlern, kulturhistorische, -philosophische und biographische Themen, die es ermöglichen, über Grundwerte des demokratischen Sozialismus zu diskutieren.

Die Beschäftigung mit der *Person und dem Lebenswerk von Rosa Luxemburg* als der Namenspatronin der Stiftung ist zum festen Bestandteil des Bildungsangebotes geworden. Mit dem Namen hat die Stiftung ein politisches und kulturelles Leitmotiv gewählt, dem auf verschiedene Weise entsprochen wird. So werden prominente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Sicht auf ausgewählte Aspekte des schriftlichen Werkes von Rosa Luxemburg, auf die Rezeptionsgeschichte, die Persönlichkeit, die politischen Partner und Gegner vorstellen sowie den aktuellen Forschungsstand im In- und Ausland diskutieren. In der Stiftung wird bis Ende Februar eine Rosa-Luxemburg-Ausstellung gezeigt, zudem wird die Neuauflage der Luxemburg-Werke sowie den Abschluß der Edition mit dem Band 6 unterstützt.

In den Veranstaltungen zum Schwerpunkt *Politik real* werden vor allem Angebote zu aktueller Politikgestaltung, zu Demokratie, Parteien, Gewerkschaften, Asylpolitik und zur Entwicklung im ländlichen Raum unterbreitet. Die Themengruppe *Politikmanagement* umfaßt Veranstaltungen zu Kommunikation, Arbeitstechniken, Gruppenarbeit und Rhetorik. Informationen und praktische Hinweise zur *kommunalpolitischen Bildung* finden Interessierte ebenfalls in diesem Komplex. Die *Auseinandersetzung mit der extremen Rechten* in der Bundesrepublik hat leider in der aktuellen Politik an Bedeutung gewonnen.

Die Zuwendung von Globalmitteln aus dem Bundeshaushalt ermöglicht es der Stiftung, Bildungsangebote auch in Form von Seminaren, Kursen, Werkstätten und anderen pädagogisch wirksamen Formen anzubieten. Bis August dieses Jahres werden 168 Veranstaltungen in eigener Regie durchgeführt, davon 14 Tagungen und Konferenzen sowie 87 Seminare und Werkstätten. Gemeinsam mit den ostdeutschen Landesstiftungen und den westdeutschen PDS-nahen Vereinen sind 158 Veranstaltungen vorgesehen.

Mit der Durchführung von *methodisch-didaktischen Seminaren* und von Veranstaltungen zum Selbstverständnis politischer Bildungsarbeit bieten wir Möglichkeiten zur Schulung für Mittlerinnen und Mittler politischer Bildung.

Durch das *Jugendbildungswerk »Rosa Luxemburg«* wird zum ersten Mal – auch im Zusammenwirken mit anderen Trägern – ein Bildungsangebot für Jugendliche unterbreitet. Die Seminarkonzepte wurden von jungen Erwachsenen entwickelt und werden vorwiegend von jungen Mittlerinnen und Mittlern umgesetzt. Dadurch, daß wir mit anderen Trägern politischer Bildungsarbeit zusammenarbeiten, möchten wir unseren Teilnehmerinnen und Teilnehmern Gelegenheit geben, sich mit verschiedenen Sichtweisen und Lösungsansätzen bekannt zu machen. Eine besondere Rolle bei der Profilierung der Stiftung spielt die Zusammenarbeit mit

den Landesstiftungen und PDS-nahen Bildungsvereinen in den westdeutschen Bundesländern.

Für unsere eigenen Bildungsprojekte, aber auch für solche, die gemeinsam mit anderen Trägern realisiert werden, wurden Kriterien für die Ausarbeitung und abschließende Beurteilung von Projekten erarbeitet. Sie stellen eine erste Orientierung dar, die weiter diskutiert und erprobt werden soll.

In den Vorhaben muß sich erstens das Selbstverständnis der Stiftung widerspiegeln – die Beschlüsse der Mitgliederversammlung, die Grundkonzeption der politischen Bildung¹, das Leitthema des Jahres², die Ergebnisse bzw. Ansätze der Hauptprojekte der Stiftung³. Zweitens ist mit den Projekten ein Bildungsangebot für die wesentlichen Zielgruppen der Stiftung zu gewährleisten. Drittens sollte jedes Vorhaben einen Publizitätswert aufweisen, d.h. Aktualität, Authentizität und hoher Informationsgehalt. Viertens sind Projekte mit Netzwerkfunktionen für eine lebendige und innovative Arbeit der Stiftung besonders wichtig. Fünftens geht es vor allem darum, die Hauptzielgruppen anzusprechen.⁴ Sechstens wird großer Wert auf eine ergebnisoffene Auseinandersetzung mit verschiedenen Standpunkten gelegt. Siebentens liegt ein besonderes Gewicht auf Vorhaben, die zur wissenschaftlich-theoretischen Profilierung der Stiftung beitragen.

Schwerpunktveranstaltungen 2000

Zeitpunkt	Thema
Januar	Globalisierung und Geschlecht. Werkstattgespräch.
März	Gesundheitsförderung als Paradigma der Politik. Konferenz
April	Reform der gesetzlichen Rentenversicherung: Zukunft für soziale Sicherheit oder Abschied von Solidarität? Tagung
Mai	»... und sie sind zu allem fähig«. Ethos und Moralpolitik der deutschen Herrschaftseliten. Tagung
Juni	Osterweiterung der Europäischen Union die soziale Dimension. Konferenz
Juni	Vorbeugung von gewaltsamen Konflikten und Systemtransformation – gemeinsame Verantwortung von Ost und West. Deutsch-russisches Werkstattgespräch in Moskau
Juli	Star Trek, Star Wars, Akte X oder: die Aliens sind unter uns. Über Utopien und Anti-Utopien. Werkstattgespräch
Oktober	Soziale Gerechtigkeit oder Barbarei. Internationale Konferenz
Oktober	»Stellt Euch vor, es ist Kapitalismus ...«. Politisches Festival
November	CDU/CSU – Analyse einer modernen politischen Formation. Tagung
November	Alternativer Hochschultag. Konferenz
Dezember	Lingua rei publicae Berolinensis. Zur Sprachpolitik der Berliner Republik Tagung
Werkstatt	»Jugend im antifaschistischen Widerstand« am Beispiel der Herbert-Baum-Gruppe

1 Vgl. den Beitrag von Dieter Schlönvoigt in diesem Heft.

2 Das Leitthema des Jahres 2000 ist die Frage nach sozialer Gerechtigkeit in der Gegenwart.

3 Politische Meinungsbildung in der Bundesrepublik, FOKUS e.V. Halle; Gesellschaftliche Reformalternativen einer sozialistischen Moderne, GFSP mbh; Begleitforschung zur Regierungsbeteiligung der PDS in Mecklenburg-Vorpommern, BISS e.V.

4 Im Rahmen des Projektes politische Meinungsbildung in der Bundesrepublik wurden von Michael Chrapa Thesen zum Problemkreis »Zielgruppen für die politische Bildung« vorgelegt, die unsere Debatte dazu wesentlich beeinflussen. Die Diskussion um die Arbeit mit Zielgruppen hat allerdings erst begonnen.

VIOLA WEINERT, JOCHEN MATTERN

Die Hölle auf Erden. Eine Annäherung an Hannah Arendts Analyse totaler Herrschaft

Vorbemerkung: Das Bild der Hölle

Während ihrer Auseinandersetzung mit der totalen Herrschaft drängte sich Hannah Arendt das Bild der Hölle auf. Als möglichen Titel ihrer groß angelegten Untersuchung totaler Herrschaft hatte sie Young-Bruehl zufolge *Die drei Säulen der Hölle* erwogen.¹ Gemeint sind mit den drei Säulen der Hölle Antisemitismus, Imperialismus und totale Herrschaft. Die vielleicht zentrale Erkenntnis, die Arendt aus der Beschäftigung mit der totalen Herrschaft gewinnt, ist die, »daß man höllische Phantasien realisieren kann, ohne daß der Himmel einstürzt und die Erde sich auftut«². Realität wurden die höllischen Phantasien in den Vernichtungslagern der Nationalsozialisten. In ihnen macht Hannah Arendt »den fast schon vorsätzlichen Versuch (aus), eine Art irdischer Hölle zu installieren«³.

Ihre zur Beschreibung und Erklärung totaler Herrschaft verwendete Höllen-Metapher ist mehrdeutig. Sie besagt zunächst einmal, daß die Hölle nichts sei, was erst noch bevorstünde. Die Hölle habe es auf Erden gegeben, geschaffen von Menschen für Menschen, sie habe Namen und Gestalt, nämlich Auschwitz. Damit ist die Hölle auch kein jenseitig gelegener Ort mehr. Daß sie auf Erden existiert hat, bedeutet jedoch nicht, daß die Hölle ein historischer Ort sei, ein für allemal vergangen. Die Hölle könne wiederkehren.

Darüber hinaus versucht Hannah Arendt, mit dem Bild der Hölle die Spezifik der Vernichtungslager zu erfassen. Sie verweist zu diesem Zweck auf die Unterschiede zu »den mittelalterlichen Bildern von der Hölle«⁴. Nicht im entferntesten reichen die mittelalterlichen Höllendarstellungen, wie sie z.B. Dante in seiner *Göttlichen Komödie* gibt, an das Grauen der Vernichtungslager heran. Die Hölle der Vernichtungslager konfrontiert denjenigen, der es unternimmt, sie zu untersuchen, mit *vollendeter Sinnlosigkeit*. Die Vernichtungslager sind Institutionen, »wo jede Handlung und menschliche Regung prinzipiell sinnlos sind«, bemerkt Hannah Arendt.⁵ Kategorien wie Buße für begangene Sünden oder gerechte Bestrafung für schuldhaftes Tun, wie sie in der Vorstellung vom Jüngsten Gericht zum Ausdruck kommen, erweisen sich als vollkommen unangemessen für das Verständnis der Vorgänge in den Vernichtungslagern der Nationalsozialisten. Auch Erwägungen hinsichtlich eines eventuellen ökonomischen Nutzens der Vernichtungslager tragen dazu nichts bei. »Weder die Einrichtung der Lager selbst und was innerhalb ihrer streng bewachten Grenzen vor sich ging, noch deren politische Rolle ergeben irgendeinen Sinn«,

Viola Weinert, Jg. 1955 –
Lehrerin für politische
Bildung am Gymnasium in
Lauchhammer.

1 Elisabeth Young-Bruehl:
Hannah Arendt. Leben,
Werk und Zeit,
Frankfurt/Main 1991, S. 286.

2 Hannah Arendt:
Elemente und Ursprünge
totaler Herrschaft, Mün-
chen/Zürich 1993, S. 686.

3 Hannah Arendt:
Zwischen Vergangenheit
und Zukunft. Übungen im
politischen Denken, Mün-
chen/Zürich 1994, S. 322.

4 Ebenda.

5 Hannah Arendt:
Elemente und Ursprünge
totaler Herrschaft, S. 699.

6 Hannah Arendt:
Elemente und Ursprünge
totaler Herrschaft, S. 699.

7 Ebenda, S. 30.

8 Hannah Arendt:
Elemente und Ursprünge
totaler Herrschaft, S. 705.

Jochen Mattern, Jg. 1956 –
Lehrer und Politikwissen-
schaftler.

9 Ebenda, eigene Hervor-
hebungen.

10 Ebenda, S. 677, 680.

11 Ebenda, S. 686.

12 Ebenda, S. 479.

konstatiert Arendt.⁶ Die furchtbare Quintessenz faßt sie in die Worte: »Nur noch gestorben wurde« in den Vernichtungslagern.⁷ Vor dieser Quintessenz versagt der »gesunde Menschenverstand«. Was sich dort ereignet hat, sprengt nach Ansicht Hannah Arendts »die Begriffe und Kategorien unseres politischen Denkens«⁸. Auch dem trägt das Bild der Hölle Rechnung. Folglich bedarf es, um das Unvorstellbare verstehen zu können, einer neuen Terminologie. Um Verstehen aber muß bemüht sein, wer verhüten will, daß Auschwitz sich wiederholt.

»Es ist Aufgabe der historisch-politischen Wissenschaften«, betont Hannah Arendt, »diesen Ereignissen nachzugehen und festzustellen, mit welchen Mitteln und in welchem Funktionszusammenhang sie ins Werk gesetzt wurden. Dabei ist wichtig, sich darüber klar zu werden, daß es sich nicht darum handeln kann, das spezifisch Unerhörte durch beliebige Parallelen mit der Vergangenheit wegzuerklären oder auf jenen Aspekten totalitärer Herrschaft, die sie mit anderen Gewaltherrschaften teilt und die in ihren Anfangsstadien deutlich in Erscheinung treten, zu bestehen, sondern im Gegenteil zu versuchen, *das wesentlich Neue*, das nämlich, was diese Herrschaft wirklich zu einer totalen Beherrschung macht, in den Blick zu bekommen.«⁹

Das wesentlich Neue totaler Herrschaft in den Blick zu bekommen, dazu gebraucht Hannah Arendt das Bild der Hölle. Sie verweist damit auf den Stellenwert, den die Konzentrationslager in der totalen Herrschaft besitzen und folglich auch in der Analyse totaler Herrschaft einnehmen müssen. Die Lager stellen die zentrale und konsequenteste Institution der totalen Herrschaft dar.¹⁰ Hannah Arendt führt aus dem Grunde den Begriff der »Konzentrationslagergesellschaft« in die Untersuchung totaler Herrschaft ein.¹¹

Schließlich bewahrt Arendts Metaphorik davor, das Einzigartige und Neue totaler Herrschaft durch Vergleiche und Analogien allzu schnell zu relativieren. Sie rät zu einem sparsamen und vorsichtigen Umgang mit dem Wort »totalitär«.¹²

Daß dieser Rat heute kaum befolgt wird, ist offensichtlich. Ein Blick auf den geradezu inflationär gewordenen Vergleich von DDR und Drittem Reich reicht aus, den weitgehend oberflächlichen Gebrauch des Terminus totale Herrschaft zu demonstrieren. Ein solcher Vergleich führt auf der einen Seite dazu, daß die DDR dämonisiert wird, und hat auf der anderen Seite eine Verharmlosung des Nationalsozialismus zur Folge. Aber das Bild der Hölle erweist sich für die DDR als unangemessen. Eine Gleichsetzung von DDR und Drittem Reich verwischt, was Arendt unter dem »wesentlich Neuen« totaler Herrschaft verstanden hat.

Wir wollen das von Arendt verwendete Bild der Hölle genauer auf seinen Gehalt hin befragen – und zwar in Hinsicht sowohl auf die Strukturen totaler Herrschaft als auch auf die Dimensionen von Terror und Ideologie. Dann erst wird Arendts These plausibel, daß es sich bei der totalen Herrschaft um eine neuartige Staatsform handelt.

Wir wollen es aber darüber hinaus auch wagen, mit Arendt über Arendt hinauszudenken – mit dem Versuch, eine Begründung für einen Verzicht auf den Totalitarismusbegriff zu finden.

Totalitarismus als Gegenbegriff zur Demokratie

Das Anliegen, das Hannah Arendt mit ihrer Untersuchung der totalen Herrschaft verfolgt, besteht darin, ein praktikables »politische(s) Beurteilungskriterium« an die Hand zu bekommen, mit dem die Ereignisse der Gegenwart danach beurteilt werden können, »ob sie einer totalitären Herrschaft dienen oder nicht«¹³. Der Begriff totaler Herrschaft avanciert so zum Gegenbegriff der Demokratie.

In diesem Sinne – als Kontrastbegriff zur Demokratie – gebrauchen ihn heute zum Beispiel die Verfasser eines Essays über *Die demokratische Frage*, in dem einer totalitären Herrschaft die folgenden Merkmale zugeschrieben werden:

»erstens die Zerstörung der öffentlichen Sphäre und die Abschaffung der Meinungsvielfalt zugunsten einer ›Einheitsmeinung‹, die als ›Wissen‹ propagiert wird; zweitens die Aufhebung der Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre durch eine scheinbar unbegrenzte Politisierung des Privaten und das Verschwinden öffentlicher Politik; und drittens die Ausübung und Rechtfertigung von Gewaltherrschaft unter Berufung auf ein privilegiertes Wissen, die Ideologie, nicht aber auf einsichtige und zustimmungsfähige Prinzipien«¹⁴.

Die aufgeführten Kriterien markieren den Inhalt dessen, was Jürgen Habermas den »kommunikationstheoretischen Begriff des Totalitarismus« nennt. Einen solchen entwickelt zu haben bescheinigt er Hannah Arendt.¹⁵ Die totale Herrschaft schafft demnach die Möglichkeit ab, von der Vernunft öffentlichen Gebrauch zu machen, und setzt an die Stelle des demokratischen Meinungsstreits eine Einheitsmeinung, die sich auf den Terror stützt und ihn zugleich legitimiert. Der Kontrast zur Demokratie ist offensichtlich, denn die Demokratie lebt vom öffentlichen Dialog der Bürgerinnen und Bürger, sie lebt vom demokratischen Meinungsstreit.

Das monolithische Bild vom Totalitarismus

Dem institutionentheoretischen Totalitarismusansatz, wie er in seiner klassischen Variante von Friedrich und Brzesinski ausgearbeitet worden ist, liegt die Annahme »einer prinzipiell monolithischen Herrschaftsstruktur«¹⁶ zugrunde. Zweck dieses Ansatzes ist es, mittels eines Vergleichs von Herrschaftssystemen eine Typologie erstellen bzw. eine Klassifizierung vornehmen zu können, mit der die Unterschiede zu demokratischen Regierungsformen sichtbar gemacht werden können.

Juan Linz¹⁷ zufolge ist totale Herrschaft eine erst im 20. Jahrhundert aufkommende Staats- bzw. Herrschaftsform, für die frühe Vorläufer allenfalls in altorientalischen Despotien festgemacht werden können. Seinem institutionentheoretischen Ansatz entsprechend gibt es zwei Formen totalitärer Herrschaft: Faschismus (in den Formen Nationalsozialismus, italienischer Faschismus und japanischer Militarismus) und Realsozialismus (in den Formen Stalinismus und Realsozialismus). Als hinreichende Kriterien für totalitäre Systeme sind beschrieben:

1. monistisches Herrschaftssystem und extreme Machtkonzentration;

13 Ebenda, S. 681.

14 Ulrich Rödel, Günter Frankenberg, Helmut Dubiel: *Die demokratische Frage*, Frankfurt/Main 1989, S. 52.

15 Jürgen Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Frankfurt/Main 1990, S. 47.

16 Hans Mommsen: (Beitrag zur begriffsgeschichtlichen Kontroverse), in: *Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse*, München/Wien 1980, S. 20.

17 Juan Linz: *Typen politischer Regime und die Achtung der Menschenrechte*, in: Jesse (Hg.): *Totalitarismus im 20. Jahrhundert*, Bonn 1996, S. 485-537.

2. totalitäre (chiliastische) Ideologie und totalitäre (zentralistische) Partei;

3. Zerstörung der sozialen Strukturiertheit der Gesellschaft, Atomisierung innerhalb der Masse, politische Massenmobilisierung bei politischer Gleichschaltung;

4. Verstaatlichung der Gesellschaft

5. exzessiver Machtgebrauch (Terror).

Auch Hannah Arendt sieht zwei Erscheinungsformen der totalen Herrschaft: den Nationalsozialismus der Jahre 1933 bis 1945 und den Stalinismus in den Jahren von 1929 bis 1941 und danach wieder von 1945 bis 1953.¹⁸ Im Vorwort zu dem Abschnitt über die *Totale Herrschaft* merkt Arendt jedoch ausdrücklich an, »daß die totale Herrschaft ... mit dem Tod Stalins in Rußland nicht weniger ihr Ende gefunden hat als in Deutschland mit dem Tod Hitlers«¹⁹. Offensichtlich stellt ihrer Auffassung nach die Person des totalitären Herrschers einen entscheidenden Faktor für den Bestand der totalen Herrschaft dar.

Der Zweite Weltkrieg bringt Arendt zufolge in der Sowjetunion eine Abschwächung der totalitären Herrschaftsmethoden mit sich: Es kommt dort zu einer »zeitweiligen Aufhebung« der totalen Herrschaft.²⁰ Arendt geht auf dieses Phänomen nicht weiter ein, beläßt es lediglich bei dessen Erwähnung, steht aber jedenfalls unter den Totalitarismusforschern mit dieser Ansicht allein auf weiter Flur. Üblicherweise wird von der Kontinuität totaler Herrschaft in der Sowjetunion ausgegangen, nicht aber von einer Diskontinuität. Die von Arendt behauptete Unterbrechung zu erklären, hätte der klassische Ansatz, der von monolithischen Herrschaftsstrukturen ausgeht, erhebliche Schwierigkeiten, denn ein so strukturiertes Herrschaftsgebilde stellt ein statisches, eine solche Dynamik ausschließendes dar.²¹

Die Kriterien, anhand derer der klassische Ansatz die totalitäre Herrschaft bestimmt, belegen das. Sie entsprechen in der Regel den fünf weiter oben genannten. Umstritten ist vor allem das Kriterium des monistischen Herrschaftszentrums, das, wenn es zuträfe, die monolithische Struktur totaler Herrschaft bestätigte. Das Fremdwörterbuch bestimmt als einen »Monolith« ein »aus einem einzigen Stein gehauenes Bildwerk«. Übertragen auf das politische Gebilde Staat heißt das, daß nur dann von einem Staatsmonolithen gesprochen werden kann, wenn eine eindeutige, fest umrissene Herrschaftsstruktur auszumachen ist, die zudem ein genau lokalisierbares Herrschaftszentrum aufweist.

Hannah Arendts Analyse totaler Herrschaft gelangt indes zu einem ganz anderen Befund. Ihrer Auffassung nach handelt es sich bei der totalen Herrschaft um kein monolithisches Herrschaftsgebilde, dem folglich auch ein monistisches Herrschaftszentrum fehlt. »Nichts entspricht weniger den Realitäten eines totalen Herrschaftsapparates«, konstatiert Hannah Arendt, als »ihre angeblich monolithische Staatsstruktur«. Kennzeichnend für die totale Herrschaft sei vielmehr eine »eigentümliche ›Strukturlosigkeit«²². Wenn man, so Arendt, »den totalen Herrschaftsapparat mit einem der vielen uns aus der Geschichte bekannten Staatsapparate (vergleicht), so kann man ihn nur als strukturlos bezeichnen«²³

18 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 475.

19 Ebenda, S. 491.

20 Ebenda, S. 475.

21 Hans Mommsen: (Beitrag zur begriffsschichtlichen Kontroverse), S. 19.

22 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 618.

23 Ebenda, S. 621, eigene Hervorhebungen.

Der Machtkampf in der NS-Führung nach dem Machtantritt Hitlers

Ihre These der Strukturlosigkeit totaler Herrschaft belegt Arendt mit Vorgängen innerhalb des Machtgefüges der NS-Bewegung. Insbesondere die Machtübernahme 1933 führt zu vermehrten Machtrivalitäten in der NS-Führungsschicht. Die »Zweite Revolution«, auch als Affäre Röhm bekannt, wird zum Anlaß der Neuverteilung der Machtpositionen innerhalb der NS-Führungsclique. Als die paramilitärische SA sich anschickt, ein ernsthafter Konkurrent für die Wehrmacht zu werden, sieht Hitler sich genötigt, den Konflikt zwischen SA und Wehrmacht zu lösen. Er entscheidet sich für die Wehrmacht und gegen die SA. In einer von der SS geplanten und durchgeführten Nacht- und Nebelaktion wird Anfang Juli 1934 die alte SA-Spitze um Hitlers engen Kampfgefährten Ernst Röhm liquidiert. Diese illegale Aktion beendet zwar die Rivalität zwischen der SA und der Wehrmacht, schafft aber zugleich eine neue, diesmal zwischen SS und Wehrmacht. An die Stelle eines alten Gegensatzes tritt also lediglich ein neuer. Die Ausschaltung der SA-Spitze durch die SS hat den Aufstieg der letzteren zur Folge. Das äußert sich darin, daß die SS am 20. Juli 1934 aus dem bisherigen Unterstellungsverhältnis zur SA entlassen und in den Rang einer selbständigen, Hitler unmittelbar verantwortlichen Organisation erhoben wird. Darüber hinaus erhält die SS die Genehmigung, bewaffnete Streitkräfte aufzustellen.²⁴ Mit der Bewaffnung der SS erwächst nun der Wehrmacht ein neuer Konkurrent. Das Waffenmonopol, das üblicherweise dem Staat zukommt, d.h. der Armee als einem Bestandteil des Staates, wird dadurch ausgehöhlt. Auch die paramilitärische SS besitzt fortan Waffen. In diesen Vorgängen erblickt Hannah Arendt ein für die totale Herrschaft charakteristisches Phänomen: eine *dauernde Verschiebung des Machtzentrums*.²⁵

»Innerhalb der SS«, vertieft Arendt, »begann dann natürlich wieder das gleiche Spiel. Gegen die Allgemeine SS wurden die Verfügungstruppen und dann die Totenkopfverbände gegründet, denen gegenüber wiederum die Allgemeine SS die Fassade bildete. Dies aber hinderte nicht, daß alle diese Formationen darauf vereidigt wurden, »den Willen der Führung«, also des Führers, zu vollziehen, nur daß dieser Wille selbst, der dennoch durchaus das eigentliche Machtzentrum oder die eigentliche Machtquelle der ganzen Bewegung bildete, sich dauernd ändern mußte, weil er ja wesentlich damit beschäftigt war, die Bewegung vorwärtszutreiben und zu verhindern, daß stabile Verhältnisse sich bildeten. Dies hatte natürlich das Resultat, daß abgesehen von dem im Führer verkörperten Willen es niemals feststehen konnte, wo sich gerade das Machtzentrum des Herrschaftsapparates befand, und daß niemand sicher sein konnte, welche Position er in der wirklichen geheimen Machthierarchie einnahm«.²⁶

Erkennbar wird in all dem ein Regime, das in Strukturivalitäten verstrickt ist – in Machtkämpfe, von denen zu fragen ist, ob sie vorübergehender oder dauerhafter Art sind; oder – historisch konkret – ob es der NS-Führung gelang, die Rivalitäten um die Macht zu beenden und ein stabiles Herrschaftsregiment zu etablieren, oder ob diese Kämpfe das NS-Regime auf Dauer begleiteten und letztlich dessen Unterminierung bewirkten.

24 Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt/Main, Berlin 1993, S. 647.

25 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 623.

26 Ebenda, S. 624.

Strukturlosigkeit als Herrschaftsphänomen – eine neue Staatsform?
 Wenn Arendt von der Strukturlosigkeit totaler Herrschaft spricht, dann tut sie das vor dem Hintergrund traditioneller Begriffe von Staat und Staatsstruktur. Vor diesem Hintergrund gewinnt der Begriff der Bewegung deutliche Konturen. Totalitäre Bewegungen wählen diesen Begriff zu ihrer Selbstbezeichnung. Typisch für totalitäre Bewegungen ist, daß sie bei Strafe ihrer Auflösung bemüht sein müssen, den Bewegungskarakter aufrechtzuerhalten, und zwar erst recht dann, wenn sie zur Macht gelangt sind. Insofern betont Hannah Arendt für die Phase unmittelbar nach der Machtübernahme:

»Die Macht als Gewalt ist (daher) für totalitäre Herrschaft niemals ein Ziel, sondern nur ein Mittel, und die Machtergreifung in einem gegebenen Land nur das willkommene Durchgangsstadium, nicht das Ende der Bewegung. Das praktische Ziel der Bewegung ist, soviel Menschen wie möglich in die Bewegung hineinzuzugewinnen und in Schwung zu bekommen; ein Ziel, bei dem die Bewegung an ihr Ende kommen würde, gibt es überhaupt nicht.«²⁷

27 Hannah Arendt:
 Elemente und Ursprünge
 totaler Herrschaft, S. 528.

Wenn es also überhaupt so etwas wie ein Ziel gibt, das totalitäre Bewegungen anstreben, dann besteht es darin, den Bewegungskarakter nach der Übernahme der Macht nicht bloß zu erhalten, sondern die Bewegung zum Zweck der »Beherrschung jedes einzelnen Menschen«²⁸ auszudehnen.

28 Ebenda.

»Es liegt in der Natur eines totalen Anspruchs«, schreibt Hannah Arendt, »daß der Machtanspruch totalitärer Regime prinzipiell unbegrenzt ist. Er wäre nur gesichert, wenn buchstäblich alle Menschen, ohne eine einzige Ausnahme, in allen ihren Lebensäußerungen zuverlässig beherrscht würden.«²⁹

29 Ebenda, S. 698.

Ein solches Ziel ist wohl nie ganz und gar zu realisieren. In den Konzentrationslagern jedoch findet die totale Herrschaft eine dafür geeignete Institution.

Verhindern muß eine totalitäre Bewegung also – wenn sie ihren spezifisch dynamischen Charakter nicht einbüßen will –, daß stabile Verhältnisse entstehen. Die dauernde Verschiebung des Macht-zentrums vermittelt einer »Verdopplung« aller Ämter und Instanzen in Partei und Staat erfährt daher im Verlaufe der totalen Herrschaft eine Steigerung zur »Multiplikation«³⁰ – zum Beispiel mit dem Resultat, daß »durch die Multiplikation der möglichen ausführenden Organe und das Fehlen jeder gesicherten Hierarchie ... der Diktator in absoluter Unabhängigkeit von jedem seiner Untergebenen (bleibt) und ... jederzeit die außerordentlich rapiden und überraschenden Wendungen seiner Politik vornehmen (kann), für welche die totalitären Regimes so berühmt geworden sind«. Das führt im Endeffekt dazu, daß »der politische Körper des Landes gegen jede Erschütterung gerade darum gesichert (ist), weil er völlig strukturlos ist«³¹.

30 Ebenda, S. 622.

31 Ebenda, S. 633f.

Für die außerordentliche Wirksamkeit des Führerprinzips, das in allen wesentlichen Bereichen durchgesetzt wird, ist folglich die Strukturlosigkeit eine unabdingbare Voraussetzung. Sie ist zudem ein konstitutiver Bestandteil des Mythos' vom Führer. »Erst durch das Eingreifen des Führers« können die Konflikte geschlichtet werden, die sich aus den andauernden Machtkämpfen ergeben.³²

32 Ebenda, S. 634.

Die totale Herrschaft – so läßt sich Arendts Analyse vorläufig resümieren – kann mit den traditionellen »Kategorien der Bürokratie, Tyrannis oder der Diktatur« nicht adäquat erfaßt werden. Totale Herrschaft, wie sie am Beispiel von Arendts Untersuchung der Herrschaftsstrukturen des Nationalsozialismus skizziert worden ist, zerstört Politik als Form rationaler Herrschaft (Max Weber), die auf bürokratischer Amtsführung und Hierarchie der Ämter beruht. Die totalitäre Bewegung, einmal zur Macht gekommen, überträgt die ihr eigenen Bewegungsstrukturen auf den Staat und zerstört ihn dadurch. Eine Bewegung kann, so Hannah Arendt, »nur eine Richtung« haben, und »jegliche gesetzliche oder staatliche Struktur« stellt »für eine immer schneller in eine bestimmte Richtung sich bewegende Bewegung nur ein Hindernis« dar.³³

Nicht der »Leviathan« scheint daher das für die totale Herrschaft passende Bild abzugeben, sondern der »Behemoth«, der Bürgerkrieg. Dieser wird von der totalitären Bewegung in die Gesellschaft hinein getragen, hervorgerufen durch die permanente Machtrivalität in miteinander konkurrierenden Strukturen. Der strukturelle Aspekt erhellt, warum die nationalsozialistische Herrschaft entgegen ihrem eigenen Anspruch, ein tausendjähriges Reich zu errichten, auf Dauer nicht existenzfähig war. Sie war ihr eigener Totengräber.

Der »Behemoth« aber ist ein »Unstaat«, wie Franz Neumann festgestellt hat, und der NS-Staat folglich kein rationaler Anstaltsstaat. Er entspricht überhaupt keinem stabilen Staatsgebilde und weist mithin auch keine spezifische Staatsform auf. In ihrer eigentümlichen Struktur- und Formlosigkeit ist die totale Herrschaft ein Unstaat, der seiner vollständigen Auflösung im Krieg zustrebt.

Exkurs: Der Vergleich mit der Sowjetunion – zur »identifizierenden Totalitarismustheorie«

Arendts Befund der Strukturlosigkeit gilt für den Nationalsozialismus. Für die Sowjetunion bleibt sie – aufgrund der »Unausgewogenheit ihres Erklärungsaufwandes im Fall der beiden Regimes« – einen entsprechenden Nachweis schuldig.³⁴ Ihre Biographin Elisabeth Young-Bruehl bestätigt das »Ungleichgewicht« im Erklärungsaufwand und führt dazu aus:

»Der Nationalsozialismus wird im einzelnen diskutiert, und ein Großteil des Hintergrundmaterials über Antisemitismus und Imperialismus für den Nationalsozialismus relevant, aber das stalinistische Rußland kommt nur im letzten Teil zur Sprache. Arendts Versäumnis, die russische Geschichte oder die marxistisch-leninistische Ideologie zu diskutieren, veranlaßte viele Kritiker an der ersten Auflage des Buchs im Jahr 1951 zu der Frage, ob Arendts Modell, totale Herrschaft abzuleiten, in Wirklichkeit nicht zu allgemein war, um überhaupt etwas zu erklären.«³⁵

Hannah Arendt, so ihre Biographin, sei sich dessen bewußt gewesen und habe deswegen beabsichtigt, eine gesonderte Studie über *die marxistischen Elemente totaler Herrschaft* zu verfassen. Von einer Ergänzung zu ihrem Totalitarismus-Buch »über die Elemente und Ursprünge der stalinistischen Herrschaft« ist bei Wolfgang Heuer die Rede.³⁶ Dazu ist es nicht gekommen. Jedoch

33 Ebenda, S. 620.

34 Seyla Benhabib: Hannah Arendt – Die melancholische Denkerin der Moderne, Hamburg 1998, S. 118ff.

35 Elisabeth Young-Bruehl: Hannah Arendt, S. 299.

36 Wolfgang Heuer: Citizen: Persönliche Integrität und politisches Handeln: Eine Rekonstruktion des politischen Humanismus Hannah Arendts, Berlin 1992, S. 172.

37 Elisabeth Young-Bruehl:
Hannah Arendt, S. 300.

38 Hans Mommsen:
Nationalsozialismus und
Stalinismus. Diktaturen im
Vergleich, in: Eckhard Jesse
(Hg.): Totalitarismus im
20. Jahrhundert, Bonn 1996,
S. 476.

39 Ian Kershaw:
Nationalsozialistische und
stalinistische Herrschaft.
Möglichkeiten und Grenzen
des Vergleichs, in: Eckhard
Jesse (Hg.): Totalitarismus
im 20. Jahrhundert, Bonn
1996, S. 219.

40 Ebenda.

41 Peter Reichel:
Bitte keine neue Totalitaris-
musdebatte, in: die tages-
zeitung, 4. März 1993.

gedachte Arendt darin nicht, vom Gedanken der Vergleichbarkeit der Herrschaftsstrukturen abzurücken. Allein den Unterschied zwischen der Naturideologie der Nationalsozialisten und der Geschichtsideologie der Bolschewisten habe sie präziser herausarbeiten wollen, teilt Young-Bruehl mit.³⁷

Die Unausgewogenheit ihres Erklärungsaufwands gibt zu Überlegungen Anlaß, die Arendts Beschreibung totaler Herrschaft insgesamt in Frage stellen. Dem Einwand, Arendts Modell sei zu allgemein, um überhaupt etwas zu erklären, sei hier nicht weiter nachgegangen. Fruchtbarer scheint eine andere Überlegung zu sein, die den Strukturaspekt weiter verfolgt.

Der Historiker Hans Mommsen hält im Unterschied zu Arendts Auffassung eine »monolithische Struktur der Sowjetunion« für gegeben.³⁸ Ähnlich argumentiert der Historiker Ian Kershaw, wenn er betont, daß »die Unterminierung der Herrschaftsstrukturen unter Stalin dem marxistisch-leninistischen Herrschaftssystem *nicht* immanent« gewesen sei.³⁹ Daß sich das stalinistische Herrschaftssystem im Unterschied zur NS-Herrschaft durchaus zu stabilisieren vermochte – »ein Herrschaftssystem, das über die Kapazität verfügte, sich selbst zu reproduzieren«⁴⁰ –, sei angesichts der gegenwärtigen Debatte über das *Schwarzbuch des Kommunismus* ausdrücklich vermerkt.

Beide Historiker befinden sich damit nicht allein im Gegensatz zu Hannah Arendt, sondern zur »identifizierenden Totalitarismustheorie« überhaupt. Deren Intentionen erläutert Peter Reichel folgendermaßen:

»Der Vergleich von Nationalsozialismus und Kommunismus fragte ja im Sinne der *identifizierenden Totalitarismus-Theorie* weniger nach den Differenzen als vielmehr nach strukturellen Gemeinsamkeiten. Er suchte sie vorzugsweise in den Herrschaftssystemen und fand sie vor allem in ihren repressiven und massenkommunikativen Machtmitteln, ihrer exzessiven Propaganda und ihrer chiliastischen Ideologie, ihrer Einparteienherrschaft und ihrem Personenkult. Vom NS-Staat konnte auf diese Weise das Bild eines *monolithisch-totalitären Machtapparates* entstehen, hierarchisch nach dem Führerprinzip durchorganisiert, ein gigantischer Lenkungsapparat, der die Massen zugleich umfassend ideologisierte, mobilisierte, der sie führte, verführte – durch Angst und Schrecken.«⁴¹

Wie aus diesen Bemerkungen hervorgeht, kann Hannah Arendts Ansatz, obwohl sie sich um den Nachweis von gleichen Struktureigentümlichkeiten bemüht, nicht der identifizierenden Totalitarismuskonzeption zugerechnet werden. Zu stark weicht ihr Befund der Strukturlosigkeit vom Bild eines monolithisch-totalitären Machtapparates ab. Wenn aber Hans Mommsens Annahme einer monolithischen Herrschaftsstruktur in der Sowjetunion zutrifft und wenn bedacht wird, daß Arendts Unausgewogenheit den Nachweis des Gegenteils für den Stalinismus nicht zu erbringen vermag, dann können Nationalsozialismus und Stalinismus nicht gleichermaßen als totale Herrschaftsgebilde eingestuft werden. Dem trägt Kershaws Einwand Rechnung, »den Nationalsozialismus (nicht) als »totalitäres System« zu beschreiben«, und zwar »wegen der

schwerwiegenden begrifflichen Probleme, die dieser Terminus aufwirft⁴². Ist aber die Sowjetunion ein monolithisches Herrschaftsgebilde, der NS-Staat dagegen ein »Unstaat«, im Sinne Arendts strukturlos, dann kann geschlußfolgert werden, daß beide Herrschaftsregime keine gemeinsamen Struktureigentümlichkeiten besitzen. Der Vergleich hätte dann die Unvergleichbarkeit erbracht. Der Begriff totaler Herrschaft läßt sich dann nicht sinnvoll auf beide Herrschaftsphänomene anwenden. Ob ein derart vages Konzept wie das des Totalitarismus überhaupt noch Verwendung finden sollte, ist dann eine bloß konsequente Frage.

Hannah Arendt zieht derartige Schlußfolgerungen nicht. Sie ist im Unterschied zu den soeben skizzierten Überlegungen bemüht, wie ihre Biographin bestätigt, beiden Erscheinungsformen totaler Herrschaft Strukturlosigkeit und damit eine selbstzerstörerische Dynamik nachzuweisen. Bedingt durch die Strukturlosigkeit bestimmt Arendt als das Wesen totaler Herrschaft den Terror, der »zu der spezifisch totalen Regierungsform« wird.⁴³

Der totalitäre Terror weist eine Besonderheit auf, durch die er sich von anderen Formen des Terrors unterscheidet. Sie besteht darin, daß er »nicht willkürlich und nicht nach den Regeln des Machthungers eines einzelnen (wie in der Tyrannis)« ausgeübt, sondern »in Übereinstimmung mit außermenschlichen Prozessen und ihren natürlichen oder geschichtlichen Gesetzen vollzogen wird«⁴⁴. Der Terror hat demnach die Aufgabe, »die Prozesse von Geschichte oder Natur loszulassen und ihre Bewegungsgesetze in der menschlichen Gesellschaft durchzusetzen«⁴⁵. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, beruft sich der totalitäre Terror auf eine entsprechende Ideologie, die vorgibt, welches die Opfer der zu vollstreckenden außermenschlichen Prozesse sind. Die totalitäre Ideologie verleiht dem Terror den Anschein einer Rechtfertigung.

Ideologie und Terror zusammen markieren laut Hannah Arendt eine »neue Staatsform«, eben die totale Herrschaft.⁴⁶ Wie es um die Form totaler Herrschaftsstrukturen bestellt ist, wurde bereits diskutiert. Mit ihrer These, daß es sich bei der totalen Herrschaft um eine neue Staatsform handelt, knüpft Hannah Arendt an die aus der Antike überlieferte und von Montesquieu erweiterte Staatsformenlehre an.

Kennzeichnend für die neue Staatsform ist, daß »der totale Terror an die Stelle der Zäune des Gesetzes und der gesetzmäßig etablierten und geregelten Kanäle menschlicher Kommunikation sein eisernes Band (setzt), das alle so eng aneinanderschließt, daß nicht nur der Raum der Freiheit, wie er in verfassungsmäßigen Staaten zwischen den Bürgern existiert, sondern auch die Wüste der Nachbarlosigkeit und des gegenseitigen Mißtrauens ... verschwindet, und es ist, als seien alle zusammengeschmolzen in ein einziges Wesen von gigantischen Ausmaßen«⁴⁷.

Deutlich wird an dieser Stelle der kommunikationstheoretische Aspekt der Arendtschen Analyse totaler Herrschaft. Denn der totale Terror läuft auf nichts geringeres hinaus, als das Gespräch unter Menschen abzuschaffen.

Zur Abschaffung des Gesprächs unter Menschen trägt auch das bei, was Arendt die »Eiskälte der Logik« nennt.

42 Ian Kershaw: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 69f.

43 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 546

44 Ebenda, S. 711.

45 Ebenda, S. 710.

46 Ebenda, S. 703.

47 Ebenda, S. 713f.

Die »Eiskälte der Logik« totalitärer Ideologie

Die totale Herrschaft begnügt sich nicht mit dem äußeren Zwang, sie fügt dem Terror von außen einen Zwang hinzu, der die Menschen von innen her erfaßt. »Die totale Herrschaft«, schreibt Arendt, »gibt sich niemals damit zufrieden, von außen, durch den Staat und einen Gewaltapparat, zu herrschen; in der ihr eigentümlichen Ideologie und der Rolle, die ihr in dem Zwangsapparat zuteil ist, hat die totale Herrschaft ein Mittel entdeckt, Menschen von innen her zu beherrschen und zu terrorisieren. In diesem Sinne schafft die totale Herrschaft gerade den Unterschied zwischen Herrschern und Beherrschten ab«. ⁴⁸

48 Ebenda, S. 527.

Bestimmend für totalitäre Ideologien ist eine Lösung des Denkens von der Wirklichkeit, eine Abstraktion von empirischen Erscheinungen und von menschlichen Erfahrungen, aus der ihre Unbeirrbarkeit und Unbedingtheit resultieren. Sich nicht von der Wirklichkeit irritieren zu lassen, vielmehr all das auszuschalten, was die Logik des Schlußfolgerns beeinträchtigen könnte, prädestiniert totalitäre Ideologien zur Herrschafts- bzw. Vernichtungslogik. Von aller Erfahrung unabhängig, verselbständigt sich diese Art der Logik und bestätigt sich selbst. Daß wer A sagt, auch B sagen muß, ist eine Aussage, die der Logik des zwangsläufigen Schlußfolgerns genau entspricht.

49 Hannah Arendt:
Zwischen Vergangenheit
und Zukunft, S. 130.

Induzieren, Deduzieren und Schlußfolgern sind, so Arendt, logische Verstandesoperationen, »für die in der Tat nur ein ›Operierender‹ erforderlich ist«⁴⁹. Zu verwechseln sind diese logischen Verstandesoperationen jedoch nicht mit dem Denken, das stets dialogisch ist. Denken, wie Arendt es unter Bezugnahme auf Sokrates versteht, meint, daß ich »dauernd mit mir selbst spreche oder umgehe«⁵⁰. Als »Denken ohne Geländer« charakterisiert Arendt das echte, dialogische Denken, in dem andere stets präsent sind, im Unterschied zum bloß logischen Operieren mit Verstandeskategorien, das von anderen absieht.

50 Ebenda.

51 Hannah Arendt:
Elemente und Ursprünge
totaler Herrschaft, S. 553.

Daraus resultiert für Arendt unter der totalen Herrschaft sowohl ein radikaler Schwund der Urteilskraft als auch einer des *gesunden Menschenverstandes*⁵¹. Der gesunde Menschenverstand setzt nämlich eine »gemeinsame Welt« voraus, »in die alle hineinpassen«, wie Arendt sagt. Das logische Denken dagegen beansprucht für sich eine »Gültigkeit, die von der Welt und dem Vorhandensein anderer Menschen völlig unabhängig ist«⁵². Dem logischen Denken eignet im Unterschied zum echten Denken eine »Weltlosigkeit«.

52 Hannah Arendt:
Zwischen Vergangenheit
und Zukunft, S. 121.

Auf diese Weise werden Individuen mittels totalitären Terrors und totalitärer Ideologie zu bloßen Objekten von (Verwaltungs-)Apparaten, die, weil ihres Subjektseins beraubt, lediglich vollziehende Funktionen ausüben. Bereits in der Massengesellschaft tritt an die Stelle des Handelns das bloße »Sich-Verhalten«. Die Menschen büßen die Fähigkeit ein, selbständig zu urteilen, nämlich »Einzeldinge (zu) beurteil(en), ohne sie unter allgemeine Regeln zu subsumieren«⁵³. Kant würde von Unmündigkeit sprechen. Mit der Urteilskraft geht das Vermögen verloren, »an der Stelle jedes anderen denken« zu können, die Fähigkeit also, den eigenen Gesichtspunkt nicht zum allein richtigen zu erklären, sondern ihn vielmehr mit den Gesichtspunkten anderer abzuwägen. (Darüber

53 Hannah Arendt: Vom
Leben des Geistes, Mün-
chen/Zürich 1998, S. 191.

nachdenken, was andere denken.) Ein solches Denken nennt Arendt ein Sich-Orientieren in der gemeinsamen Welt.⁵⁴

»Der Zwang des totalen Terrors, der Menschen in Massen zusammenpreßt und so den Raum der Freiheit *zwischen* ihnen vernichtet, und der Zwang des logischen Deduzierens, der jeden einzelnen auf den durch Terror organisierten Marsch präpariert und ihn in die gehörige Bewegung versetzt, gehören zusammen, entsprechen und bedürfen einander, um die totalitäre Bewegung ständig in Bewegung zu halten.

Der äußere Zwang des Terrors vernichtet mit der Zerstörung des Raums der Freiheit alle Beziehungen *zwischen* Menschen; zusammengepreßt mit allen anderen ist ein jeder ganz und gar von allen anderen isoliert. Der innere Zwang des konsequent ideologischen Denkens sichert diesem Zwang seine Wirksamkeit, indem er die also isolierten Individuen in einen permanenten, jederzeit übersehbaren, weil konsequent logischen Prozeß hineinreißt, in welchem ihnen jene Ruhe niemals gegönnt ist, in der sie allein der Wirklichkeit einer erfahrbaren Welt begegnen können.«⁵⁵

Die Zerstörung des Raumes und der Fähigkeit menschlichen Handelns, die der totalitäre Terror bewirkt, mündet schließlich in die Vernichtungslager als Orte vollendeter Sinnlosigkeit. Die Vernichtungslager sind gewissermaßen der konsequenteste Ausdruck totalitärer Herrschaftsbestrebungen.

Die Konzentrationslagergesellschaft

Als den »Schlüssel zur Theorie totaler Herrschaft« bezeichnet Young-Bruehl die Einsicht Arendts, »daß keine totalitäre Regierung ohne Terror auskommen und kein Terror ohne Konzentrationslager effektiv sein kann«⁵⁶.

In den Vernichtungslagern realisiert die totale Herrschaft ihren Anspruch, die Menschen in allen ihren Lebensäußerungen beherrschen zu können. Sie bilden daher den Kern totaler Herrschaft. So wie die Konzentrationslager soll möglichst die gesamte Gesellschaft eingerichtet sein: wie eine »Konzentrationslagergesellschaft«⁵⁷. Mithin stellen die Lager »die eigentliche zentrale Institution des totalen Macht- und Organisationsapparats« dar.⁵⁸

In Analogie zu »den drei wesentlichen abendländischen Vorstellungen von einem Leben nach dem Tode« unterscheidet Arendt zwischen verschiedenen Typen von Lagern:

»Dem Hades würden jene verhältnismäßig milden Formen des vernachlässigenden Aus-dem-Wege-Räumens entsprechen, die für die unerwünschten Elemente aller Arten – Flüchtlinge, Staatenlose, Asoziale, Arbeitslose – auch in nichttotalitären Staaten in Mode zu kommen drohten; sie haben als DP-Camps, das heißt wieder als Lager für lästig und überflüssig gewordene Menschen, den Krieg überdauert. Das Fegefeuer stellt sich in jenen vorgeblichen Arbeitslagern der Sowjetunion dar, in denen sich Vernachlässigung mit chaotischem Arbeitszwang vereint. Die Hölle schließlich im wortwörtlichsten Verstande bilden jene nur von den Nazis bis zur Vollendung ausgebildeten Typen, in welchen das gesamte Leben nach dem Gesichtspunkt der größtmöglichen Quälerei systematisch durchorganisiert war.

54 Hannah Arendt: Zwischen Vergangenheit und Zukunft, S. 299.

55 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 723; Hervorhebungen im Original.

56 Elisabeth Young-Bruehl: Hannah Arendt, S. 291.

57 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 686.

58 Ebenda, S. 677.

- Allen drei Typen ist gemeinsam, daß die in sie verschlagenen Menschen so behandelt werden, als ob sie nicht mehr existierten, als ob das, was mit ihnen geschehe, nicht mehr und für niemanden zähle, als seien sie bereits gestorben ...«⁵⁹
- 59 Ebenda, S. 685.
Die Hölle auf Erden zu schaffen, blieb folglich den Nationalsozialisten mit den »Vernichtungslagern« vorbehalten. Die Arbeitslager in der Sowjetunion stellen – um im Gleichnis zu bleiben – den Vorhof zur Hölle dar. »Die ›Gaskammern des Dritten Reiches und die Konzentrationslager der Sowjetunion‹ sind zwar unter moralischen Gesichtspunkten zu verurteilen«, kommentiert Wippermann Hannah Arendts Gleichnis, »aber in historischer Hinsicht nicht gleichzusetzen«⁶⁰.
- 60 Wolfgang Wippermann: Totalitarismustheorien: die Entwicklung der Diskussion von ihren Anfängen bis heute, Darmstadt 1997, S. 31.
In den Konzentrationslagern strebt die totale Herrschaft danach, die menschliche Natur zu transformieren, d.h. umzuwandeln: aus dem Menschen als einem denkenden und handelnden Wesen ein bloßes »Reaktionsbündel« zu machen, das wie der Pawlowsche Hund darauf abgerichtet ist, sich nur noch reflexartig zu verhalten.⁶¹
- 61 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 701.
»Die Konzentrationslager«, so Arendt über deren Funktion, »dienen dem totalen Herrschaftsapparat als Laboratorien, in denen experimentiert wird, ob der fundamentale Anspruch der totalitären Systeme, daß Menschen total beherrschbar sind, zutreffend ist«⁶².
- 62 Ebenda, S. 676.
»Die Lager dienen nicht nur der Ausrottung und der Erniedrigung von Individuen, sondern auch dem ungeheuerlichen Experiment, unter wissenschaftlich exakten Bedingungen Spontaneität als menschliche Verhaltensweise abzuschaffen und Menschen in ein Ding zu verwandeln ...«⁶³
- 63 Ebenda, S. 676f.
In den Konzentrationslagern, bemerkt Arendt, war Propaganda ausdrücklich verboten, sie war dort überflüssig. Wo Terror in gänzlicher Nacktheit praktiziert wird, wie in den Konzentrationslagern, da kann auf Propaganda – auf die Propagierung einer Ideologie – verzichtet werden.⁶⁴ Das Quälen und Töten von Menschen geschieht in den Arbeits- und Vernichtungslagern rein mechanisch, so als ob man eine Mücke zerdrücken würde. Damit ist erreicht, was Arendt als Hölle auf Erden bezeichnet.
- 64 Ebenda, S. 549.
»Urpötzlich stellt sich heraus«, schreibt sie, »daß, was die menschliche Phantasie seit Jahrtausenden in ein Reich jenseits menschlicher Kompetenz verbannt hatte, tatsächlich herstellbar ist. Hölle und Fegefeuer und selbst ein Abglanz ihrer ewigen Dauer können errichtet werden, indem man Menschen mit den modernsten Mitteln der Destruktion und der Heilkunst unendlich lange sterben läßt«.⁶⁵
- 65 Ebenda, S. 686.
Die Hölle auf Erden – das ist die Situation äußerster menschlicher Entfremdung, Ent-Menschlichung, die antisoziale Situation, in der das Töten vollkommen gleichgültig und rein mechanisch vonstatten geht.

Schlußbemerkung

Läßt man die hier angestellten Überlegungen zur totalen Herrschaft Revue passieren, dann verbietet sich eine Gleichsetzung von DDR und Drittem Reich. Wer Arendts Gedanken von der Konzentrationslagergesellschaft aufnimmt, kann nur zu dem Schluß gelangen, daß sich hier ein gravierender Unterschied auftut zwischen

beiden Systemen. Damit soll nicht behauptet werden, daß sich jeder Vergleich zwischen DDR und Drittem Reich von vornherein verbietet. Auf anderen Ebenen als den hier skizzierten lassen sich womöglich Gemeinsamkeiten ausfindig machen. Die Frage bleibt aber stets, wie sinnvoll ein solcher Vergleich ist. Im Lichte der hier angestellten Überlegungen sind die Differenzen größer als die Gemeinsamkeiten.

Literatur:

- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München/Zürich 1993.
 Arendt, Hannah: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken, München/Zürich 1994.
 Arendt, Hannah: Über die Revolution, München/Zürich 1994.
 Arendt, Hannah: Vom Leben des Geistes, München/Zürich 1998.
 Benhabib, Seyla: Hannah Arendt – Die melancholische Denkerin der Moderne, Hamburg 1998.
 Fest, Joachim C.: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt/Main, Berlin 1993
 Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt/Main 1990
 Heuer, Wolfgang: Citizen: Persönliche Integrität und politisches Handeln: Eine Rekonstruktion des politischen Humanismus Hannah Arendts, Berlin 1992
 Jesse, Eckhard (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996.
 Kershaw, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek bei Hamburg 1994
 Kershaw, Ian: Nationalsozialistische und stalinistische Herrschaft. Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs, in: Jesse, Eckhard (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Bonn 1996, S. 213-222.
 Linz, Juan: Typen politischer Regime und die Achtung der Menschenrechte, in: Jesse, Eckhard (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Bonn 1996, S. 485-537.
 Mommsen, Hans: (Beitrag zur begriffsgeschichtlichen Kontroverse), in: Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse, München/Wien 1980, S. 18-27.
 Mommsen, Hans: Nationalsozialismus und Stalinismus. Diktaturen im Vergleich, in: Jesse, Eckhard (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Bonn 1996, S. 471-482.
 Neumann, Franz: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Frankfurt/Main 1993.
 Rödel, Ulrich, Günter Frankenberg, Helmut Dubiel: Die demokratische Frage, Frankfurt/Main 1989.
 Wippermann, Wolfgang: Totalitarismustheorien: die Entwicklung der Diskussion von ihren Anfängen bis heute, Darmstadt 1997.
 Young-Bruhl, Elisabeth: Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit, Frankfurt/Main 1991.

ROLAND W. SCHINDLER

Erschöpfung der Demokratie? Erneuerung der Politik? Hannah Arendt über Parteidemokratie und Rätewesen

In der Dekade nach dem Untergang des sowjetischen Imperiums hat die Staatsform der Demokratie einen Siegeszug angetreten. Eine Vielzahl von alten und sich neu gründenden Staaten orientierte sich an dem westlichen Vorbild des auf freien Wahlen beruhenden politischen Systems der parlamentarischen Demokratie. Dadurch erfuhren die demokratischen Staaten im westlichen Zentrum eine verstärkte Legitimation. Die Kritik an ihnen verblaßte. Die These von einem Ende der Geschichte, die besagte, daß die historische Entwicklung der Menschheit in der liberalen Demokratie einen Fixpunkt gefunden habe, rundete das Selbstbild der bürgerlichen Eliten ab.¹

Inzwischen hat dieses Bild Sprünge bekommen. Jetzt machen wieder Klagen die Runde, die bereits in der Dekade vor 1989 formuliert worden waren, nämlich über die Deformierung der Demokratie und die Politikverdrossenheit. In der Tat scheint es beinahe so, als ob die Welt der Moderne im Bann einer grundlegenden Dialektik steht, wie sie von Hannah Arendt in ihrer *Vita activa* benannt worden ist: »Es ist durchaus denkbar, daß die Neuzeit, die mit einer so unerhörten und unerhört vielversprechenden Aktivierung aller menschlichen Vermögen und Tätigkeiten begonnen hat, schließlich in der tödlichsten, sterilsten Passivität enden wird, die die Geschichte je gekannt hat.«²

In politischer Hinsicht bezieht sich die vielversprechende Aktivierung menschlicher Tätigkeiten auf die Französische Revolution, die als Anbruch der politischen Moderne den Anspruch auf Gleichheit erstmals in der Geschichte über alle Menschen ausbreitete. Von hier aus entfaltete sich eine neue Handlungskreativität. Doch auch hier schon treten die Parteien der Nationalversammlung, wie die Girondisten und die Jakobiner, zusehends an die Stelle der lebendigen Diskussion in den politischen Clubs der Städte. Von da an entwickelte sich die Auseinandersetzung um die richtige Form des Politischen. Den Erfolg trug das parlamentarische Modell mit sich. Nicht daß letzteres nicht immer wieder in Frage gestellt worden wäre. Insbesondere in den Revolutionen des 19. und des 20. Jahrhunderts waren es wiederholt die an die Erfahrung der politischen Clubs anschließenden Räte, die als eine Alternative zu dem parlamentarischen Modell auftraten. Doch der entscheidende letzte Schritt der Institutionalisierung des politischen Raums war immer wieder dem parlamentarischen Modell der Parteiendemokratie vorbehalten.

Roland W. Schindler – Jg. 1963, Dr.phil., Münster, Philosoph, Soziologe und Historiker.
Dissertation: Geglückte Zeit – gestundete Zeit. Hannah Arendts Kritik der Moderne, Frankfurt/M. 1996 (Campus). Letzte Veröffentlichung: Rationalität zur Stunde Null. Mit Hannah Arendt ins 21. Jahrhundert, Berlin 1998 (trafo-Verlag).
In UTOPIE kreativ: Flaschenpost für das 21. Jahrhundert. Einführung in das Werk Hannah Arendts, H. 103/104 (Mai/Juni) 1999, S. 143-153.

1 Vgl. dazu, Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir, München 1992.

2 Hannah Arendt: *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*, München 1960, S. 314f.

Von der Klassikerin der Totalitarismustheorie, als die Hannah Arendt in den fünfziger Jahren internationale Anerkennung erhielt, überrascht vielleicht die fundierte kritische Analyse über die prinzipielle Unfähigkeit der Parteidemokratie, den politischen Raum dauerhaft institutionalisieren zu können. Für die öffentliche Rezeption der Totalitarismustheorie ist das Bemühen bezeichnend, mit dem Begriff der totalen Herrschaft die sich selbst als sozialistische Alternative zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft verstehenden Staaten Osteuropas erfolgreich diskreditieren zu können durch die Ineinssetzung mit der Schreckensherrschaft des faschistischen Terrors. Doch Arendt interessiert sich über den Vergleich von stalinistischem und nationalsozialistischem Herrschaftssystem hinaus für die Ursprünge der totalen Herrschaft in der parlamentarischen Demokratie. Zu den ersten Hinweisen auf die Selbstschwächung der Politik als einer Vorbedingung für den Erfolg totaler Herrschaft, die Arendt in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* skizziert hat, treten im Laufe der Entwicklung ihres Werkes weitere Aspekte der Kritik hinzu.

Das Ziel des hier vorliegenden Essays ist es, Arendts Kritik an der parlamentarischen Demokratie kurz aufzufächern. Die Aktualität ihrer Einwürfe wird mit Blick auf die gegenwärtigen Erscheinungen der Entsubstantialisierung des politischen Handelns deutlich. Dabei bilden Äußerungen folgenden Typs die Trope der Entsubstantialisierung von Politik: Die Zukunft liegt weder links noch rechts, sie liegt in echten Lösungen. Damit verbunden ist neuerdings wieder eine Vorstellung von unmittelbarer Gefolgschaft, die an die Stelle der argumentativen Meinungsbildung tritt. Als Leitmotiv wirksam ist hierbei die mit der Globalisierungs-Trope verwobene Vorstellung vom Ende der Politik in der Demokratie. Der Tendenz nach werden politische Lösungen als von den Weltmärkten auf Gedeih und Verderb diktierte Fragen dargelegt und somit dem Meinungsstreit entzogen. Diese Selbstermattung der politischen Parteien wirft die Frage nach den Möglichkeiten von Politik jenseits des Spektrums der parlamentarischen Demokratie auf.

Der Ansturm der Parteien auf den Raum der Politik

Vielleicht erleichtert es für das Verständnis von Arendts kritischen Betrachtungen zum Wesen der Parteien, vorab die zwei unterschiedlichen, sich allerdings ergänzenden Kritiken zunächst kurz zu benennen und anschließend getrennt genauer zu diskutieren. Zum einen wäre da die Fokussierung ihrer Kritik am Parteiwesen auf den Typus der politischen Partei, wie er sich in der kontinentaleuropäischen Politik gebildet hat. Auf dieser Ebene der Kritik ist die unterschiedliche Bewertung der Parteien auf der Ebene von Differenzen in der politischen Kultur angesiedelt. Zum zweiten wäre auch die Ausweitung ihrer Kritik auf Parteien allgemein zu benennen. Auf dieser Ebene der Kritik bringt Arendt als Gegenmodell zur Besetzung des politischen Raumes durch die Parteien die politische Konzeption des Räteystems ins Spiel. Im folgenden wird Arendts Kritik an der Parteidemokratie entlang dieser beiden Linien rekonstruiert werden.

Eine erste Lektüre der Wirkungsweise von Parteien im politischen Raum exponiert Arendt im achten Kapitel ihres Totalitarismusbuches, das von dem responsiven Verhältnis zwischen Partei und Bewegung handelt. Im Kern arbeitet sie dort die Gründe für die größere Beharrungskraft des atlantischen politischen Systems gegenüber den Anfechtungen des Totalitarismus heraus. Schon daran wird klar, daß in diesem frühen Stadium der Theorieentwicklung Arendts Urteil über das Wesen der Parteien noch nicht vom Grundsätzlichen her entschieden ist. Vielmehr geben die Unterschiede in der politischen Kultur den Ausschlag für die Beurteilung der Chancen von Parteien. Dabei lautet Arendts These, daß der Parteiendualismus der atlantischen Länder diese im Unterschied zum Parteienpluralismus des europäischen Kontinents für totalitäre Bewegungen unempfindlich macht.

Hieran schließt sich die Frage an, wie Arendt ihre These begründet? Bei der Suche nach einer Antwort darauf sind drei Aspekte zu unterscheiden, die zudem hilfreich sind, so etwas wie eine Arendtsche Definition der politischen Partei zu entwickeln. Da wäre zunächst die Funktion der Partei im übergreifenden politischen Körper zu betrachten. Hier erkennt Arendt, daß der atlantische Parteiendualismus eine temporäre Verschmelzung einer der beiden Parteien mit dem Staat bedeutet. Zur Erläuterung dessen bestimmt Arendt, daß die an der Macht stehende Partei das Land tatsächlich regiert. Was meint sie damit? Regiert nicht in jeder parlamentarischen Demokratie die Partei, die bei den Wahlen gesiegt hat, fortan das Land? Der Unterschied liegt darin, daß im atlantischen System durch die zeitliche Grenze der Herrschaft die jeweils bei den Wahlen unterlegene Partei im Bewußtsein verbleibt, die mögliche Macht von morgen zu repräsentieren. Es ist die überraschende Pointe Arendts, daß sie in der Opposition diejenige Kraft beschreibt, die die Integrität des politischen Körpers gewährt. Politisches Handeln ist also immer mit der Verantwortung fürs Ganze verkoppelt, das im Wechselspiel von Regierung und Opposition konstituiert wird. Auf diese Weise wird auch die Etablierung einer eigenmächtigen Staatsbürokratie erschwert, die die politische Macht zur bloßen Verwaltung verformt.

Der zweite Aspekt, den Arendts Analyse der Unterschiede im Parteiensystem einbegreift, der Umgang mit der Macht, vertieft die Einsicht in das zuletzt Gesagte. Eine pragmatische Handhabung der Macht kann im kontinentalen Parteienpluralismus sich kaum entfalten. Hier spielt Arendt auf die prinzipielle Angewiesenheit auf parteipolitische Kompromisse an, die für die Machtausübung im Mehrparteiensystem bezeichnend ist. Dadurch wird eben oftmals verhindert, daß ein politischer Richtungswechsel in aller Klarheit gelingt. Doch wäre dies Arendts alleiniger Einwand gegen den Parteienpluralismus, ließen sich die Zweifel daran, ob sie damit auch ein gutes Argument vorgelegt habe, kaum überzeugend ausräumen. Mit einem zusätzlichen Schritt lenkt sie unsere Aufmerksamkeit auf das grundsätzlich andere Staatsverständnis, das den Parteienpluralismus einrahmt. Im Unterschied zum Bild vom Staat, das dem atlantischen Parteiendualismus unterlegt ist, ist die kontinentale Politik von der Vorstellung beherrscht, der Staat

sei eine über den Dingen schwebende Institution. Die Parteien befinden sich somit unterhalb der Schwelle, die dem Zutritt zum Ganzen des politischen Körpers vorgelagert ist. Daraus folgt: »Alleinherrschaft einer Partei kann hier nichts anderes bedeuten als illegitime Monopolisierung der Macht durch einen Teil des Ganzen bei gleichzeitiger Unterdrückung aller anderen Teile.«³ Diesem Gefühl der Illegitimität, das die Ausübung von Macht begleitet, liegt das zuletzt benannte Staatsverständnis zugrunde und nicht zuletzt erfährt es im Parteienpluralismus eine Verstärkung. In ihren späteren Arbeiten, insbesondere in *Über die Revolution* (1963) und dem späten Essay *Ziviler Ungehorsam* (1970), legt Arendt die Wurzeln des anderen Staatsbegriffs in der atlantischen politischen Kultur frei.⁴ Dort wird auch deutlich, wie stark das assoziative Moment, aus dem Macht hervorgeht, in den zivilgesellschaftlichen Strukturen und den politischen Praktiken des atlantischen Parteienpluralismus verankert ist. Die daraus erwachsenden Erfahrungen mit Politik sind in Europa wegen des über einen längeren Zeitraum dominanten Staats-Absolutismus weniger stark entwickelt. Hier ist der Staat historisch als bürgerferne Institution verankert.

Damit berühren wir bereits den dritten Punkt von Arendts Argumentation gegen den europäischen Parteienpluralismus. Aus einem anderen Blickwinkel, dem der Relation Bürger-Staat, betrachtet Arendt die Ursprünge der »Machtfremdheit«⁵ der politischen Partei Kontinentaleuropas. Daß die Bürger in Europa von der Macht getrennt sind, erklärt sie daraus, daß die Partei als Forum politischen Handelns hier weniger das Aggregat eines qualitativen Moments ist, sondern vielmehr das Aggregat politischer Quantität. In der atlantischen politischen Kultur herrscht nämlich Klarheit darüber, daß eine Partei eine politische Organisation von Bürgern ist. Das heißt, der private Mensch als Bürger durchläuft eine gewisse Transformation zum Citoyen. Er distanziert sich dabei ein Stück weit von seinen unmittelbaren privaten Interessen und öffnet sich den öffentlichen Angelegenheiten. Aus Sorge um die mit den anderen Bürgern geteilte Welt beginnt er zu handeln. Und handeln bedeutet hier zuerst, sich mit anderen zusammenzuschließen und so der Macht zur Weltgestaltung nahezukommen. Im Unterschied dazu zeigt sich an der Historie der Parteien in Europa, daß sie nicht mehr darstellen als Interessenvereine, in denen sich Individuen gleicher Interessenlagen zusammentun, um von der politischen Macht den Schutz ihrer gemeinsamen Interessen zu fordern. Die Entfaltung der republikanischen Mentalität des Bürgers gelingt dabei nur unvollständig.

Diese Kritik untermauert Arendt an anderer Stelle ihrer Totalitarismusstudie mit weiteren Argumenten. In einem weiteren Schritt läßt Arendt im Anfangskapitel des dritten Teils von *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* erkennen, daß die Parteien einen erheblichen Beitrag dazu leisten, was man mit Arendt die Erziehung der Bürgerinnen und Bürger zur Unpolitik nennen könnte. Damit erweitert sie ihre Kritik an dem Konzept der Partei als partikularem Interessenorgan um das Moment der Professionalisierung der Politik. In einer Formulierung, die an die Thesen des soziologischen Klassikers Max Weber erinnert, macht sie darauf aufmerksam, daß

3 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986, S. 404.

4 Vgl. dazu die Arbeiten von Ernst Vollrath, der die Unterschiede zwischen den politischen Kulturen der angelsächsischen Staaten und Kontinentaleuropas weiter entfaltet hat; insb. in: *Grundlegung einer philosophischen Theorie des Politischen*, Würzburg 1987.

5 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge*, S. 408.

6 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge, S. 404.

7 Der Soziologe Max Weber (1864-1920) hat in dem 1919 erschienenen Vortrag »Politik als Beruf« das Paradigma der Betrachtung gesetzt. Seine Bemerkungen über das Parteiwesen im Parlamentarismus berühren sich in verschiedenen Punkten mit den Analysen Arendts. Vgl. Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1980, S. 837-868. Der entscheidende Unterschied ist in seiner Betonung politischer Führerschaft als Rezeptur für die sich auftuenden Probleme der Politik im Parlamentarismus aufzusuchen.

8 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge, S. 506.

9 Ebenda, S. 508.

10 Ebenda.

mit dem an der Interessenvertretung orientierten Parteitypus das Verständnis von »Politik als Beruf«⁶ verflochten ist.⁷

Hiermit fließt in ihre politische Kritik am Parteiwesen eine soziologische Betrachtung ein. Denn als Ermöglichungsgrund für den Erfolg der Konzeption von »Politik als Beruf« benennt sie die Klassenstruktur moderner Gesellschaften. In der »konkurrierende(n) Erwerbsgesellschaft der Bourgeoisie«⁸ besteht von Anbeginn eine Apathie gegen öffentliche Angelegenheiten. Zeit ist in modernen Gesellschaften eine knappe Ressource. Die individuell verfügbare Zeit wird eher in die ökonomische Expansion investiert als in politisches Handeln. Daher besteht in den Klassen, die sich im gesellschaftlichen Gefüge des Kapitalismus konstituieren, ein Interesse daran, »eine gewisse Zahl von Menschen für Politik zu erziehen«⁹. Die in diesem Systemzusammenhang von Politik und Ökonomie entwickelte Form von Repräsentanz bewirkt, daß sich in der Gesellschaft eine politische Gleichgültigkeit etabliert. So kann sich kein politisches Bewußtsein entwickeln, »bei dem jeder Bürger sich mehr oder minder verantwortlich für die Abwicklung der Regierungsgeschäfte«¹⁰ fühlt. Die Stoßrichtung von Arendts Kritik an der parlamentarischen Parteidemokratie zielt also in zwei Richtungen. Einerseits enthält dieser Typus der Ausgestaltung des politischen Raums zu wenig Elemente der bürgerlichen Partizipation. Andererseits schwächt er das Interesse an bürgerlicher Partizipation, indem dieses System der Repräsentanz zur Unpolitik erzieht.

Weiterhin ist zu beachten, daß Arendt nicht allein aus theoretischen Erwägungen heraus ihre Kritik an der parlamentarischen Parteidemokratie formuliert hat. Vielmehr sind es historische Erfahrungen, die sie auf die Schwächen jenes Systems aufmerksam gemacht haben. Hier kann nur kurz daran erinnert werden, daß in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts die Zahl der Staaten, die von der demokratischen zu mehr oder minder autoritären bis hin zu diktatorischen Staatsformen wechselten, vor allem in Europa sukzessiv zunahmen. Insbesondere der Erfolg der totalen Herrschaft in Deutschland ist es, der Arendts Aufmerksamkeit auf die Schwäche der Parteidemokratie gelenkt hat. Die Gründe für die Unfähigkeit der Parteien, sich in den Wirren der Zwischenkriegszeit zu behaupten, verortet Arendt darin, daß ihnen die gesellschaftliche Krise den Boden unter den Füßen weggezogen hat.

Am Beispiel Deutschlands illustriert sie, daß vor allem die Wirtschaftskrisen der zwanziger Jahre wie die Große Inflation und der Schwarze Freitag von 1929, aber auch die technologische Entwicklung das Phänomen wachsender Individualisierung im Sinne von Atomisierung im Gefolge hat. Somit entstehen hier Bevölkerungsmassen, die sich in einem Punkt entscheidend von der Bevölkerung des 19. Jahrhunderts abhebt. Diese war eine entlang der Konfliktlinien etwa zwischen Kapital und Arbeit geschichtete Bevölkerung, in der sich soziale Milieus herauskristallisieren konnten, die sozialen und auch politischen Zusammenhalt stifteten. Dies geht in den Krisen der zwanziger Jahre verloren. Die damit einhergehende Veränderung des Sozialen bezeichnet Arendt als

»fortschreitende Vermassung aller gesellschaftlichen Strukturen«¹¹. Verlust der gemeinsamen Welt, Kontaktlosigkeit, Entwurzeltsein bilden Termini, mit denen Arendt die neue soziale Erfahrung der Individualisierung einholt. Die politische Folge dieser Transformation des Sozialen beobachtet sie in dem Verlust der Fähigkeit, sich mit eigenen Interessen selbst in der Welt behaupten zu können. Daraus resultiert in den Massen eine Empfänglichkeit für die »allgemeinsten Parolen, die nur dem geschichtlichen Moment ›überhaupt«, aber keiner konkreten politischen Situation mehr entsprechen«¹². Der einzelne wird so zur Beute der die Massen durchdringenden Strömungen. Die Selbstaufgabe der Parteien beginnt für Arendt in dem Moment, in dem die Parteien dieser Entwicklung Tribut zollen und weniger an republikanischen Verfassungen, sondern stärker an demokratischen Mehrheiten interessiert sind. Was damit verloren geht, ist die politische Gestaltungsfähigkeit, die dem mäandernden Zeitgeist hintangestellt wird.¹³

Nach dem Scheitern des kontinentalen Vielparteiensystems hat Arendt für die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Restaurierung der demokratischen Parteienpolitik wenig übrig. In *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* moniert sie, daß in Europa die Parteiapparate wieder in einer Weise restauriert worden seien, »daß man glauben möchte, es wäre inzwischen überhaupt nichts geschehen«¹⁴. In einer Reportage, in der sie ihre Eindrücke einer Reise wiedergibt, die sie 1949 ins Nachkriegsdeutschland geführt hatte, bemerkt sie sarkastisch, daß die Parteien »vergreist wiedergeboren«¹⁵ seien. Was sie vor allem bewirkten, sei, ihre Mitglieder in Lohn und Brot zu bringen. Somit zögen sie den opportunistischsten Teil der Bevölkerung an und Menschen mit Initiative und neuen Ideen blieben außen vor.¹⁶

Der erste Teil von Arendts Kritik, der – um es noch einmal zu wiederholen – den angelsächsischen Parteitypus der atlantischen politischen Kultur außen vor läßt, kann damit als abgeschlossen angesehen werden. Was sie bewegt, den atlantischen Parteiendualismus aus der Kritik auszuklammern, ist seine größere Resistenz gegen den Ansturm der Bewegungspolitik, die von den totalen Bewegungen propagiert wird. In einem zweiten Schritt hat sie in ihrem politiktheoretischen Hauptwerk *Über die Revolution* ihre kritischen Einwendungen jedoch auf ersteren ausgedehnt. Obwohl das Umfeld politischen Handelns, wie oben angedeutet, eine bessere zivilgesellschaftliche Voraussetzung für die Ermutigung der Bürger zum Handeln vorfindet, läßt sich in der späten Moderne auch dort eine Ermattung der politischen Öffentlichkeit festhalten. Den Hauptgrund dafür erblickt Arendt teils in der Bürokratisierung der Parteien, teils in der Einengung des politischen Raums auf die Institution des Parlaments.

Im Hinblick auf die Einengung des politischen Raums rekurriert Arendt in ihrer Kritik auf die Ursprünge der Amerikanischen Revolution in den »Townhall Meetings«. Anfänglich bildeten die »Townhall Meetings« den Versammlungsort der an den öffentlichen Angelegenheiten interessierten Bürger. Dort berieten und diskutierten sie über die Ausgestaltung ihrer gemeinsamen Welt. Dort erfuhren sie etwas über die Macht, die im Zusammenhang des

11 Ebenda, S. 505.

12 Ebenda, S. 507.

13 In dieser Hinsicht ist Arendts Interpretation der politischen Intentionen Thomas Jeffersons in der Amerikanischen Revolution aufschlußreich: »Entscheidend hierbei bleibt, daß Jeffersons eigentliches Anliegen nicht dem politischen Wohlergehen der Bürger, sondern der Sicherheit der Republik gilt. Es geht ihm darum, ›die Entartung unserer Regierung‹ zu verhindern, und seines Erachtens war jeder Staat entartet, in dem die Macht in den Händen von einem, von wenigen, von den durch Geburt Begünstigten oder in den Händen der Mehrheit konzentriert war« (1963, 325) Worum es Arendt hier geht, ist die Betonung republikanischen Minderheitenschutzes vor den Attitüden jedweder Mehrheiten.

14 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge*, S. 509.

15 Hannah Arendt: *Besuch in Deutschland*, in: Marie-Luise Knott (Hg.): *Zur Zeit. Politische Essays*, München 1989, S. 69.

16 Ebenda, S. 68f. Diese schroffe Kritik an der Rolle der Parteien hält die ehema-

lige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth sowohl für unangemessen als auch für ungerecht: »Sie unterschätzte nicht nur den befreienden Charakter für viele im Nachkriegsdeutschland, sich wieder politisch betätigen zu können, sondern nahm auch die Artikulations-, Willensbildungs- und Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Parteien und damit verbundenen Neuschöpfungen von Ideen und Programmen unzureichend wahr.«

Vgl. Bernward Baule (Hg.): Hannah Arendt und die Berliner Republik. Fragen an das vereinigte Deutschland, Berlin 1996, S. 74.

17 Hannah Arendt: Über die Revolution, München 1963, S. 350.

18 Ebenda, S. 345.

19 Arendt schließt an das Verständnis des Korruptionbegriffs in der schottischen Moralphilosophie des achtzehnten Jahrhunderts an. Vgl. dazu die Arbeit von John G. A. Pocock: Die andere Bürgergesellschaft. Zur Dialektik von Tugend und Korruption, Frankfurt/M. 1993.

20 Hannah Arendt: Über die Revolution, S. 346.

21 Ebenda, S. 350f.

Handelns verborgen liegt. Diese Quellen der Macht fanden allerdings schon in der Amerikanischen Verfassung von 1786 keinen Platz mehr. Für Arendt entsteht hier der Eindruck, als ob »bürgerliche Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten (...) gar nicht erwünscht ist, daß die Bevölkerungsschichten, welchen die Revolutionen eben den Zugang zum politischen Raum eröffnet haben, sich mit Repräsentation zu begnügen haben«¹⁷. Obschon das atlantische Parteiensystem »ein radikal anderes Machtprinzip«¹⁸ kennt, hat es auch den Zugang zum politischen Raum qua Repräsentanz verengt. Hieran nimmt Arendt Anstoß.

Die Gefahr, die darin beschlossen liegt, daß das Gefühl der Teilhaberschaft an der Macht dem Bürger nur am Wahltag gegeben wird, ist die sukzessive Auslieferung des politischen Systems an ein Volk von Privatleuten. Dadurch, daß sich ein Volk im politischen Sinn außerhalb des parlamentarischen Rahmens nicht dauerhaft konstituieren kann, verlieren die Bürger das Gefühl der Verantwortlichkeit für die öffentlichen Angelegenheiten. Schließlich ist die einzige politische Funktion, die ihnen obliegt, die kurzweilige Stimmabgabe an der Wahlurne. Eben in dieser Entpolitisierung des Volkes, die aus dem System der Repräsentanz hervorgeht, liegt für Arendt eine Affinität zur Korruption begründet. Darunter versteht sie allerdings weniger eine unmittelbare individuelle Vorteilnahme der Parlamentarier als vielmehr einen politischen Habitus, der in der Politik den im weiteren Sinn privaten Interessen den Vorrang gibt vor dem Interesse für das Ganze der mit anderen geteilten Welt.¹⁹

Auch aus der Perspektive der Parteien ist diese Entwicklung eine negative. Zunächst kann beobachtet werden, daß auch für den Parteipolitiker der Raum des Politischen schrumpft: auf das Parlament. Schon die Wahlkampagne fällt für Arendt nicht mehr in den Bereich der genuinen Politik. Zum einen hat der Bürger als Wähler keinen Einfluß auf die Erstellung der Kandidatenliste für die Wahl. Er kann allein über die von den Parteien präsentierten Listen abstimmen. Zum anderen gerät der Abgeordnete in dem System der unpolitischen Parteidemokratie unter den Druck seiner Wähler, die an ihn die Erwartung stellen, ihre Interessen gegen die anderer Interessengruppen durchzusetzen.²⁰

Ein anderer Punkt, der die Einengung der Handlungsfähigkeit von Politikern unterstreicht, ist für Arendt in der Entstehung des modernen Wohlfahrtsstaates aufzusuchen. Mit diesem wird Politik als Interessenwahrung immer stärker auf administrative Aspekte zugeschnitten. Das Dilemma dieser Entwicklung ist nicht zuletzt die wachsende Abhängigkeit politischer Entscheidungen von Expertenwissen. Dies tritt in der Form von sachnotwendigen Urteilen auf, die im Sinn politischer Debatte sinnvoll nicht mehr hinterfragt werden können sollen.²¹ Die Aufgabe der parlamentarischen Abgeordneten heißt dann Vollzug des von den Experten anempfohlenen.

Einerseits muß hier gegen Arendt eingewandt werden, daß sie die Vielfalt der Expertenmeinungen zu allzu sachlich präsentierten Problemstellungen unterschätzt hat. Zwar hat sie darin recht, daß politisches Handeln in hochtechnisierten Gesellschaften auf wissenschaftliche Expertisen angewiesen ist. Aber die politische

Entscheidung dreht sich immer noch um die Frage, welche der unterschiedlichen Expertisen, etwa pro oder contra Atomkraft und pro oder contra Biotechnologien, mehr Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft versprechen. Andererseits kann auch nicht übersehen werden, daß die Präntention nicht nur der jeweiligen Experten, die ihre Beweise allzu selbstüberzeugt vorlegen, sondern auch von Politikern dahin geht, weniger auf die Urteilsfähigkeit des politischen Publikums zu setzen, als vielmehr den Gedanken zu hegen, letzterem die Sachdiktate der Experten wenig kommunikativ zu oktroyieren. In dieser Hinsicht kann es tatsächlich beinahe so scheinen, als wäre die »Parteilichkeit der Parteien ... kein geringerer Störfaktor als die Lust am Handeln«.²²

Letztlich sind moderne Parteien für Arendt nicht mehr als Wahl- und Jobmaschinen, die dort entstehen, wo Nominierungsakte für die Kandidaten der Parlamente notwendig werden. Als Apparaturen für die Präparierung von Kandidaten für Wahlen sind die Parteien offen für die Bürokratisierung. In dieser Richtung ist Arendts Kritik jedoch nicht sehr ergiebig. Mehr als das Stichwort Bürokratisierung bietet sie kaum an.²³ Allein der Hinweis auf die Unfähigkeit, echte politische Begabungen zu fördern, verleiht dem Bild ein wenig Patina. Für Arendt hängt die Bürokratisierung offenbar an dem Typus von »Politik als Beruf«, auf den sie im Kontext der Bürokratisierungsthese auch in ihrem politiktheoretischen Hauptwerk *Über die Revolution* hinweist.²⁴ Was aus diesen Apparaturen für die Präparierung von Kandidaten für Wahlen heraus die Entpolitisierung des Volkes weiter vorantreibt, ist die Gestalt der modernen Parteienwerbung. Sie bringt die Kommunikation zwischen Politiker und Wähler endgültig auf das Niveau von Kauf und Verkauf.²⁵

Damit schließt sich der Kreis der Entpolitisierung von Politik im System der Repräsentanz. In Arendtscher Perspektive fördert die gegenwärtig an der Parteienpolitik kritisierte Entsubstantialisierung von Politik tatsächlich das substantielle Element von Parteienpolitik zutage. Das repräsentative Modell der Parteidemokratie scheitert von Anbeginn an der Unmöglichkeit, den Kern von Politik zu repräsentieren. Interessen können zwar in die Repräsentanz eingehen, nicht aber die Handlungen und vor allem die Meinungen der Bürger. Meinungen sind auf den öffentlichen Diskurs angewiesen. Sie bilden sich an den Reibungslinien der im öffentlichen Raum stattfindenden Auseinandersetzungen. Unabhängig von diesen Foren sind Meinungen im politischen Sinn nicht existent. Was die neuesten Methoden der politischen Wissenschaft in Umfragen einfangen können, sind allenfalls die Stimmungen, von denen oben bereits die Rede war.²⁶

Diese Annahme über die Entsubstantialisierung von Politik wird bestärkt durch die Aufblähung eines relativ neuen Modells der Präsentierung von Politikern: dem Handeln mit Images. Auch in dieser Hinsicht erweist sich Arendts besondere Befähigung für die Diagnostik spezieller Problematika der Politik. In einem den Bezug von Wahrheit und Politik ausleuchtenden Essay gleichen Titels aus dem Jahr 1969 beschreibt sie bereits in kritischer Haltung mit dem »image-making« ein neues Moment, das sich in die oben beschriebene Linie der Mediatisierung von Politik einfügt. Darunter

22 Ebenda, S. 351.

23 Hannah Arendt: Besuch in Deutschland, S. 148.

24 Hannah Arendt: Über die Revolution, S. 357.

25 Ebenda, S. 356.

26 Vgl. dazu Serge Halami: »Politischer Berater – ein Metier ohne Grenzen«, in: *Le Monde diplomatique*, 8, 1999, S.6-7. Hier wird aufschlußreich über die Methoden zur Aufweichung dessen, was man die Substanz des Politischen nennen könnte, den Wettstreit um innovative Ideen zur Weltveränderung, berichtet.

27 Hannah Arendt:
Wahrheit und Politik, in:
Ursula Ludz (Hg.): Zwischen
Vergangenheit und Zukunft.
Übungen im politischen
Denken I, München 1994,
S. 355.

versteht sie das Phänomen, das Wunschbild eines Ereignisses oder einer Nation oder einer Person zu kreieren. Dieses kann mit den Mitteln der modernen Massenmedien wirksam in der Öffentlichkeit verbreitet werden. Diese Form von Politikberatung erzeugt Abziehbilder von Personen, an denen alles das Publikum verstörende abgeburstet wurde, und die eine größere Verbreitung finden als etwa der wirkliche Politiker durch persönliche Auftritte.²⁷ Die Gefahr dieser Entwicklung in moderner Politik besteht darin, daß sie wie jedes organisierte Lügen das zerstört, was es zu negieren versucht. Mit dem Verbergen der wirklichen Person hinter dem Image in der neueren Wahlwerbung der Parteien bahnt sich ein Glaubwürdigkeitsverlust der Politik als Repräsentanz an.

Im Hinblick auf die diesen Essay überspannende Fragestellung Erschöpfung der Demokratie oder Erneuerung der Politik kann an dieser Stelle ein vorläufiges Fazit gezogen werden. Der eingangs aufgeworfene Bann einer grundlegenden Dialektik der Moderne scheint tatsächlich in die negative Richtung bestätigt werden zu müssen. Mit der Dominanz der Form Politik als System der Parteidemokratie geht in der Moderne eine steter Verlust politischer Substanz einher. Aus der Bürokratisierung der Parteien, der Kommerzialisierung der Kommunikation mit der Wahlbevölkerung und der Auflösung der politischen Persönlichkeiten in Images sowie der wachsenden Korruptierbarkeit von Politikern erfolgt im Anschluß an Arendt die Diagnose der Erschöpfung von Demokratie. Doch hält Arendt in ihrer Politiktheorie eine überzeugende Alternative bereit, die Chancen für eine Erneuerung der Politik bieten würde? Darauf soll im folgenden eine kurze Antwort gesucht werden.

Erneuerung des politischen Raums? Alternativen zur Parteipolitik?
Existiert in der modernen Welt überhaupt eine Alternative zu herkömmlichen Parteiwesen in der parlamentarischen Demokratie? Haben die Parteien nicht immer wieder die Überlegenheit ihrer Existenzweise bewiesen, indem sie wiederholt an die Stelle der gelegentlichen, nur in Zeiten politischer Verwerfungen gleichsam von der Geschichte hochgespülten politischen Räte getreten sind? Ist die Hoffnung auf die Erneuerung des politischen Raums in der modernen Welt noch berechtigt?

In der *Vita activa*, Arendts Darlegung der philosophischen Anthropologie, findet sich ein flüchtiger Hinweis, der als eine pessimistische Antwort auf diese Fragen gelesen werden kann. Dort heißt es über die Erfindung des totalitären Systems im 20. Jahrhundert, daß »wir fürchten müssen, daß sie dem modernen Phänomen der Masse entspricht und auf ihre Weise imstande ist, die Probleme der modernen Massengesellschaft zu lösen«²⁸. Aber die eben zitierte Stelle verweist auch auf die Alternative zu dieser Entwicklung, die – gerade in den politischen Wissenschaften der fünfziger Jahre – allzu leicht übersehen wurde. Die andere neue Staats- und Regierungsform der Moderne ist für Arendt mit der Heraufkunft des Rätessystems gesetzt. In den Räten erkennt sie durchaus eine tragfähige Alternative zu dem, wie sie hinzufügt, »im Volke hoffnungslos diskreditierte(n) europäische(n) Parteidemokratiesystem«²⁹.

28 Hannah Arendt: *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*, S. 211.

29 Ebenda.

Der entscheidende Unterschied des Räteystems zum System der Repräsentanz, wie es mit dem Parteienwesen gegeben ist, liegt nicht darin beschlossen, daß jenes dem demokratischen Prinzip mehr Gewicht gibt. Vielmehr ist das Plus der Räte darin zu verorten, daß mit ihnen ein Aufbrechen der vielen, ob sie eine bloße Menge oder eine moderne Massengesellschaft bilden, »in eine Organisations- und Versammlungsform, in welcher ein jeder zählt«³⁰, gelingen kann. Gerade mit Blick auf die Probleme einer modernen Massengesellschaft erkennt Arendt in den Räten eine geeignete Institution der Versittlichung des politischen Handelns. Die Organisations- und Versammlungsform der Räte ist geeignet, um die Bürger so republikanisch werden zu lassen, wie sie es in einer großen Gesellschaft eben werden können.³¹

Damit wird klar, was sie unter der Heilkraft menschlicher Institutionen versteht, über die sie in *Über die Revolution* schreibt.³² In den öffentlichen Institutionen sind die Bürger gezwungen, ihre individuellen Standpunkte mit guten Argumenten zu vertreten. Arendt geht davon aus, daß durch die Beibehaltung von Öffentlichkeit die Begrenzung des Entscheidungs- und Handlungsspielraums durch egoistische Motive oder Anfälligkeit für Korruption zugunsten einer Sorge für die gemeinsame Welt überwunden werden kann.³³ Auch in dem späten Essay *Ziviler Ungehorsam* unterläßt Arendt nicht den Hinweis auf die Verwobenheit einer Kunst der Vereinigung in öffentlichen Institutionen mit Beförderung und Beibehaltung von republikanischer Sittlichkeit.³⁴

Auf institutioneller Ebene setzen Räte nicht wie Parteien eine Konzeption von Gesellschaft voraus, die sozial und ökonomisch so strukturiert ist, daß politische Interessen sich entlang etablierter Großgruppen generieren und delegieren lassen. Die Stärke der Räte ist eher in dem Moment der »Kombinierung existierender Machtgruppen«³⁵ aufzusuchen. Darunter versteht sie, daß die Macht bei den sich assoziierenden Bürgerinnen und Bürgern belassen bleibt. Hinzu kommt, Arendt erwartet geradezu Ungleichheiten von Meinungen und Interessen, die eine Vielzahl von Machtgruppen ins Leben rufen. Insofern diese Machtgruppen die Welt gemeinsam haben, kommt es in der Politik darauf an, diese so zu kombinieren, daß keine die andere erdrücken kann. Ausgleich und Kompromiß sind hier als Leitmotive in die Theorie politischen Handelns einbezogen. Daß die Macht bei den sich assoziierenden Bürgerinnen und Bürgern belassen bleibt, verweist unter den Bedingungen großflächiger Staaten und zahlreicher Bevölkerungen, die naturgemäß nicht in einen Raum passen, auf eine andere Form der Repräsentanz. Hierbei ist entscheidend, daß mit dem föderativen Prinzip die höchste Ebene der Repräsentanz – des Räteparlaments – immer noch an die unterste – der Nachbarschaftsräte – rückgekoppelt bleibt.³⁶

Daß die Räte dennoch in der Geschichte der Moderne nicht mehr als der Aufdruck historischer Fußnoten sind, erklärt sich Arendt mit dem Erfolg des Nationalstaats. Bereits an der Französischen Revolution zeigt sich eine Ereignisfolge, die auf der strukturellen Ebene mit dem Geschehen der Russischen Revolution eine gewisse Ähnlichkeit hat. Die politische Entscheidung der Französischen

30 Hannah Arendt: *Über die Revolution*, S. 325.

31 Ebenda.

32 Ebenda, S. 226.

33 Ebenda, 323ff.

34 Hannah Arendt: *Besuch in Deutschland*, S. 155.

35 Hannah Arendt: *Über die Revolution*, S. 218.

36 *Über den Wahlmodus der Räte* bemerkt Arendt: »... sie waren nicht von oben nominiert und von unten unterstützt, sondern frei von ihresgleichen gewählt, und da sie den Wählern in der Ratsversammlung Rechenschaft abzulegen hatten, blieben sie mit ihresgleichen verbunden und ihnen verantwortlich« (1964, 357). Die hier zugrunde gelegte Gleichheit »beruht nicht auf der Menschennatur und nicht auf angeborenen Eigenschaften, sondern ist die Gleichheit derer, die sich auf ein Unternehmen verpflichtet haben und von ihm in Anspruch genommen sind« (ebd., 358)

Revolution, die für die europäische Moderne ein Paradigma abgeben sollte, war die für den Nationalstaat und das Parteiwesen. Im Machtkampf unterlagen die Räte und die ihnen entsprechende politische Struktur einer Föderation. Die Volksgesellschaften sowie die nach 1789 neu gegründeten Munizipalbehörden gaben den Boden ab für die Möglichkeit einer föderativen Staatsform. In ihnen brach sich ein ungeheurer Druck Bahn; nach Teilhaberschaft an Politik, nach Diskussion, Belehrung, gegenseitiger Aufklärung und Meinungsaustausch. Das französische Volk erhielt hier eine »erste Lektion in Sachen menschlicher Würde und Freiheit«³⁷, notiert Arendt geradezu euphorisch. Die Entmachtung des kommunalen Rätessystems durch die jakobinische Diktatur des Wohlfahrtsausschusses stellte die Weichen für die Geburt des Nationalstaats, der zugleich den Untergang der freien Republik bedeutete.³⁸ Der revolutionäre Akt der Pariser Kommune von 1871 zielte nach Arendt auch auf eine Korrektur des politischen Programms um die fatale Nationalidee. Politisch sollte mit den Räten der Pariser Kommune die Rückkehr zu 1789 avisiert werden; gegen die alte Idee vom Staat als une et indivisible.³⁹

37 Hannah Arendt: Über die Revolution, S. 315.

38 Ebenda, S. 317.

39 Ebenda, S. 343.

Um es abzukürzen, möge an dieser Stelle der Hinweis ausreichen, daß Arendt in der Russischen Revolution von 1917 eine vergleichbare Entwicklung beobachtet. Die Rolle der Jakobiner als Zensoren der politischen Öffentlichkeit, als Agentur von Denunzianten zur Verortung von Parteiabweichlern und Konterrevolutionären wird von Lenins Bolschewisten übernommen. Das Paradoxon für Arendt ist nur, daß das Ende des Nationalstaats, das der Erste Weltkrieg und seine Folgen politisch bedeuteten, auch das Parteiwesen ad absurdum führt. Die Führung durch Parteiexperten setzt sich dennoch gegen die Idee der staatsbürgerlichen Teilhaberschaft an Politik durch. Bei Lenin, wie schon zuvor bei Marx, sind die Räte nur als Kampforgane geschätzt. Arendt dagegen schätzt die Räte auch als Ordnungsorgane hoch ein. Es ist die Angst vor dem Neuen, dem politisch noch Unbewährten, der das politische Denken in den Kategorien des Nationalstaates verhaftet bleiben läßt; auch nach dessen Zusammenbruch.⁴⁰

40 Ebenda, S. 332.

41 »Wenn sie mich aber nun fragen, welche Aussichten er (der Rätestaat; R.W.S.) hat, realisiert zu werden, dann muß ich Ihnen sagen: sehr geringe, wenn überhaupt irgendwelche. Immerhin – vielleicht doch im Zuge der nächsten Revolution.«
Hannah Arendt 1970 im Gespräch mit Adelbert Reif. Vgl. Hannah Arendt: Macht und Gewalt, München 1987, S. 133.

Gerade aber das Faktum, daß die Räte wiederholt aus der Asche vergangener historischer Ordnungen aufgestiegen sind, hält Arendts Optimismus wach, daß die Moderne nicht der Selbstermattung der Politik im Parteiwesen parlamentarischer Demokratie erliegen muß.⁴¹ Für sie bleibt ein Unbehagen mit dem zu geringen Potential an Teilhaberschaft, das mit der Parteipolitik gegeben ist. Die politische Gegenwart gibt ihr zum Teil recht. Die Zukunft der Parteien muß skeptisch beurteilt werden. Allzusehr schrumpfen sie auf das Format von Wahl- und Jobmaschinerien zusammen. Korruption im Sinn von Bestechlichkeit und Bereicherung wird zusehends zu einer Last des politischen Systems. Die wachsende Wahlmüdigkeit ist ein Zeichen der dahinschwindenden Ordnungskraft der Parteien.

Was Arendt über die totalen Bewegungen als Erben der modernen Parteienpolitik gedacht hat, findet in der Gegenwart Bestätigung.⁴² Im Hintergrund ihrer in *Über die Revolution* kaum weiter ausgeführten Randbemerkungen zu diesem Thema stehen Argumente aus ihrer älteren Arbeit über die totale Herrschaft. Dort

42 Hannah Arendt: Über die Revolution, S. 348.

begründet sie die Affinität der Massen für totale Bewegungen mit dem Rückgriff auf zwei Fehlschlüsse des politischen Denkens im Parteienstaat. Zunächst verführt der politische Erfolg der Parteien zu der Einschätzung, daß die Massen, die politisch nicht in Erscheinung treten, selbst dann mit ihnen sympathisieren, wenn sie an den Wahlen nicht teilnehmen. Ein anderer Irrtum gründet auf der Überzeugung, daß das politische Schweigen der Massen in den normalen Zeiten des demokratischen Staatswesens im Sinne politischer Neutralität auszudeuten sei.⁴³ Beides ist durch das Aufkommen der totalen Bewegungen zum Ende der Weimarer Republik offensichtlich in seiner Irrigkeit deutlich geworden.

Als Palliativum gegen solche Fehlentwicklungen vertraut Arendt auf die Stärkung von Elementen direkter Demokratie. Und die Hinwendung zu den Räten als den Trägern alternativer Institutionen ist nicht Arendts letztes Wort geblieben. Die Entwicklung des politischen Handelns unter den Bedingungen der Moderne läßt sie zum Ende ihres Lebens noch einmal aufhorchen. Die Bürgerrechts-, Studenten- und Anti-Vietnamkriegsbewegung mit ihren Mitteln des zivilen Ungehorsams und anderen Formen des politischen Protestes lassen sie über eine weitere Möglichkeit nachdenken, das Entscheidungs- und Handlungsmonopol politischer Parteien zu brechen. In dem bereits zitierten Essay *Ziviler Ungehorsam* schlägt sie als eine Möglichkeit der Verbesserung der Chancen auf politische Teilhabe vor, daß die im zivilen Ungehorsam aktiven Gruppen einen institutionellen Zugriff auf die politischen Entscheidungsträger im Parlament erhalten sollen. Ähnlich wie je schon die verbandlich organisierten Lobbyisten aus Wirtschaft und Gesellschaft sollen Vertreter von Nicht-Regierungs-Organisationen, wie wir heute sagen würden, die geregelte Möglichkeit haben, den politischen Entscheidungsprozeß in ihrem Sinn zu beeinflussen. Fazit: Den Volksvertretern im Parlament der Parteien die Sache des Volkes nicht allein überlassen, das ist eine entscheidende Devise der politischen Theorie Arendts.

43 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 504.

Literatur:

- Arendt, Hannah (1960): *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*, München.
 Dies. (1963): *Über die Revolution*, München.
 Dies. (1986): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München.
 Dies. (1987): *Macht und Gewalt*, München.
 Dies. (1989): *Ziviler Ungehorsam*, in: Marie-Luise Knott (Hg.): *Zur Zeit. Politische Essays*, München.
 Dies. (1989a): *Besuch in Deutschland*, in: Marie-Luise Knott (Hg.): *Zur Zeit. Politische Essays*, München.
 Dies. (1994): *»Wahrheit und Politik«*, in: Ursula Ludz (Hg.): *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I*, München.
 Baule, Bernward (Hrsg.) (1996): *Hannah Arendt und die Berliner Republik. Fragen an das vereinigte Deutschland*, Berlin.
 Fukuyama, Francis (1992): *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir*, München.
 Halami, Serge (1999): *»Politischer Berater – ein Metier ohne Grenzen«*, in: *Le Monde diplomatique*, H. 8.
 Moldenhauer, E.; Michel, K.M. (Hrsg.) (1983): *G.W.F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Mit Hegels eigenhändigen Notizen und den Zusätzen*, Frankfurt/M.
 Pocock, John G.A. (1993): *Die andere Bürgergesellschaft. Zur Dialektik von Tugend und Korruption*, Frankfurt/M.
 Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen.
 Vollrath, Ernst (1987): *Grundlegung einer philosophischen Theorie des Politischen*, Würzburg.

MICHAEL CHRAPA

Interne Konfliktpotentiale und Modernisierungschancen der PDS: Situation, Anforderungen, Optionen

Betrachtet man die zehnjährige Geschichte der PDS, so fällt auf: An Prognosen und Analysen zur Perspektive dieser Partei war eigentlich kein Mangel. Öffentliche Kommentare zur PDS, selbst gehässige, brachten ihr in der Regel eher Nutzen (und Wählerstimmen) als Schaden, kurioserweise auch dann, wenn der Anlaß »skandalumwittert« war. Unter den Prophezeihungen zur PDS fehlten auch die nicht, die ihr baldiges Ende voraussagten: Ob als »Therapieverband für Alt-Stalinisten« oder als »Ost-Milieu-Partei« – immer schienen es nur noch drei, vier Jahre bis zum absehbaren Untergang zu sein.

Auf den ersten Blick ist genau das Gegenteil eingetreten. Die PDS kann – gemessen am parlamentarischen Kräfteverhältnis – real zur drittstärksten Partei in Deutschland werden. Sie bliebe allerdings mit dem in best-case-Szenarien prognostizierten Wert von acht bis zehn Prozent Wählerstimmen stets eine »kleine« politische Partei. Die Chancen der PDS beruhen auf einem weiter erschließbaren Wählerpotential im Osten und auf wichtigen Einflußmöglichkeiten im Westen, die sich schrittweise entwickeln werden, die aber unzweifelhaft vorhanden sind.

Wie lassen sich Irrtümer und Fehlprognosen über den bisherigen Entwicklungsweg der PDS erklären? Zum einen waren es sowohl durch Wunschenken als auch durch politische Instrumentalisierungen entstandene Stereotype, die Abwehrpositionen gegenüber der PDS und mangelnde Einsichten bestimmten. Hinzu kamen Elemente einer »Dämonisierung« dieser Partei, gleichsam in Form von projizierender Schuldzuweisung, die den klaren Blick trübten. Zum anderen gab es im wissenschaftlichen Diskurs Oberflächlichkeiten und Borniertheit, teils aber auch einfach traditionell »überalterte« politologische Sichtweisen. Einige Forscher – ausgerüstet mit ihrem scheinbar bewährten Instrumentarium – verkannten nicht nur die Spezifik der Ost-Verhältnisse, sondern auch die Tatsache, daß die gesamte politische Landschaft in Deutschland in Bewegung geraten ist. Wissenschaftliche Untersuchungen zum Thema »Parteien im Rahmen des politischen Systems« erfassen gegenwärtig ein brisantes und bedeutsames Feld. Dabei fallen mehrere Komplexe ins Gewicht:

Zum einen unterstreichen die aktuellen politologischen Diskussionen, daß das »Parteiemodell« für die Bewältigung solcher Komplexaufgaben wie »Zusammenfassung und Verdichtung von Einzelinteressen und ihre Transformation in Handlungsprogramme«¹,

Michael Chrapa – Jg. 1950; freiberuflicher Soziologe, Vorsitzender der Forschungsgemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien (FOKUS e.V.), Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Merseburg, zuletzt in »UTOPIE kreativ« zusammen mit Dietmar Wittich »Panta rhei«. Veränderungen im Umfeld sozialistischer Politik, H. 109/110 (November/Dezember 1999), S. 71-82.

1 Thomas Meyer: Die Transformation des Politischen, Frankfurt/Main 1994, S. 231.

»politische Führungsfähigkeit« und die »Verbindung zu sozialen Großgruppen« de facto nicht zu ersetzen ist. Parteien sind und bleiben ein überaus wichtiges Moment leistungsfähiger Demokratien.

Ein zweiter, eng damit verknüpfter Gesichtspunkt besteht darin, daß unter den Bedingungen wirtschaftlich-sozialer Umbrüche Entscheidungen über den Grad der politischen Regulation in der Gesellschaft – gleichsam die »Möglichkeiten des Politischen« – neu bestimmt werden müssen. Mitunter kennzeichnet man dieses Spannungsfeld auch mit Kategorien wie »Neuentdeckung des Politischen« oder »Wiedergewinnung der Politik«².

Drittens verändert sich spürbar das »Umfeld« von Parteien durch Wandlungen in der soziokulturellen Struktur sowie in den Interessenkonstellationen von Großgruppen und Milieus bei Verbleiben und Reproduktion von sozialer Spaltung sowie der Ost-West-Differenz. Dies geschieht bei einer weiterverlaufenden Ausformung der »Mediengesellschaft« mit Einfluß auf die Wahrnehmungs-, Deutungs- und Kommunikationsstrukturen vieler Menschen.³

Als Resultat der genannten Veränderungsprozesse kann viertens ein besonderer »Einstellungswandel« in bezug auf Felder des politischen Handelns konstatiert werden. Dies schließt sowohl »Mißtrauen« gegenüber Politik und Politikern⁴ als auch neue Formen politischer Artikulationen (z.B. bei Jugendlichen) oder die aktuell zunehmende »Instabilität des Wahlverhaltens« (z.B. Abschmelzen der Stammwählerschaften) ein. Gerade bei letzterem ist eine interessante Dynamik zu beobachten: Die Tatsache, daß der Umfang von Wechsel- und Nichtwählerschaft tendenziell den der sogenannten Stammwähler übersteigt, bildet eine Situation ab, in der mehr denn je Stimmberechtigte zunächst unentschlossen bleiben, neue Orientierungen suchen und sich oft kurzfristig auf der Grundlage geistiger »Aushandlungsprozesse« entscheiden, ob oder welche Partei sie wählen. Diese Bewegungen im Wahlverhalten führen letztlich zu einer erkennbaren Dynamik in den Wahlergebnissen mit deutlichen Folgen für das politische Kräfteverhältnis.

Als ein fünfter Aspekt wäre schließlich zu betonen, daß die Funktionsweise gegebener Parteien den in hohem Tempo entstehenden Anforderungen modernisierter Gesellschaften oft nur ungenügend gerecht wird. Unter den Schlagworten »Partei der Zukunft«, »Modell der Kommunikationspartei« oder »Parteireform«⁵ sind hier verschiedene Gestaltungsszenarien entstanden, die allerdings nur in beschränktem Umfang Eingang in tatsächliche Umbauprozesse gefunden haben.

Die PDS nimmt im bundesdeutschen Parteiensystem einen besonderen Platz ein. Betrachtet man ihre Entwicklung, fällt – grob analytisch unterschieden – ein »Mix« von »überkommenen« und »erworbenen« Problemlagen ins Auge, wobei etliche Problemfelder naturgemäß ineinander greifen.

Zu den »überlieferten« Problemen sind – auch nach zehn Jahren Existenz der Partei noch spürbar – die Mitglieder- (und Alters-)struktur, die »Ostlastigkeit« sowie die Schwierigkeiten der Verankerung und Einflußnahme in den alten Bundesländern zu zählen. Hinzu kommt das Weiterwirken zum Teil traditionaler, linksdogmatischer, aber auf jeden Fall stark differenter ideologisch-kultureller

2 Hermann Scheer: Zurück zur Politik, München 1995, S. 157ff.; Ulrich Beck: Kinder der Freiheit, Frankfurt/Main 1997, S. 9-33.

3 Henry Kreikenboom: Einstellungen der Bürger zu Parteien, in: Oscar W. Gabriel: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997, S. 167-187.

4 Peter R. Schrott: Politische Kommunikation und Wahlverhalten, in: Oscar W. Gabriel: Politische Orientierungen ..., a.a.O., S. 507-532.

5 Ingrid Reichart-Dreyer: Parteireform, in: Oscar W. Gabriel u.a.: Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 1997, S. 338-356.

Elemente und Sichtweisen. Die PDS ist durchaus eine »pluralistische Partei«, wobei die Vielfalt allerdings häufig in Form von »Graben-« und »Glaubenskämpfen« zutage tritt. Dementsprechend bleibt die Diskussionskultur innerhalb der PDS weiterhin von Zügen eines überkommenen Dogmatismus gezeichnet.

Die »erworbenen« Probleme wären vor allem durch die Betrachtung der Entwicklung zwischen 1990 und 1998/99 genauer zu erfassen. Insgesamt sind in diesem Zeitraum Aufgabenfelder, durch die Wählerschaft getragene Erwartungen und Machtzuwächse entstanden, auf die sich die PDS nicht vorbereitet hatte. Als Folge davon kam es insbesondere in den letzten zwei Jahren zu einer gravierenden »parlamentarischen Fixierung« der Partei und zum Aufbrechen dessen, was man »funktionale Spaltung« nennen könnte. Beide Faktoren haben organisatorische, personale und politisch-moralische Konsequenzen, die von ihren Wirkungen her auch negativ zu Buche schlagen können.

Auf organisatorischem Gebiet wären hier die einseitige Ausrichtung auf die »funktionierenden« Strukturen im Umfeld parlamentarischer Institutionen, die breitere Herausbildung informeller Entscheidungsstrukturen und eine gewisse Schwächung der »Basisarbeit« zu sehen.

Personal ist die Installierung einer »1.« und »2. Ebene« in den Parteihierarchien (»Spitzen-/Berufspolitiker/innen« und mögliche »Nachfolgekandidaten/innen«) zu beobachten, was zu einer relativen Abwertung der 3. Ebene (»Mitgliedschaft«) führt, dies insbesondere in Hinsicht auf Kommunikationsteilnahme und Entscheidungsprozesse. Damit verknüpft muß – zumindest vom Ansatz her – von möglichen mentalen Veränderungen bei Berufspolitikern/innen (Wahrnehmungsstrukturen, Problembewußtsein, Kommunikationsmuster u. a.) gesprochen werden. Auch die PDS besitzt bereits ihr entwickeltes Feld »mikropolitische Machtkämpfe«.

Politisch-moralisch betrachtet wäre zu konstatieren, daß die PDS mittlerweile durchaus die Möglichkeiten für plan- und realisierbare »Parteikarrieren« bietet. Die Ehrenamtlichkeit, für viele Jahre ein Markenzeichen und eine Stärke dieser Partei, erhält den Geruch des Zweitrangigen. Der solidarische Zusammenhang von Menschen, vor allem im Kreise Älterer, gerät in einen Widerstreit zum »Funktional-Modell« der Partei.

Hinzu kommt, daß die Reflexion über die innerparteiliche Entwicklung und das Streben nach Einflußnahme darauf im Rahmen der PDS jahrelang de facto gering geschätzt wurden. Nur zögerlich und mit zahlreichen Mißverständnissen belastet, begann im Jahr 1999 die Diskussion über eine »Parteireform«.⁶

Für die PDS verbindet sich die Notwendigkeit struktureller Umgestaltung mit der Erarbeitung eines erneuerten Grundkonsens über Charakter und Ziel dieser Partei. In diesem Kontext werden Verlauf und Ergebnisse der programmatischen Debatte weitreichende Konsequenzen haben. Obwohl es auch bei der öffentlichen Formulierung dieser Zielsetzung – der Erarbeitung neuer strategisch-programmatischer Aussagen in den letzten Monaten – bereits zu ernsthaften Mißverständnissen gekommen ist, bleibt eine solche Aufgabe aktuell.

6 Ernsthafte Politisierung der Vorstandstätigkeit muß beginnen. Von der Klausurtagung des Parteivorstandes der PDS am 5. Juli 1999, in: Presse- und Informationsdienst (PID), Nr. 27/99, Berlin 1999.

Eine außerordentlich wichtige Frage bildet dabei die Positionierung der Partei zum Thema »Soziale Gerechtigkeit«. Um die Bedeutung dieses Problemkreises genauer zu beleuchten, liefert ein Rückblick auf die politischen Entwicklungsprozesse in den neunziger Jahren wichtige Anhaltspunkte:

Ohne Leistungen der Aktivistinnen und Aktivisten der PDS (in der Alltagsarbeit, im Parlament, im Wahlkampf) gering zu schätzen, ist ein überaus wichtiger Grund für den Erfolg der PDS darin zu sehen, daß sie – historisch betrachtet – »zur rechten Zeit am rechten Ort« war. Dieser Gedanke läßt sich folgendermaßen empirisch belegen:

In Untersuchungen Mitte der neunziger Jahre wurde die politische Landschaft Deutschlands dahingehend vermessen, in welchem Abstand sich die jeweiligen Parteien zu den Eckdimensionen großer gesellschaftlicher Konfliktlagen befinden. Zur Anwendung kamen die Werte-Paare »Autoritarismus« versus »Libertarismus« und »Marktfreiheit« versus »Soziale Gerechtigkeit«. Die PDS nahm in diesem Spektrum eine Sonderposition ein. Sie befand sich »weit links«, allein, ganz in der Nähe des Wertes »Soziale Gerechtigkeit«. Die hierfür zugrunde gelegten Daten entstammen den Jahren 1994/95; zur gleichen Zeit aber begann ein Umschwung im öffentlichen Denken. Mehrere empirische Studien dokumentieren, daß sich in Ost und West die gesellschaftliche Konfliktlage dramatisch verschob. Soziale Widersprüche (wie die zwischen »Arm« und »Reich«, zwischen »Arbeitgebern« und »Arbeitnehmern«) wurden 1996/97 um 20 bis 30 Prozentpunkte stärker betont als dies etwa 1993 der Fall war (siehe Tabelle 1)⁸. Die soziale Frage und damit verknüpft das Problem sozialer Spaltung der Gesellschaft erlangte im Bewußtsein der Menschen eine neue, weitaus gewichtiger Dimension.

Für die PDS bedeutete dies: Die Partei hatte in ihrer Öffentlichkeitswirkung zwei große und sich reproduzierende Widerspruchsfelder – die soziale Spaltung der Gesellschaft und in Verbindung damit die »Ost-West-Differenz« – frühzeitig thematisiert und »besetzt«. Etlichen »Individualisierungs-« und »Lebensstilisierungs-« Deutungen zum Trotz gab es im Konfliktbewußtsein von Mehrheiten der Bevölkerung in den letzten Jahren eine deutliche Verlagerung in diese Richtung. Salopp ausgedrückt, konnte die PDS – dem Igel in der Furche gleich – bei den Wahlen 1998/99 ausrufen: »Ick bin all hier!«

Aktuelle Daten verweisen auf eine bis in die Gegenwart reichende Brisanz des Themas (siehe Tabelle 2). Konkretere Analysen zur Situation im Bundesland Sachsen-Anhalt belegen:

Die ungelösten Aspekte sozialer Probleme werden im Osten mehrheitlich zumeist recht kritisch reflektiert. »Arbeitslosigkeit« bleibt unvermindert in den Augen von vier Fünfteln der Befragten das Problem Nr. 1 und rangiert im Bewußtsein weit vor Umwelt- oder Gleichstellungsfragen. Interessanterweise findet auch der »Nord-Süd-Konflikt« eine beachtliche Wahrnehmung.

Die Meinungen lassen eine gewisse »Spaltung« der Parteianhängerschaften erkennen. Die PDS-Anhängerschaft bildet diejenige Gruppe, die in den meisten Fällen die Problemlagen am schärfsten

7 Gero Neugebauer, Richard Stöss: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996, S. 278.

8 Michael Chrapa, Dietmar Wittich: Projekt Gesellschaftskritische Potentiale, 1996-98. Halle/Berlin 1998.

betont. Beachtliche Aufmerksamkeit für soziale Fragen ist auch bei der (sachsen-anhaltinischen) Anhängerschaft der Bündnisgrünen zu erkennen. Für das PDS-Umfeld fällt ferner ins Gewicht, daß sie faktisch die einzige Gruppierung darstellt, die sich der Benachteiligung von Frauen deutlich zuwendet.

Mitunter wird in diesem Kontext die »Ähnlichkeit« zwischen den Meinungen der PDS- und der DVU-Anhängerschaft diskutiert, wobei das Argument eines gleichartig vertretenen Sozialprotestes eine Rolle spielt (Felder: »Renten«, »Sicherer Arbeitsplatz«, »Soziale Gerechtigkeit«, »Einkommen«, »Aufstieg«). Die hier aufgeführten Daten würden eine für die weitere Debatte wichtige These erhärten, daß es vor allem die persönliche Betroffenheit und dementsprechende Frustration von DVU-Anhängern/innen ist, die sie in die Nähe radikaler Urteile führen. Die von ihnen als fehlend beklagte »Gerechtigkeit« hat wenig(er) mit dem Blick auf die Gesellschaft, aber viel mit dem Gefühl persönlicher Benachteiligung zu tun (vgl. Indikatoren: »Soziale Gerechtigkeit«, »Arbeitslosigkeit« – »Arbeitsplatz«, aber auch »arme versus reiche Länder«, »Benachteiligung von Frauen«).

Insgesamt ist erkennbar, daß die PDS sowohl angesichts der in der Bevölkerung weit verbreiteten Einstellungen zu Aspekten der sozialen Frage als auch in Hinblick auf die Positionen ihrer Anhängerschaft günstige Chancen (und ebenso die Verpflichtung) hat, das Thema »soziale Gerechtigkeit« zu einem Kernpunkt der programmatischen Debatte werden zu lassen.

Die Formulierung neuer strategisch-programmatischer Aussagen verbindet sich für die PDS organisch mit der Gestaltung einer neuen »Grundkonstruktion« der Partei. Für den Erfolg der in Angriff genommenen »Parteireform« wird die stabile »Öffnung der PDS zur Gesellschaft« ein entscheidendes Kriterium darstellen, wobei nicht abzusehen ist, ob eine solche Orientierung tatsächlich gelingt. Als Blockaden dieses Prozesses werden öffentlich-medial zumeist die Konflikte zwischen »Modernisierern« und »Traditionalisten« thematisiert. Eine solche Widerspruchslinie ist weiterhin zweifellos vorhanden; sie wird jedoch – so eine These des vorliegenden Beitrags – zunehmend von einem dazu »quer« liegenden Konflikt überlagert. Dieses bisher noch wenig besprochene Problem betrifft die Auseinandersetzungen folgender »Lager«:

Auf der einen Seite existieren starke Gruppierungen, die als »Kompetenzorientierte Modernisierer« bezeichnet werden könnten. Sie sind besonders im parlamentarischen Umfeld verortet und vertreten Bestrebungen in Richtung auf erhöhte »Positionsmacht« und größere parlamentarische Einflußmöglichkeiten. Aus ihren Reihen kommen berechnete Forderungen vor allem in bezug auf konzeptionellen Vorlauf für Politik-Projekte und in Hinsicht auf gesicherte Professionalität bei der Wahrnehmung politischer Verantwortung. Verkürzt gesagt, treten diese Personen vor allem für das »Funktional-Prinzip« und für die Machtorientierung der PDS im politischen System ein.

Parallel dazu wirken vom Einfluß her schwächere Gruppen, für die als Charakteristik der Begriff »Bewegungs- und wertorientierte Modernisierer« gelten könnte. Gemeinsam ist diesen keineswegs

homogenen Zusammenschlüssen, daß die »Wertegemeinschaft PDS« deutlich betont und eine verstärkte zivilgesellschaftlich-außerparlamentarische Ausrichtung der Partei angestrebt werden. In einem solchen Kontext verlaufen gegenwärtig Diskussionen über neue Kommunikationsstrukturen und über den Ansatz, politische Aktivität in Form »gesellschaftsoffener Projekte« zu betreiben.⁹ Ebenfalls in der Debatte sind Überlegungen über die Notwendigkeit eines »kritisch-reflexiven Politik-Stils«. Darunter wäre ein modernes Muster von politischem Verhalten zu verstehen, in das klare Wertorientierungen, eine explizite politische Moral und charakteristische Kompetenzen bei Entscheidungs-, Lern- und Kommunikationsprozessen eingeschlossen sind. Als Markenzeichen der skizzierten Gruppe kann das Bestreben gelten, die »normale« Funktionalität der PDS im politischen System zu sichern und zugleich ihren Charakter als »moderne Bewegung« auszuprägen.

Betrachtet man die Entwicklung der PDS, dann werden – zumindest äußerlich – gewisse Gemeinsamkeiten mit dem Weg der (Bündnis-) Grünen erkennbar. Es stellt sich die Frage, inwieweit eine solche Parallelität begründbar ist. In der Tat scheinen Vergleiche zwischen den Grünen (vor allem in ihrer »aufsteigenden Phase«) und der PDS heute so abwegig nicht zu sein. Für eine solche Betrachtung stehen die Tatsachen, daß beide Parteien klein und gewissermaßen »fragil« sind, daß sie durch die Ausgrenzung herrschender Kräfte beeinflußt und geprägt wurden. In Hinsicht auf den Umgang mit Macht und mit Blick auf die komplizierten innerparteilichen Mechanismen ergeben sich frappierende Parallelen. Gegen den Vergleich sprechen die Argumente der verschiedenen Herkunft und Geschichte dieser Parteien sowie ihrer unterschiedlichen »strategischen Grundideen«, obwohl bei genauerem Hinsehen zweifellos auch einige inhaltliche Überschneidungen zu finden sind.

Wird die absehbare Perspektive der PDS ins Auge gefaßt, dann ließe sich festhalten:

Die meisten parteitheoretischen Betrachtungen des politischen Systems bestätigen, daß in modernisierten, hochkomplexen Gesellschaften Parteien nur dann eine langfristige Chance haben, wenn sie einen besonderen Platz in der politischen »Bedürfnisstruktur« einnehmen. Anders gesagt: Jede Partei muß tatsächlich »gebraucht« werden. Für die PDS bedeutet dies, daß ihre Chance in der Besetzung und Verknüpfung der Felder »Soziale Gerechtigkeit«, »Modernität« und »Handlungsfähigkeit« besteht. Darunter sind keineswegs vereinfachte Image-Bilder mit dem Charakter von Wahlkampflogos zu begreifen; vielmehr soll dadurch ein ganzes Strategiebündel verdeutlicht werden:

Soziale Gerechtigkeit: Dieser Problemkreis wird mit hoher Wahrscheinlichkeit eines der wichtigsten sozialen und politischen Felder in den Auseinandersetzungen des kommenden Jahrzehnts darstellen. Die PDS könnte sich hier mit einem originären Beitrag zur (neuen) Gestaltung sozialer Beziehungen im Bemühen um die Durchsetzung menschenrechtlicher Forderungen einbringen. Damit verknüpft wären praktische Handlungsbestrebungen zum Abbau sozial-materieller Ungleichheiten, gegen Ost-West- wie auch Nord-Süd-Disparitäten und nicht zuletzt Aktivitäten in Richtung

9 Vgl. Rainer Lindemann: Die Parteiorganisation der Zukunft. Innerparteiliche Projektarbeit, Münster/ New York 1995.

auf Chancengleichheit der Geschlechter. Soziale Gerechtigkeit besitzt sehr vielfältige Facetten und Ansatzpunkte.

Modernität: Der Ansatzpunkt der PDS kann sich hier zunächst auf Akzeptanz und »Nutzung« vor allem solcher Aspekte wie Dynamik und »Ausstattung« moderner Gesellschaften richten. Damit verbunden sind Forderungen (und Schritte) in Richtung auf stete Weiterentwicklung und kritische Reflexivität im Umgang mit organisatorischen Formen. Dies setzt auch Maßstäbe für den Politikstil der PDS.

Handlungsfähigkeit: In enger Verbindung mit den ersten beiden Elementen steht die PDS hier vor der Aufgabe, die konkrete Ergebnisorientierung im Rahmen ihrer Tätigkeit durchzusetzen und zu verstärken. Daraus resultieren weitere Anforderungen an die Kommunikations- und Organisationskompetenzen sowie an die Befähigung zur wissenschaftlich gestützten konzeptionellen Arbeit.

Die hier benannten Chancen für die PDS sind durchaus real; andererseits bleibt der Weg der Partei in verschiedener Hinsicht »offen«. Die im Beitrag nur skizzenhaft angesprochenen inneren Probleme wiegen in der Realität schwer. Wie dem auch sei, die Zukunft der PDS wird letztlich davon abhängen, welche »Grundkonstruktion der Partei« sich weiter entwickelt. Die PDS muß unter den Anforderungen von modernisierten Markt- und Kommunikationswelten effektiv tätig sein, kann aber Gefahr laufen, eine kaltherzige »Funktional-Partei« zu werden, die ihren Wertekonsens verliert. Sie kann die kommende Erschütterung durch größere Mitgliederverluste (sicher nach den Jahren 2002 bis 2005) auffangen oder auch nicht. Möglich ist, daß ihr das Kunststück gelingt, als eine »normale« Partei im politischen System zu arbeiten und gleichzeitig ein Stück »moderne Bewegung« zu bleiben (oder zu werden). Als positiver Ansatz wäre zu werten, daß verschiedene Modelle von »Mitglieder-«, »Wähler-«, »Dienstleistungs-« oder »Kommunikationspartei« neben anderen Varianten bereits Erwähnung in einigen Debatten gefunden haben.

Etliche der hier formulierten Fragen wären demnach gegenwärtig nicht eindeutig zu beantworten. Als »Weichenstellungen« sind die Entscheidungen in den nächsten zwei Jahren zu betrachten, die sich auf die Erarbeitung neuer strategisch-programmatischer Aussagen und auf die »Parteireform« beziehen. Nicht allein die Ergebnisse, sondern auch die Art und Weise, wie diese bedeutsamen Vorgänge in der Partei gestaltet werden, können Auskunft über den zukünftigen Weg der PDS geben.

Tabelle 1:

Subjektive Wahrnehmungen von Konflikten in Deutschland¹⁰

Angaben in Prozent, gerundet, Konfliktwahrnehmung = Sehr stark + Stark

Wahrgenommene Konflikte zwischen ...	Bundesgebiet Ost			Bundesgebiet West		
	Zeitpunkt			Zeitpunkt		
	2/	11/		2/	11/	
	1993	1996	1996	1993	1996	1996
»Arm«-»Reich«	58	86	88	36	75	80
»Arbeitgebern«-»Arbeitnehmern«	66	80	86	50	71	77
»Ost«-»West«	60	74	79	50	62	63
»Ausländern«-»Deutschen« (»Asylbewerbern«-»Deutschen«)	(75)	78	77	(84)	71	77
»Links«-»Rechts«	70	71	67	66	60	57
»Jung«-»Alt«	20	32	31	20	36	36
»Männern«-»Frauen«	10	36	30	14	33	35

10 Quellen: Datensurvey 1993, Projekt Gesellschaftskritische Potentiale, 1996-1998.

Tabelle 2:

Politische Einstellungen: Bewertung sozialer Probleme in der Gesellschaft Bundesland Sachsen-Anhalt, Oktober 1999¹¹

Zustimmung zur Aussage, Angaben in Prozent, gerundet. A = Anhängerschaft

Aussagen	Gesamt	CDU-	F.D.P.-	B/Gr-	SPD-	PDS-	DVU-
	A.	A.	A.	A.	A.	A.	A.
<i>Bedrohliche Probleme sind ...:</i>							
Hohe Arbeitslosigkeit	79	58	40	65	80	89	57
Soziale Spaltung der Gesellschaft	68	39	45	61	61	83	48
Beziehungen zwischen reichen und armen Ländern	58	53	58	85	63	70	59
Sicherung auskömmlicher Renten für alle	56	47	50	45	39	68	55
Umweltbelastung	44	26	30	68	38	52	19
Benachteiligung von Frauen	35	26	15	28	35	48	14
<i>In der Gesellschaft ist ein ungelöstes Problem ...:</i>							
Guter/sicherer Arbeitsplatz	82	76	61	88	76	83	88
Erleben sozialer Gerechtigkeit	68	48	47	57	56	77	71
Solidarische Beziehungen zwischen den Menschen	59	42	53	47	60	63	47
Ausreichendes Einkommen	53	38	50	39	52	66	71
Chancen für beruflichen Aufstieg	34	30	28	19	37	42	42
<i>Für mich persönlich ist ein ungelöstes Problem ...:</i>							
Guter/sicherer Arbeitsplatz	55	54	39	46	55	58	67
Erleben sozialer Gerechtigkeit	55	40	39	48	42	70	80
Ausreichendes Einkommen	50	38	37	19	49	54	70
Solidarische Beziehungen zwischen den Menschen	34	29	21	32	37	36	30
Chancen für beruflichen Aufstieg	32	21	11	11	27	42	44

11 Quelle: FOKUS-Studie: »Politische Landschaft«, Halle 1999.

REINHARD GRIENIG

Für eine ökologisch-soziale Zeitenwende – mühsame Annäherungen an ein schwieriges Thema

Reinhard Grienic – Jg. 1950; Dr. oec., lebt in Cottbus und arbeitet über globale Entwicklungsprobleme der Menschheit und historische Zivilisationsvergleiche, publizierte vor allem zur vergleichenden Länderanalyse und -statistik und zur historischen Entwicklung des Nord-Süd-Gefälles; zuletzt in UTOPIE kreativ: »Prima Klima auf der Titanic? Gedanken zu möglichen Auswegen aus der globalen Zivilisationskrise«, Heft 54 (April 1995).

»Der Meadows-Bericht (»Die Grenzen des Wachstums« – d.A.) wurde 1973 veröffentlicht; außer einigen Konferenzen und teils zustimmenden, teils kritischen Publikationen war bisher das Ergebnis dieser sehr ersten Warnung gleich Null.«

Robert Havemann: Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg, Frankfurt/M. 1982, S. 25.

Nunmehr fast drei Jahrzehnte ist es her, daß jener Bericht an den Club of Rome erschien, der »Die Grenzen des Wachstums« zum Thema hatte und in dem dringend zu einem entwicklungsstrategischen Kurswechsel gemahnt wurde. Obwohl inzwischen Bekenntnisse zum Übergang zu einem »nachhaltigen« Wirtschaftsmodell in aller Munde sind, ist real kaum etwas geschehen. Wachstum um jeden Preis gilt nach wie vor als das Allheilmittel für alle Probleme der (post)industriellen Gesellschaft. Verdrängt wird dabei in der Regel, daß der vor allem profitgetriebene Expansionismus die Lebensgrundlagen großer Teile der Menschheit mehr und mehr zerstört.

Wenn die existenzbedrohenden ökologischen Gefahren abgewendet werden sollen, müssen bereits heute die Weichen für eine »ökologische Zeitenwende« gestellt werden. Wenn zudem verhindert werden soll, daß diese Umorientierung allein marktförmig (vor allem über steigende Preise) durchgesetzt wird – wodurch die Kluft zwischen arm und reich global wie national weiter wachsen würde –, dann ist vor allem die Linke herausgefordert, eigene Alternativstrategien gegen den neoliberalen Zeitgeist zu stellen. Es geht um eine Politik, die die langfristigen sozialen und ökologischen Interessen immer stärker in das heutige Handeln einbezieht. Dazu gilt es vor allem jene Machtverhältnisse zu ändern, die einen solchen Politikwechsel blockieren.

In Vorbereitung des Münsteraner Parteitages im April 2000 hat die PDS daher am 30. und 31. Oktober 1999 eine ökologische Konferenz zum Thema »Für eine ökologisch-soziale Zeitenwende« veranstaltet. Die damit verfolgten Ziele bestanden vor allem darin, dem sozial-ökologischen Umbau gebührendes Gewicht in der Programmatik der Partei zu geben, ihre umweltpolitische Kompetenz zu erhöhen und praktische Vorschläge für aktuelles Handeln zu entwickeln.

Dazu reicht es nicht aus, wie *Lothar Bisky* in seiner Eröffnungsrede hervorhob, die umweltpolitischen Defizite der regierenden Koalition intelligent zu kritisieren, auch wenn diese in der Tat substantieller Natur seien, wie z.B. die umweltpolitisch wirkungslose und sozial mißratene Ökosteuer, die Reduzierung der Umweltschutzausgaben, der Aufschub beim Atomausstieg, die fehlenden Signale für Verkehrsvermeidung, das Festhalten am Transrapid, die Verteuerung des Öffentlichen Personennahverkehrs und die zögerliche Erarbeitung eines neuen Bundesnaturschutzgesetzes zeigen. Auch im internationalen Maßstab spiele das Schröder-Fischer-Kabinett,

wie an der Torpedierung der Altautoverordnung und der Blockadehaltung bei der Kerosinsteuer und bei den gesamteuropäischen Richtlinien zur Umwelthaftung zu erkennen sei, eher eine unrühmliche Rolle. Wenn die PDS nicht nur als Partei der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch als Partei der sozial-ökologischen Wende akzeptiert werden will, dann muß sie eigene inhaltliche, organisatorische und psychologisch-kulturelle Schwächen abbauen. Aber im Vordergrund sollte nach Bisky zunächst die Überwindung von theoretischen Defiziten stehen. Es sei an der Zeit, das Verhältnis von demokratischem Sozialismus und ›Nachhaltigkeit‹ neu zu bestimmen.

Dazu bedarf es ohne Zweifel einer verbesserten Koordination und systematischen Vernetzung der einzelnen Forderungen und Maßnahmen. *Dieter Klein* wies in seinem Referat deshalb dringend darauf hin, daß ökologische Belange nicht derart deklariert und verfochten werden dürfen, daß potentielle Partner aus anderen Bereichen abgestoßen werden. Ökoaktivisten müßten davor bewahrt werden, sich von anderen elementaren Interessen zu lösen. Jeder umweltpolitische Schritt müsse mit dem Anspruch auf soziale Gerechtigkeit kompatibel gemacht werden. Gleichzeitig sei die Bewahrung der natürlichen Lebensbedingungen und der gleichberechtigte Zugang zu ihnen weltweit – unabhängig von der Verfügung über Geldvermögen – ein elementarer Bestandteil sozialer Gerechtigkeit. Erfolge ökologischen Wandels in den Industrieländern könnten daher nur von Dauer sein, wenn eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und die solidarische Unterstützung der Länder des Südens Armut als Quelle von Umweltzerstörung überwinden helfen.

Mehrere Teilnehmer machten in der Diskussion darauf aufmerksam, daß soziale Nöte und Ängste derzeit umweltgerechtes Handeln weitgehend blockieren. Zudem wurde auf die bedrohliche Tendenz hingewiesen, daß auch in der PDS Visionäre und Theoretiker einerseits gegen tagespolitisch engagierte Pragmatiker und ›Realpolitiker‹ andererseits ausgespielt werden. Das Austragen dieser Widersprüche erfordert – das hatte auch Dieter Klein hervorgehoben – ein Mehr an politischer Kultur in der PDS.

Wie im Verlauf der Konferenz deutlich wurde, sieht die Mehrheit der ökologisch bewußten Aktivisten in der PDS sehr wohl den Ernst der sich weiter zuspitzenden globalen Umweltsituation, teilt jedoch nicht den Pessimismus mancher Bürgerrechtler, die meinen, daß der Kampf um ein nachhaltiges Gesellschaftsmodell bereits verloren sei. Eine ›solare Wende‹ wird von vielen in der PDS trotz des inzwischen eingetretenen Zeitverzuges durchaus noch für möglich gehalten. Dazu wäre allerdings die Überwindung hartnäckiger politischer, ökonomischer und kultureller Barrieren erforderlich. Im Unterschied zu politischen Kräften, die eine eher unverbindliche Auslegung des ohnehin sehr vieldeutigen Nachhaltigkeitsbegriffes bevorzugen, verbinden die demokratischen Sozialisten mit Nachhaltigkeit ein Konzept, das sich gegen all jene wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen wendet, die einem sozial-ökologischen Wandel entgegenstehen – das betrifft insbesondere die Rüstungslobby, die Automobilkonzerne, die Energiewirtschaft

›Die Lafontainsche Hoffnung, über eine öko-keynesianische Umverteilungspolitik die alte Idee vom ökologischen New Deal wieder zu beleben, ist gescheitert, weil mit der keynesianischen Nachfragehydraulik kein Wachstum mehr induziert werden kann. Wollte man trotzdem umverteilen, müßte das aus dem Bestand finanziert und durch Reregulierungsmaßnahmen durchgesetzt werden. Dadurch gerät die Umverteilung in Gegensatz zu den Modernisierungs- und Gestaltungsinteressen der neuen Wissensarbeiter.«
Willi Brüggen, Dietmar Lingemann: 7 Thesen zur grünen Parteikrise, in: *Andere Zeiten*, Heft 2-3/99, S. 53f.

»Eine Politik, die der Verantwortung gerecht wird, Kohärenz in einer gleichwohl diversen Welt zu bewirken, könnte sich an drei Prinzipien orientieren:

... Regeneration wäre die angemessene Reaktion auf die Einsicht, daß es kein gemeinsames Fortschrittsideal mehr gibt ... Die unilaterale Selbstbeschränkung könnte das Ideal des Wachstums in wechselseitiger Abhängigkeit ablösen: Jedes Land sollte seine Angelegenheiten so regeln, daß keine wirtschaftlichen und ökologischen Probleme abgewälzt werden und andere Gemeinschaften daran hindern, ihren eigenen Weg zu gehen. Und schließlich ist auch ein Dialog zwischen den Kulturen gefordert.«
Wolfgang Sachs: Die eine Welt, in: Ders. (Hg.): Wie im Westen – so auf Erden, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 447.

sowie die Banken und Fondsanleger, die auf den Finanzmärkten spekulieren, statt in den ökologischen Umbau oder gar in die soziale Infrastruktur zu investieren, und nicht zuletzt betrifft es die Bindung der etablierten Parteien an diese Wirtschaftsmächte.

Die PDS ist bisher die einzige Partei, die klar zum Ausdruck bringt, daß eine nachhaltige Wirtschaftsweise und Vollbeschäftigung nur bei einer *Umverteilung von oben nach unten* vorstellbar sind. Die kapitaldominierte Globalisierung ist – so unterstrich *Eva Bulling-Schröter* – nicht nachhaltig. Ferner würde ein ökologischer Umbau nicht ohne ein *Aufbrechen patriarchalischer Strukturen* und nicht ohne eine starke feministische Bewegung realisierbar sein. Ähnliches ließe sich auch in bezug auf die Situation in der »Dritten Welt« sagen – ohne Überwindung von Armut, Unterbeschäftigung, Hunger und Bevölkerungsexplosion ist kein zukunftsfähiges Gesellschaftsmodell gestaltbar. Ökologischer Wandel und solidarische Unterstützung unterentwickelter und weltwirtschaftlich benachteiligter Regionen sind zwei Seiten einer Medaille. Darin bestände die historische »Bringepflicht« der OECD-Länder, was auch in der PDS noch nicht von allen akzeptiert werde. Auf die historische »Schuld«, die auch Industrieländer ohne ausgedehnten Kolonialbesitz aufgehäuft haben, hat auch *Reinhard Griening* an Hand von Langzeitberechnungen hingewiesen. Entwicklungspolitik in der bisherigen Form – als Ressort zur Exportförderung und Katastrophenbekämpfung – hat keine Zukunft, notwendig ist die Gestaltung einer »alternativen Eine-Welt-Politik« als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe.

Dieter Klein sieht die *Einordnung des unternehmerischen Gewinninteresses in einen Rahmen sozialer und ökologischer Entwicklungskriterien* als Kern linker Reformalternativen. Wo private Kapitalmacht nachhaltige Entwicklung blockiert, sei eine Veränderung der Eigentumsformen unumgänglich, z.B. die Überführung in kommunales Eigentum, eine Ausweitung des genossenschaftlichen Eigentums oder ein öffentlich geförderter, gemeinnütziger Beschäftigungssektor. Maßstab von Entwicklung sollte nicht länger das Wachstum des Bruttosozialprodukts, sondern die Sicherung von Wohlfahrt und Beschäftigung sein. Über die Ökologisierung und Dematerialisierung der Produktion sowie den Ausbau von humanorientierten Dienstleistungen – was nicht zu verwechseln ist mit einer »Dienstbotengesellschaft« – könnten neue Formen des Zusammenlebens entstehen, die keineswegs auf ein freudloses, entbehrungsreiches und karges Leben hinauslaufen.

Insgesamt rechnen Wirtschaftswissenschaftler im Umfeld der PDS mit einer Zeitspanne von 20 bis 25 Jahren für den Übergang zu einer nachhaltigen, gerechten Wirtschaftsweise. In dieser Übergangszeit kommt der richtigen Weichenstellung entscheidende Bedeutung zu. Das erkennen zunehmend vor allem auch jene Privatunternehmer, die überwiegend einen regional begrenzten Aktionsraum haben. Und weil die SPD eine konsequente Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen durch einen Eingriff in die polarisierten Verteilungsverhältnisse offenbar unbedingt vermeiden will, interessieren sich immer mehr Selbständige auch für die Konzeptionen der PDS zu regionalen Wirtschaftskreisläufen.

Neben Dieter Klein beschäftigte sich insbesondere *Marko Ferst* mit den vielfältigen Hemmnissen für eine ökologisch-kulturelle Wende. Konsumfetischismus, Frustkäufe, Suchtkrankheiten seien Indizien dafür, daß die Konsumgesellschaft längst jenseits der ihr angedichteten ›unbegrenzten Möglichkeiten‹ angelangt ist. Das heißt, die Ironie der Geschichte besteht darin, daß der Massenkonsum bereits seine soziale Integrationskraft verliert, noch bevor ihm durch seine ökologisch zerstörerischen Folgen ein (unausweichliches) Ende gesetzt wurde. Nach Ferst greift zwar überall eine wachsende Verunsicherung um sich, aber die Suche der Menschen nach Alternativen wird systematisch in die Irre geleitet. Die wahre *globale Gefahrenhierarchie* sei weitgehend unbekannt. Müllsortieren, Spenden für Greenpeace und der Aufbau von Windkraftanlagen sind bei weitem nicht genug. Und was noch viel wichtiger ist, nicht einmal prioritär. Im Zentrum steht – nicht nur für Ferst – die ›Systemfrage‹.

Der Übergang zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft muß offenbar auf vielen Ebenen zugleich beginnen. Globales solidarisches Denken ist genauso notwendig wie der sicherlich noch schwierigere Wandel verinnerlichter Haltungen und Maßstäbe; erforderlich ist aber auch die entschiedene Relativierung des technizistischen Machbarkeitswahns, der nicht zuletzt auch im Staatssozialismus sowjetischen Typs ›kultiviert‹ wurde. Notwendig ist zudem eine vertiefte Einsicht in natürliche Zusammenhänge, denen die gesellschaftlichen Strukturen Rechnung tragen müssen. Hinter einer – bisher im Zentrum der Aufmerksamkeit stehenden – Erhöhung der Arbeitsproduktivität um ca. das Dreißigfache seit Beginn der industriellen Revolution (im Nordwesten) verbirgt sich die Tatsache, daß sich die Ressourcenproduktivität seither kaum erhöht hat. Das Mehr an Produkten, die verlockende, kunterbunte Welt der Waren, basiert nicht auf einem tatsächlich sparsamen Umgang mit der Natur. Die Einsparungen beim Einzelprodukt werden kompensiert durch die Vervielfachung der Produktzahl. Produktionszuwachs bedeutet so oft nur die Entwicklung der Fähigkeit, immer mehr (Natur)Stoff pro Zeiteinheit zu bewegen und umzuwandeln, wobei auch das Volumen der Abprodukte ständig steigt. Die Konkurrenz unter den Produzenten erzwingt lediglich Zeitersparnis, nicht aber schonenden Umgang mit der Natur. Je mehr Natur pro Zeiteinheit ›verwertet‹ werden kann, um so profitabler die Unternehmung. Die Natur funktioniert aber nicht nach dem Konkurrenzprinzip, sondern nach dem *Kooperationsprinzip* – in einer zukunftsfähigen Gesellschaft sind daher ganzheitliche Wahrnehmung, sparsamer Naturverbrauch, Vielfalt und kooperative Flexibilität gefragt. An die Stelle von Rohstoffreichtum als Voraussetzung von Entwicklung tritt der Reichtum an Zeit für die Befriedigung vielfältiger Interessen als entscheidende Evolutionsressource.

Vor allem in den Arbeitskreisen wandten sich zahlreiche Redner konkreten Stoßrichtungen des sozial-ökologischen Umbaus zu – z.B. stärkere Förderung regenerativer Energiequellen, kostendeckende Vergütungen für die Erzeugung von Solar- und Windenergie, Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, Entflechtung der Energiewirtschaft, Verlagerung der Transporte auf Schienen- und

»Es hat wenig Sinn, gegen die eine oder die andere Verschmutzung im Detail anzukämpfen, wenn wir nicht kapieren, was die Grundlogik dieses Systems ist. Natürlich werden jetzt viele schreien, der Mann ist Systemveränderer. Ja, natürlich sind wir das. Das jetzige System ist doch selbstmörderisch. Wir müssen es doch verändern.«
J. Lutzenberger in seiner Rede anlässlich der Verleihung der Bodo-Manstein-Medaille.

»Ein Zehntel muß den Reichen reichen und der ganzen Welt die Hälfte. Sonst bricht das Unternehmen Menschheit unter seinem eigenen Gewicht zusammen und erstickt im eigenen Abfall.«
Friedrich Schmidt-Bleek:
Wieviel Umwelt braucht der Mensch?, Berlin 1994, S. 190.

Wasserwege, ökologische Landwirtschaft und vor allem rascher Ausstieg aus der Atomenergie. Wie die aktuelle Diskussion zur Gentechnik, zur Biotechnologie u.ä. zeigt, muß die PDS allerdings selbst noch wesentlich mehr Kompetenz und mehr eigene Qualitätskriterien sowie vor allem eigene ganzheitliche Konzepte in die gesellschaftlichen Kontroversen einbringen. Es reicht nicht mehr aus, Fehlentwicklungen zu bedauern und punktuelle Lösungen vorzuschlagen. Ferner muß sich die Mitgliedschaft der PDS weitaus problembewußter zum Wirtschaftswachstum verhalten. Angesichts der für eine zukunftsfähige Gesellschaft notwendigen Reduktion der Stoffströme, wäre unter den bisherigen Bedingungen Vollbeschäftigung durch Wachstum nur zu erreichen, wenn die Ressourceneffizienz auf das 44fache erhöht würde, was völlig unrealistisch ist. Deshalb muß die Forschungs- und Technologiepolitik konsequenter auf Langlebigkeit und Recyclebarkeit der Produkte, sparsamen Energieeinsatz sowie auf die Eignung für regionale Kreisläufe ausgerichtet werden. Die absolute Verringerung der Stoffströme bedarf gleichzeitig der sozialen Abfederung durch Umverteilung, Arbeitszeitverkürzung und den Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Ohne soziale Grundsicherung und Subventionen wird dies kaum zu bewerkstelligen sein.

Insbesondere im Arbeitskreis 3 wurden die globalen Dimensionen eines sozial-ökologischen Wandels diskutiert. Hier wurde vor allem betont, daß die Lage weitaus bedrohlicher ist, als sie vielen Menschen aus ihrer europäischen Perspektive erscheint. Bereits geringfügige Verschlechterungen z. B. der Klimaverhältnisse können im Süden hunderttausende von Opfern fordern. Auch das gilt es in der politischen Arbeit immer wieder bewußt zu machen – auch wenn nicht ausgeschlossen werden kann, daß die Diskussion über globale Katastrophenszenarien durchaus Ängste schürt und – wie einige Redner meinten – potentielle Wähler verschreckt.

Die nicht zu überschätzende Bedeutung des ländlichen Raumes wurde vor allem im Arbeitskreis 4 thematisiert. Dabei geht es nicht nur um die Bereitstellung nachwachsender Rohstoffe oder die regionale Selbstversorgung, sondern auch um die Erhaltung von Kultur- und Erholungslandschaften.

Der PDS-Umweltminister in Mecklenburg-Vorpommern, *Wolfgang Methling*, und *Volker Lüderitz*, BUND-Vorsitzender in Sachsen-Anhalt, schilderten schließlich im Rahmen einer Podiumsdiskussion die aktuellen Schwierigkeiten bei der Umsetzung an sich vernünftiger Konzepte und Ideen. In der Tagespolitik setze die Rechtslage und der Zwang zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien oft enge Grenzen, so daß sich die PDS, auch angesichts der Sparpolitik von Bund und Ländern manchmal für das kleinere Übel entscheiden müsse. So konnten in Mecklenburg-Vorpommern wertvolle Projekte bei der öffentlich geförderten Beschäftigung nur erhalten werden, weil die PDS ihren Protest gegen die Stilllegung regionaler Bahnstrecken aufgegeben hat. Die starke lokale und regionale Verankerung der PDS müsse noch stärker als Chance zur Mitwirkung, als Möglichkeit zur *Demokratisierung der Demokratie* begriffen werden. Angesichts der Tatsache, daß zur Zeit – so Dieter Klein – viele linke Alternativprojekte an Inkonsequenzen

»Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß die arbeitende Bevölkerungsmehrheit unter zwei Bedingungen zu Opfern für eine bessere Zukunft bereit ist: Erstens müssen die Menschen davon überzeugt sein (bzw. werden), daß das neue Gesellschaftsmodell zumindest teilweise attraktiver ist als die herrschende Lebensweiseform... Zweitens müssen sie die Gewißheit haben, daß die Lasten des sozialen Wandels in etwa gerecht (bzw. gerechter als bisher) verteilt werden.«

Reinhard Grienic: *Prima Klima auf der Titanic?*, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 54 (April 1995), S. 17.

und Kurzatmigkeit kranken, wäre eine *Öffnung der Partei in die Gesellschaft mit Projekten, die Parteiarbeit und Bündnisarbeit zugleich sind*, geeignet, die Lücke zwischen konzeptionellen Entwürfen und ihrer Überführung in die Praxis zu schließen. Die Partner sollten sorgfältig ausgewählt werden, um mit ihnen gemeinsam Erfolgsbeispiele zu schaffen. Dies wäre auch ein Beitrag zu einer längst überfälligen Erneuerung der Partei.

Auch wenn die ökologische Konferenz der PDS sicherlich nicht die ganze Kompliziertheit und Vielschichtigkeit des Thema erschloßen, so förderte sie doch zutage, daß der Nachholbedarf innerhalb der Partei enorm ist. Die Mühen der Ebene auf dem Weg zu mehr konkreten Aktivitäten und zu verstärkter gegenseitige Bezugnahme unter den einzelnen Arbeitsgemeinschaften und Interessengruppen stehen den Mitgliedern der PDS erst noch bevor.

OLAF GRIEBENOW

Volksuni 2000. Die Werkstatt vom 14./15. Januar

Olaf Griebenow – Jg. 1970,
Jurist, promoviert zur Zeit
an der Humboldt Universität
in Berlin zur Europäischen
Innen- und Justizpolitik

Die Volksuni hat sich zurückgemeldet und den offenen Dialog über die eigene Zukunft gesucht. Nachdem das traditionelle Projekt mit fehlender Resonanz und Beteiligung zu kämpfen hatte, wurde nun eine Werkstatt organisiert, um die politischen Rahmenbedingungen für radikalreformerische, emanzipatorische Projekte zu diskutieren und die eigene Position zu bestimmen. »Die Politik der Neuen Mitte und die Alternativen zur passiven Reform« waren das Thema der Veranstaltung. Zur Erläuterung des Themas und einer ersten Einstimmung fand am Freitagabend eine Podiumsdiskussion statt. Insbesondere stand zur Frage, inwieweit es sich bei der Neuen Mitte um ein neues Politikkonzept und nicht um die Überschätzung einer Werbestrategie handele. Doch unabhängig von der sehr unterschiedlichen Herangehensweise herrschte in einer lebhaften und ergiebigen Diskussion folgender Konsens: Die Politik der rot-grünen Koalition ist die Fortsetzung der neoliberalen Politik ihrer Vorgänger. Die Hoffnung auf eine Reformpolitik unter der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wurde enttäuscht. Die Überschätzung nationalstaatlicher Handlungsfähigkeit sowie die Konzeptlosigkeit und inhaltliche Schwäche des Koalitionsvertrages führten zu der enttäuschenden und fast zufälligen Regierungspolitik. Jedoch genauso deutlich wurden die Mobilisierungsschwäche und das Fehlen eines solidarischen Kampfes der Linken konstatiert. Die größte Stärke der Neoliberalen ist die Schwäche der emanzipativen Kräfte, eine Schwäche, mit der auch gerade die Volksuni zu kämpfen hat. Leider fehlte eine inhaltliche Beschreibung dessen, was Neoliberalismus eigentlich bedeutet. Neoliberalismus ersetzt so Begriffe wie Kapitalismus und Faschismus und meint ganz pauschal den politischen Gegner. Mit dieser Pauschalität läßt sich zwar gut argumentieren, aber für eine Analyse der tatsächlichen Kräfteverhältnisse genügt es nicht.

Der Konsens vom Vorabend war die Grundlage für die Diskussionen des folgenden Tages. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen am nächsten Tag fast alle wieder und teilten sich auf verschiedene Arbeitsgruppen auf. So konnten in kleineren Zusammenhängen (zwanzig Personen) mit Hilfe von Impulsreferaten die Bedingungen der Arbeitswelt, der Kultur und der Politik vertieft debattiert werden.

Mit Unterstützung und Teilnahme von VertreterInnen der ArbeiterInnen und Erwerbslosen, von WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und Mitgliedern aller im Bundestag vertretenen linken

Parteien wurden einige Fragen und Aspekte des Vorabends wieder aufgegriffen und diskutiert. Die Aufteilung erwies sich als sinnvoll, da sich so trotz des komplexen Themas die zentralen Fragen diskutieren ließen. Die Veränderungen in der Arbeitswelt haben die soziologische Zusammensetzung der Gesellschaft verändert und die Schwächen der bisherigen Politik lassen sich besonders gut an der Situation des Arbeitsmarktes aufzeigen. Im Kulturbereich wurden die Diskurse an den Auswirkungen von Individualisierung und Privatisierung orientiert, so z.B. der Verlust der öffentlichen Räume oder die Assimilation des Anderen, des Fremden als Hintergrund für eine unpolitische Spaßkultur. Die dritte Gruppe setzte sich mit der Entwicklung der Parteiendemokratie auseinander. Es wurden verschiedene Programme von der Gestaltung der Arbeitswelt bis zur internationalen Transformation der Sozialsysteme diskutiert. Leider fehlte am Abend der Versuch, die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen zusammenzuführen und auszuwerten. So wurde die sinnvolle Aufteilung nicht genutzt, um abschließend zu einem Gesamtbild zu kommen und ein Ergebnis zu formulieren. So läßt sich als Beobachter nur folgendes zusammenfassen:

Zentrales Thema waren die Veränderungen und Probleme in der Arbeitsgesellschaft, in der Arbeit als fremdbezahlte Tätigkeit definiert wird. Weite Teile der Bevölkerung werden von der Erwerbstätigkeit ausgeschlossen und/oder in Niedriglohnssektoren und in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt. Die in festen Arbeitsverhältnissen Organisierten werden durch den Druck der Arbeitsmarktsituation zur Lohnenthaltung gedrängt, und die Nichterwerbstätigkeit wird mit der Kürzung der finanziellen Grundlage sanktioniert. Arbeitszwang ist ein wichtiger Aspekt der Politik der Neuen Mitte. Die Menschen sollen wieder Steuerzahler werden oder zumindest geringere Kosten verursachen. Ein eigenes Konzept zur Schaffung von Arbeitsplätzen außer den neoliberalen Gemeinplätzen von Wachstum und Technologie fehlt/e der rot-grünen Koalition und wurde nach außen an ein Bündnis für Arbeit delegiert. Die Politik sollte die Wirtschaft doch mit den schwächer gewordenen Gewerkschaften selbst aushandeln. So ließe sich eine öffentliche Auseinandersetzung um Einschnitte in die Situation der arbeitenden Bevölkerung vermeiden und sogar als gesellschaftlichen Konsens und damit als Notwendigkeit darstellen und durchsetzen.

Da die Veränderungen in der Arbeitswelt vielfach mit dem Druck der Globalisierung gerechtfertigt werden, ist öffentlich zu machen, daß nur 20 Prozent der Produktivität durch transnationale Konzerne erbracht werden. Denn das Aufrechterhalten des Mythos Globalisierung verhindert, daß die nationalstaatlichen Handlungsmöglichkeiten gegenüber der Kapitalseite genutzt werden. Ein Konzept für eine neue Arbeitsgesellschaft, die sich an Forderungen wie Emanzipation und Nachhaltigkeit orientiert, wäre eine Aufgabe für eine außerparlamentarische Opposition. Hieraus könnte sich ein neuer Gesellschaftsvertrag ergeben, der den Begriff des Konsens wirklich verdient. Zentrale Begriffe waren hierzu Teilzeit, geringere Wochenarbeitszeit, ein Existenzgeld für erwerbslose Menschen und vor allem ein neuer Arbeitsbegriff, der auch unbezahlte Tätigkeiten bei der Reproduktion umfaßt.

Als politischen Rückhalt setzt die Neue Mitte auf Gewinner des Umbaus der Arbeitsgesellschaft, hierbei profitiert sie von einer stabilen Mittelschicht, die in ihrer Struktur zwar nicht homogen ist, aber gute Zukunftsperspektiven hat und eine Politik erwartet, die ihre Situation schützt. Die Individualisierung und die Profitierungsmöglichkeiten von neuer Technik haben ein großes Potential von sogenannten Leistungsbereiten hervorgebracht, die staatliche Regulierung und Gewerkschaftspolitik als Begrenzung von persönlicher und unternehmerischer Freiheit sehen. Diese gesellschaftliche Gruppe ist es vor allem, die den Staat wie ein Unternehmen geführt wissen möchte. Sie erwartet keine Beteiligung an der Demokratie, sondern vielmehr eine Klientelpolitik in ihrem Sinne. Sie erwartet vor allem private vor gesellschaftlicher Verantwortung und fordert allgemein eine hohe Anpassungsbereitschaft der gesellschaftlichen Randgruppen. Risiken sollen durch private Vorsorge aufgefangen werden. Auch die Sozialsysteme sollen sich an ihrer Effizienz und alle Bevölkerungsgruppen an ihrer Produktivität messen lassen.

Nun fehlen nicht inhaltliche Alternativen zur aktuellen Politik, aber was fehlt, ist die Möglichkeit zur Mobilisierung und der Zugang zu den Massenmedien. Unübersehbar ist, daß ein Teil des gesellschaftlichen Wandels eng mit der Entwicklung der Medien zusammenhängt. Diese werden ihrer gesellschaftlichen Aufgabe nach Vielseitigkeit und kritischer Begleitung der Weltpolitik nicht mehr gerecht. Darstellung findet nur, was sich zur Zeit der Berichterstattung medienwirksam verkaufen läßt. Nachrichten werden zur Ware, und politische Zustimmung wird so von Zufälligkeiten bestimmt. So ist z.B. seit der Medienkonzentration auf die CDU-Affäre um die Parteienfinanzierung die Zustimmung zur Politik der rot-grünen Koalition gestiegen, ohne daß sie politische Erfolge verbuchen kann. Ihre Konzeptlosigkeit findet nur keinen Platz mehr in der Berichterstattung und fällt nicht mehr auf.

Gleichzeitig führt der hohe Informationsfluß zu einer Übersättigung und Verunsicherung der Bevölkerung. Einerseits ist es nicht möglich, alle Informationen entsprechend zu verarbeiten, so daß nur ein diffuses Gefühl von Informiertheit herrscht, andererseits verunsichert dieses diffuse Gefühl bei der Beurteilung der Tagespolitik und fördert so die Delegation von Entscheidungen an die politisch Handelnden.

Diese Stellvertreterpolitik schwächt auch die engagierten Basisgruppen, weil auch ihnen nicht mehr das Vertrauen entgegengebracht wird, die grundsätzlichen Fragen besser beurteilen zu können. Infolge dieser Stimmung sind Menschen leichter erreichbar für Manipulation und Stimmungsmache. Die Medien können das »Volk« derart instrumentalisieren, daß gegensätzliche emotionale Reaktionen miteinander vereinbar sind. Beispielhaft ist die medienwirksame Darstellung der Kosovaren als Opfer des Krieges, die trotz aller Ressentiments gegenüber Ausländerinnen und Ausländern, wie sich an der Staatsbürgerschaftsdebatte durch die CDU deutlich manifestierte, eine Spenden- und Aufnahmebereitschaft bewirkte, die mit der allgemeinen Stimmung nicht in Einklang zu bringen ist.

In diese Strukturen läßt sich nur schwer eingreifen. Eine pragmatische Forderung war die, Kommunen und Bezirke mit mehr Entscheidungshoheit und finanziellen Mitteln auszustatten. So könnten die Menschen vor Ort ihre unmittelbaren Lebensverhältnisse selber gestalten. Alternative Projekte hätten im lokalen Rahmen bessere Durchsetzungsmöglichkeiten, und Engagement würde wieder unmittelbare Erfolge zeigen. Die stärkeren Partizipationsmöglichkeiten des Bürgers würden sein/ihr politisches Interesse bzw. den Willen zur Teilhabe an der Zivilgesellschaft steigern. Diese Entwicklung würde das Interesse der Medien geradezu herausfordern.

Dies soll als Skizzierung der Diskussionen genügen, da eigentliches Ziel der Veranstaltung die Entwicklung einer Zukunftsperspektive für die Volksuni war. Dies kam in jedem Fall zu kurz, es wurde zwar während der gesamten Veranstaltung Bedauern über einen möglichen Verlust der Volksuni geäußert und Vorschläge für mögliche Aufgabenbereiche gemacht, aber im Programm wurde nur mit der Abschlußveranstaltung darauf eingegangen. Allgemeiner Konsens war, das grundsätzliche Konzept beizubehalten, d.h. die Volksuni soll sich als Verbindungsglied zwischen verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gruppen verstehen und Diskurse anregen. Gefordert wurde aber ein Gesamtkonzept, das sich in einem Netzwerk zwischen in Berlin handelnden Basisgruppen, zwischen den Kulturen in einer multikulturellen Stadt oder zwischen Menschen aus Ost und West in einem erweiterten Europa widerspiegeln könnte. Kritik wurde auch an der Form der Darstellung laut, hierzu kam der Vorschlag, sich als Parlament außerparlamentarischer Gruppen darzustellen und hieraus Einfluß auf Entscheidungsprozesse zu nehmen.

Nach dieser Veranstaltung ist die Zukunft der Volksuni wieder offen, denn der Bedarf an besserer Koordinierung und inhaltlichen Debatten innerhalb der Linken war unbestritten. Inwieweit es den Initiatoren jedoch gelingt, mit der Volksuni diese Lücke zu füllen, wird sich noch zeigen müssen. Der Ansatz, sich selbst zu diskutieren, war sehr richtig, nur müssen jetzt die Vorschläge auch ernst genommen werden. Leider blieb die Veranstaltung ohne greifbares Ergebnis. Dieses Defizit hat die Volksuni schon in der Vergangenheit zu etwas Beliebigem gemacht. Es fehlen eine eigene Position und eine Utopie, die Berechenbarkeit und zielorientiertes Arbeiten zur Folge hätten. Trotz aller Kritik wird der Volksuni die Aufgabe, sich neu darzustellen, zugetraut. Entscheidend für einen Erfolg wird die Mobilisierungskraft der Volksuni selbst sein.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Eigentlich hatte ich beabsichtigt, diese »Festplatte« absolut kohlfrei zu inszenieren, aber es will und will mir einfach nicht gelingen. Tag um Tag werden wir mit neuen Enthüllungen oder mit neuen Varianten schon getätigter Enthüllungen genervt oder amüsiert, daß wir doch glatt vermuten, es liefe derzeit in Deutschland die Mega-Enthüllungs-Show, die alles wieder ins demokratische Lot bringt. Doch wie ich jetzt merke, kann ein Übermaß an Einzelheiten und an scheinbar tiefgründigen Einblicken in politische Abläufe durchaus auch dazu mißbraucht werden, bestimmte Fragen auszublenden. Ein bemerkenswerter Trick! Nehmen wir folgende Meldung:

»Zürich/Berlin (rtr). Altbundeskanzler Helmut Kohl (CDU) läßt als Folge der Spendenaffäre sein Berateramt bei dem Schweizer Bankenkonzern Credit Suisse ruhen. Diese geschehe auf Kohls persönlichen Wunsch hin, hieß es es am Donnerstag in seinem Bundestagsbüro. Eine Sprecherin der Großbank hatte zuvor in Zürich erklärt, Kohl wolle seine Verpflichtungen im Beirat des Instituts erst dann wieder wahrnehmen, wenn die Vorwürfe gegen ihn geklärt seien.«

Und damit die Angelegenheit auch richtig schön transparent aussieht und der wegen der wochenlangen Skandalberichterstattung schon ermüdende Leser bei der Stange bleibt, wird noch die Information angehängt, daß Helmut Kohl in der Zeit auch kein Beraterhonorar (jährlich ca. 145.000 Mark) erhalten werde.

Mehr Transparenz ist von einer derartigen 18-Zeilen-Meldung doch nun wahrlich nicht zu erwarten. Wirklich nicht? Wo für 18 Satzzeilen Platz ist, reicht er in der Regel auch für zwanzig. Und die zwei fehlenden hätten zwar kaum für neue Erkenntnisse, doch

immerhin für die eine Frage gereicht, mit was für Fachkenntnissen dieser Helmut Kohl wohl den Schweizer Bankern zu dienen in der Lage sein könnte.

Und schon wäre natürlich die ganze schöne demokratische Transparenz perdu, und der Leser käme ins Grübeln.

Offenbar gehört das Beraterwesen zu den unabdingbaren Essentials der Politik in diesem Land, und unabdingbare Essentials werden kaum noch in Frage gestellt. Nicht bei Kohl, nicht bei dieser unsäglichen Agnes Hürland-Büning, die bis dato niemand für eine Panzergeschäftsspezialistin gehalten hatte. Das Land ist voller Berater, von denen zwar oft bekannt ist, wen sie beraten, aber von denen niemand weiß, worin eigentlich ihre Kompetenz besteht. Außer, daß sie an den für Unternehmen und Banken richtigen Plätzen sitzen.

Ab und an hatten wir auch unseren Spaß. Zum Beispiel an jenem nebenstehenden Gedicht von Oliver Maria Schmitt in der Berliner »tageszeitung«.

Egon Krenz hat einen Leserbrief an das »Neue Deutschland« geschrieben. Und da ich es ablehne, jemandem nur deshalb Recht zu geben, weil er auf Grund einer äußerst fatal und fragwürdig agierenden Staatsanwaltschaft im Gefängnis sitzen muß, soll auf Krenzens Brief, beim dem mir gallig aufstieß, eingegangen werden. Denn er ist wirklich ein schönes Beispiel für Geschichtsklitterung und für Demagogie.

»In den 80er Jahren«, schreibt Egon Krenz, »meldeten DDR-Medien: Der FDGB spendet für das FDJ-Jugendfestival. Dafür gab es einen Beschluß der Leitungsgremien. Das Geld wurde überwiesen, nicht in schwarzen Koffern übergeben. Die Öffentlichkeit wurde über die Verwendung des Geldes informiert.« Aber, so Egon Krenz weiter, Kohl werde wohl kaum inhaftiert und Tisch kaum rehabilitiert werden.

Das einzige, was an diesem Brief stimmt, ist dieser Schluß.

Der Reihe nach: Heute noch so zu tun, als wisse man nicht, wie Beschlüsse der Gewerkschaftsführung in der DDR zustande kamen, ist geradezu unverschämt; noch nie was vom »demokratischen Zentralismus« und von der führenden Rolle der Partei gehört? Zweitens: Auch zu DDR-Zeiten wurde sehr wohl mit Koffern voller Bargeld hantiert. Für eventuelle Nachfragen stehen – aber wahrscheinlich auch nur eventuell! – ehemalige Führungsmitglieder der SDAJ oder ehemalige beziehungsweise aktive Mitglieder der DKP zur Verfügung. Drittens: Die Öffentlichkeit ist nicht darüber informiert worden, daß uns' Harry der FDJ auf Geheiß *Solidaritätsgelder* hat rüberschieben müssen, Gelder, die wir Monat für Monat vor allem für die Armen in der Dritten Welt und für ihre Befreiungskämpfe gespendet hatten. Viertens: Und was war, bitte sehr, mit jenen Kofferträgern, die – immer, wenn (Westgeld-)Not am Mann war – kiloweise DDR-Mark nach Westberlin tragen mußten, um es dort (zum »Schwindelkurs« ...) gegen Bundesknete einzutauschen? Alle Erfindungen des Klassenfeindes?

Daß das alles und noch viel mehr die neuen Richter, die sich seit nunmehr zehn Jahren herausnehmen, darüber zu befinden, einen feuchten Kehricht angeht, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Ode an die Mutter der Kompanie

O Agnes Hürland-Büning,
wenn ich dich seh, wird's
Frühling.

Wenn ich dich seh, wird's
hell.

Warum, beschreib ich
schnell:

Kürbisrund dein Kugelkopf,
Schweinsohrn aus dem
Gulaschtopf,
Draufgepappt die
Echthaarhaube,
Drunter west der
Fortschrittsglaube.

Gepanzert deine
Augenstern',
Die Lippen voll wie
Wurstgedärm,
Der Zinken lang und wie
von Stahl
Und drunter Kinne sonder
Zahl.

Die hat der Herrgott dir
geschenkt.
Wenn ich ihn treff, wird er
gehenkt.
Wenn du ihn triffst, dann
grüß ihn,
O Agnes Hürland-Büning.

Elviera Thiedemann: Es kam ein langer lichter Herbst. Tagebuch der Wendezeit 1989/90, trafo-Verlag dr. wolfgang weist Berlin 1999, 190 S. (29,80 DM)

Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte ist nicht allein Sache der Historiker oder eigens dazu berufener Kommissionen. Auch Menschen anderer Profession tragen mitunter Wertvolles dazu bei, indem sie ganz subjektiv, ohne Anspruch auf Allgemeingültigkeit und wissenschaftliche Objektivität, über ihr in der DDR gelebtes Leben berichten. Hauptsache, ihr Rückblick ist wahr und unverfälscht – und sie verstehen zu schreiben! Beides trifft auf das Buch von Elviera Thiedemann zu und macht es zu einer interessanten Lektüre. Der Form nach handelt es sich bei diesem Text um ein Tagebuch, einen Zeitzeugenbericht. Er wurde geschrieben, um »mit dem gewaltigen gesellschaftlichen Umbruch fertig zu werden, also nicht mit dem Gedanken an eine spätere Veröffentlichung« (S. 12). Was den Reiz dieser sehr persönlich gehaltenen Aufzeichnungen ausmacht, ist ihre besondere Perspektive, denn die Autorin kommt aus der »erzgebirgischen Provinz«. Und dort, im »Tal der Ahnungslosen«, weit ab von den Zentren der »friedlichen Revolution«, erlebte sie auch – ähnlich wie 200 Jahre zuvor Jean Paul im Fichtelgebirge – den Zusammenbruch der bisherigen Ordnung und das Ende der DDR. Sie berichtet darüber, indem sie beschreibt, wie sich ihr Leben in den Monaten zwischen August 1989 und Dezember 1990 veränderte. Auf diese Weise entsteht ein, in seiner Detailtreue und Authentizität, beindruckendes Bild des historischen Umbruchs – freilich ein sehr persönliches und subjektives Bild, nicht frei von Naivität, aber ein erlebtes und nicht im nachhinein konstruiertes. Dies, vor allem anderen, macht das Buch, lesenswert.

Der Ort des Geschehens ist klein, überschaubar und von der medialen Außenwelt so gut wie abgeschnitten. »Es sprach sich nicht allzuviel herum, Westfernsehen war nicht zu empfangen und die Stasi spielte im täglichen Leben ... keine wesentliche Rolle« (S. 11). Jeder kannte jeden und für das Zusammen-

leben gab es feste Regeln. Die Autorin wirkte hier als Schuldirektorin. Das heißt in heutiger Lesart, sie gehörte der örtlichen Funktionselite an. Im Rückblick sieht sie sich aber vor allem »dienend«, und zwar im doppelten Sinne: »im eigenen Bewußtsein einer großen Idee, im Bewußtsein anderer der Macht« (S. 11). Diese Ambivalenz bestimmt dann auch ihre Rezeption der »Wende«, die für sie Befreiung und Ruin zugleich bedeutete, Gewinn und Verlust, Ende und Anfang. Ihr Tagebuch zeugt davon. Bedingt durch den Beruf der Autorin, vermittelt das Buch auch so manchen Einblick in den Schulalltag der DDR. Szenen täglicher Routine, Probleme und Konflikte, ihre Bewältigung ebenso wie ihre Verdrängung, werden dem Leser nahe gebracht. Gerade die von der Autorin in schlichter Erzählweise wiedergegebenen kleinen Begebenheiten des Schulalltags, die mitunter grotesk anmutenden Situationen und Lächerlichkeiten, geben einen tiefen Einblick in das Leben, so wie es war, mit allen seinen Hoffnungen und Illusionen, Schönheiten und Befriedigungen, aber eben auch Ängsten und Verzweigungen. Der nach der Wende mächtig in die Kritik geratene Bereich der »Volksbildung« wird uns hier aus Insider-Sicht nahe gebracht, im Grunde genommen positiv bewertet, aber keinesfalls unkritisch. Auch räumt die Autorin mit dem Vorurteil auf, alle schulischen Angelegenheiten seien durch die SED bestimmt gewesen und es hätte keine Freiräume gegeben. Diese gab es sehr wohl, aber sie wurden eben sehr verschieden genutzt! Man muß ihr wohl zustimmen in dieser Frage, wenn auch nicht im Ganzen, was die Bewertung des DDR-Schulsystems anbetrifft. Als »bittere Erkenntnis« formuliert die Autorin heute: »Absolute Linientreue über viele Jahre war gleichbedeutend mit der Verschüttung des gesunden Menschenverstandes. Denn es gab andere, die für uns dachten« (S. 39).

Eine dritte Säule des Buches stellt der Bericht aus dem Privatleben dar, die Schilderung der Ehe, die Beschreibung der Sorgen um die Kinder, die Fragmente einer Liebesbeziehung, wodurch die Ehe auf die Zerreißprobe gestellt wurde u.a.m. Diese sehr private, intime Dimension des Buches erhöht seinen Wert als persönliches Dokument ganz außerordentlich. Die Ehrlichkeit und Bedingungslosigkeit des

Ganzen wird dadurch noch unterstrichen, ebenso wie der Tagebuchcharakter der Publikation, denn der historische Umbruch wird letztlich privat erlebt, gebrochen durch das persönliche Schicksal eines jeden einzelnen.

Fritz Vilmar betont im Vorwort, daß das Zusammenwachsen der Deutschen in Ost und West erst dann gelingen werde, wenn die Westdeutschen das »schwierige Leben und Wirken« der Menschen in der DDR und deren Erfahrungen mit der »Wende« wirklich »ernst nehmen« (S. 8).

SIGRID BUSCH, ULRICH BUSCH

Jürgen Herres:
1848/49. Revolution in Köln,
Janus Verlagsgesellschaft Köln
1998, 127 S. (19,80 DM)

Die rheinische Metropole, 1848/49 dank dem Wirken einer starken, sowohl liberalen als auch demokratischen Strömung fraglos das Zentrum der Revolutionsbewegung in Rheinpreußen mit beachtlichen nationalen Ausstrahlungen, hat die historische Forschung schon seit längerem zwar zu recht zahlreichen und umfangreichen Spezialuntersuchungen und Quellendokumentationen angeregt; doch ist bislang noch keine Gesamtdarstellung der Revolution in Köln zustande gekommen. Jürgen Herres, ausgewiesen durch eine fundierte Monographie über den politischen Katholizismus im Rheinland zwischen 1840 und 1860/70¹ sowie durch mehrere bemerkenswerte sozial-, stadt- und vereinsgeschichtliche Studien zur rheinischen Geschichte im Vormärz und in der 1848er Revolution², sucht dem mit der vorliegenden Schrift etwas beizukommen.

Den Anspruch einer ausführlichen und umfassenden »akademischen« Gesamtgeschichte Kölns im Revolutionsjahr will und kann das für einen breiteren, nicht nur an Lokalgeschichte interessierten Leserkreis gedachte Büchlein mit seinen knapp 130 Seiten sicher nicht erheben. Aber was auf diesen Seiten an Kölner Revolutionsgeschichte, »auf wesentliche Episoden« (S. 12) konzentriert, dargeboten wird, ist gleichwohl weit mehr als nur ein dürrer kurzgefaßter Abriß dessen, was zumindest dem Spezialisten schon bekannt war. Es

wird, das sei vorweg gesagt, Neues geboten. Denn der Autor hat nicht nur die vorliegende Literatur gründlich verarbeitet, sondern auch neue, bislang wenig benutzte Quellen erschlossen, darunter neben Regierungsakten viele zeitgenössische Zeitungsberichte, die manch neue Aspekte des Revolutionsgeschehens zur Kenntnis bringen. Vermittelt wird ein anschauliches Bild der Geschichte Kölns in einer Aufbruchzeit, von einer »Stadt voller Lebenslust und voll intellektueller Spannung« (S. 12), ein Bild, in dem der Leser vieles findet, was ihm bisherige Darstellungen nicht bieten konnten.

Dem Buch kommt unbestreitbar das Verdienst zu, den Blick auf das Kölner Jahr 1848/49 beträchtlich zu weiten. Gewiß behalten die agierenden Hauptkräfte, Liberalismus und Demokratismus, den ihnen gebührenden vorderen Platz. Auch wird das demokratische Engagement des äußersten linken Flügels der rheinischen Demokratie, der »Neuen Rheinischen Zeitung« unter Marx' und Engels' Ägide, dem in der sowjetischen und DDR-Forschung die nahezu alleinige Aufmerksamkeit galt, nachgezeichnet. Allerdings bleiben dessen Bemühungen um die proletarische Emanzipation und Parteibildung, die nicht erst im Frühjahr 1849 einsetzten, ganz auf der Strecke, was zumindest für 1849 doch ein etwas schiefes Bild ergibt und sicher auch mit dazu führte, daß die französischen Einflüsse auf Köln kaum Beachtung finden.

Stärker als in früheren Veröffentlichungen aber werden über die demokratisch-soziale Aktion vom 3. März 1848, die den Auftakt der revolutionären Bewegungen in Preußen bildete, hinaus – die sozialen Proteste der mittelständischen wie der von Massenarbeitslosigkeit gepeinigten plebejisch-proletarischen Schichten herausgearbeitet. Genauer in den Gesamtprozeß der städtischen wie regionalen Revolutionsentwicklung eingeordnet erscheinen die beiden großen Kölner Abwehrkämpfe gegen die vorrückende Konterrevolution in der Septemberkrise 1848 und während des Konflikts zwischen Staatsstreichregierung und Konstituierender Versammlung in Preußen im November dieses Jahres, in dessen Verlauf die Kölner linken Demokraten als Initiatoren des Steuerverweigerungskonzepts und mit den Versuchen, den passiven in aktiven

Widerstand überzuleiten, eine besondere Rolle spielten.

Gänzlich neu sind die Abschnitte über die katholischen Vereinsbewegungen und politischen Bestrebungen im Revolutionsjahr, die nicht nur in der marxistischen Literatur weitgehend der Vergessenheit anheim gefallen waren. Dadurch entsteht aber eine auch politisch wesentlich differenziertere Sicht auf die Kräftekonstellationen in der Stadt. Wesentlich bereichert und vertieft wird das Bild darüber hinaus durch die umfangreichen Passagen über die »Neue politische Kultur«, die ebenso Auskunft geben über die Wandlungen und neuen Züge des Alltagslebens wie über die Etablierung einer politischen Öffentlichkeit, eingeschlossen das städtische Pressewesen, das neben den beiden Zeitungen von nationaler Dimension, der »Kölnischen Zeitung« und der »Neuen Rheinischen Zeitung«, rund ein Dutzend weitere, zum Teil bisher nicht bekannte lokale Blätter umfaßte. Besonders zu erwähnen ist nicht zuletzt die relativ ausführliche Behandlung der frauenemanzipatorischen Bestrebungen und dabei nicht zuletzt der Rolle wie der Leistungen Mathilde Annekes.

Die flüssig, interessant, teilweise spannend geschriebene Darstellung läßt die historische Narration voll zu ihrem Recht und zeitgenössische Quellen häufig direkt zu Wort kommen, bringt wichtige Details immer wieder ins Spiel, verzichtet gleichwohl nicht auf theoretische Verallgemeinerung und sucht stets den Blick aufs Ganze des Revolutionsablaufs und auf die nationalen Zusammenhänge zu schärfen. Was letzteres betrifft, so könnte man sich freilich eine noch stärkere Herausstellung des Gewichts der Kölner Vorgänge für den Gang der deutschen Revolution vorstellen. Die richtige Feststellung: »Die Stadt Köln und überhaupt das preußische Rheinland »nationalisierte« sich im Verlauf der Revolution. ... Aus der unruhigen Westprovinz Preußens wurde eine spezifisch deutsche Region« (S. 31) ließe sich bei Betonung der Rolle Kölns für gesamtdeutsche Vorgänge auf den verschiedenen Ebenen sicher nicht nur am zu Recht ausführlich abgehandelten Dombauefest überzeugend nachweisen.

Sich von herkömmlichen Anklagen sowohl gegen den bürgerlichen Liberalismus als auch gegen den politischen Radikalismus deutlich

distanzierend, rückt der Autor die Volksbewegungen als Ausgangsgröße politischer Entfaltungsmöglichkeiten im Revolutionsjahr deutlich in den Vordergrund: »Die Volksbewegungen hatten der Revolution Schubkraft und Dynamik gegeben.« (S. 105). Und er mißt das Verhalten von Liberalen und Demokraten daran, ob und wie sie den damit entstehenden Erwartungen gerecht wurden. Den rheinischen Liberalen gesteht er zu, über ein realistisches politisches Konzept verfügt zu haben, das zu realisieren sie aber, weil nur auf Machtteilhabe aus, durch Mißachtung der Erwartungen von großen Teilen der Bevölkerung nicht bereit waren, während den Demokraten, die anders als die Liberalen v.a. seit Herbst 1838 die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich gehabt hätten, ein realistisches Konzept des politischen Wandels abgesprochen wird. Als ein Grundproblem der Kölner Revolution erscheint in seiner Sicht der Umstand, daß im Prozeß der normalen politischen Differenzierung die Demokraten zwar von den Liberalen die Rolle als Verfechter der politisierten Öffentlichkeit, d.h. wohl als vorwärtsdrängendes Element im Revolutionsgeschehen übernahmen, aber erst in einem Moment die Mehrheit der Bevölkerung für ihre Ziele mobilisieren konnten, als die Revolution sich schon im Niedergang befand und die Konterrevolution das Gesetz des Handelns übernommen hatte und sich mit Gewalt durchzusetzen verstand. »Daß die Liberalen nicht willens und die Demokraten nicht in der Lage waren, die daraus (aus den Volksbewegungen) resultierende Erwartungshaltung in politischen Fragen aufzugreifen, kann durchaus als tragisch bezeichnet werden.« (S. 105)

Diese offenbar nicht allein für Köln gedachte Sicht auf die 1848er Revolution mag in manchen Punkten gewiß diskussionsbedürftig sein. Den Demokraten rundweg ein realistisches Programm abzuspochen, dürfte sich als problematisch erweisen, sofern als realistisch nicht nur das gekennzeichnet werden soll, was sich im jeweiligen Moment historisch unmittelbar durchgesetzt hat. Der neuerliche Diskurs hat immerhin darauf aufmerksam gemacht, daß die Demokraten im Unterschied zu den Liberalen für ein demokratisches Repräsentativsystem eintraten, in dem das Parlament und nicht der Monarch die Vormachtstellung

einnehmen sollte. Wenn dies angesichts des Kräfteverhältnisses nicht »realistisch« war, so war es das Konzept der Liberalen, wie sich zeigte, ebenso wenig, da man nicht bereit war, wenigstens den Versuch zu unternehmen, die alten Gewalten gestützt auf die Volksbewegungen auch zur Anerkennung eines bürgerlich-parlamentarischen Systems zu zwingen. Gleichwohl bleibt die keineswegs überall anzutreffende Erkenntnis festzuhalten, daß die Volksbewegungen die eigentliche Basis der Revolution bildeten, den Beziehungen zwischen Volksbewegung und politischen Führungskräften eine Schlüsselrolle für das Schicksal der Revolution zukam und die ungenügende Beachtung, wenn nicht Mißachtung der sozialen Interessen der Massen durch die politischen Eliten namentlich liberaler Couleur zu den wesentlichen Ursachen für das Scheitern der Revolution zu zählen sind.

Ein Vorzug der Darstellung besteht darin, daß eine Vielzahl von politischen Akteuren in Erscheinung tritt. Das verleiht Lebendigkeit und Anschaulichkeit. Bedauerlich ist nur, daß außer Robert Blum keiner, und sei es noch so knapp, auch biographisch vorgestellt wird. Lediglich am Schluß erfährt der Leser etwas über den Lebensweg einiger der prominenten Revolutionsteilnehmer nach 1849. Schwierigkeiten hat man mit dem, auch in anderen Veröffentlichungen wiederholt benutzten Begriff »liberal-demokratisch«, zumal nirgends erläutert wird, was darunter zu verstehen ist. Auch ist wohl nicht akzeptierbar, Preußen vor 1848 schlechtweg als absolutistischen Staat zu charakterisieren. Überholt ist schließlich sicher die Meinung, daß Friedrich Wilhelm IV lange Zeit in Apathie verharrte und erst im Spätsommer sich zu aktiver Reaktionspolitik aufraffte. Und jüngst in Frage gestellt wurde auch die von Jonathan Sperber übernommene Auffassung, daß es nur preußische Regimente ostelbischer Herkunft waren, die die rheinische Revolutionsbewegung niederwarfen. Wie denn nicht ganz in Vergessenheit geraten sollte, daß das ostelbische Preußen, von Sachsen gar nicht zu reden, 1848/49 selbst ein gerüttelt Maß revolutionärer Energie in die Waagschale zu werfen hatte.

Wer nicht nur einen Überblick über die Kölner Revolutionsgeschichte erhalten, sondern sich zugleich mit dem neuesten Stand

der historischen Forschung auf diesem Felde bekannt machen will, wird mit Gewinn zu diesem Buch greifen. Hinweise für weiterführende Literatur, in die – was heute in der gegenwärtigen bundesdeutschen Historiographie nicht mehr bzw. noch nicht wieder selbstverständlich geworden ist – die wesentlichen DDR-Arbeiten aufgenommen sind, erhöhen den Wert der Publikation, der freilich auch ein Personenregister gut zu Gesicht gestanden hätte.

WALTER SCHMIDT

- 1 Jürgen Herres: Städtische Gesellschaft und katholische Vereine im Rheinland 1840-1860/70, Essen 1996.
- 2 Erwähnt sei: Das preußische Koblenz 1814-1914, in: Geschichte der Stadt Koblenz, Bd. 2, Stuttgart 1993, S. 48-118; Das Karl-Marx-Haus in Trier 1727 bis heute. Bürgerliches Wohnhaus Politisches Symbol Historisches Museum, Trier 1993; Vereinsbildung als Gesellschaftsform. Die Anfänge politischer Parteien in Trier 1838-1851, in: »Der schlimmste Punkt in der Provinz«. Demokratische Revolution 1848/49 in Trier und Umgebung. Katalog-Handbuch, hg. von Elisabeth Dühr, Trier 1998, S.459-501; Das preußische Rheinland in der Revolution von 1848/49, in: Revolution im Rheinland. Veränderungen der politischen Kultur 1848/49, hg. von Stephan Lennartz und Georg Mölich, Bielefeld 1998, S. 13-36;

Anneliese Braun:
Arbeit ohne Emanzipation und
Emanzipation ohne Arbeit?
Schriftenreihe, hrsg.
von Hanna Behrend, Band 8,
Trafo verlag dr. wolfgang weist
Berlin 1998, 186 S. (29,80 DM)

Wer mit der Utopie einer Gesellschaft freier Individuen im Kopfe Ansätze für hier und heute realisierbaren Beginn tiefgreifender gesellschaftlicher Wandlungen organisieren will und dafür kritisch im »Klassiker-Nachlaß« nach Anregungen sucht, wird Anneliese Brauns Schrift begrüßen und genießen. Dieses Erbe ist wesentlich Auseinandersetzung mit einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die Menschen ausgrenzt und deformiert. Braun greift auf Engels zurück, der in seiner Kritik an Dühring formulierte: »Die Gesellschaft kann sich selbstredend nicht befreien, ohne daß jeder einzelne befreit wird. ... namentlich (muß) die alte Teilung der Arbeit verschwinden. An ihre Stelle muß eine Organisation der Produktion treten, in der einerseits kein einzelner seinen Anteil an der produktiven Arbeit

... auf andere abwälzen kann; in der andererseits die produktive Arbeit ... Mittel der Befreiung der Menschen wird, indem sie jedem einzelnen die Gelegenheit bietet, seine sämtlichen Fähigkeiten, körperliche wie geistige, nach allen Richtungen hin auszubilden und zu betätigen, und in der sie so aus einer Last eine Lust wird« (MEW, Bd. 20, S. 273-274).

Eine Konsequenz ist, die Bereiche Produktion und Reproduktion zusammen zu denken und die »Reproduktion des Lebens in seiner Gesamtheit« zur obersten Priorität des Wirtschaftens und der Gesellschaftspolitik zu machen. Diesen Zugang entwickelt A. Braun nicht allein theoriengeschichtlich. Ihr Ausgangspunkt sind die menschheitlichen Existenzfragen. »Genauso wie die ökologischen Krisen nicht losgelöst von den sozialen Krisen sich entfalten und beeinflusst werden können, ist auch die Krise der Erwerbsarbeit nicht isoliert von den ökologischen und anderen Krisen lösbar« (S.10). Die Zukunft der Existenzsicherung müsse immer mehr jenseits der Erwerbsarbeit gesucht werden. »Erhaltung von Lebensgrundlagen und Emanzipation erscheinen aus dieser Sicht als zwei Seiten derselben Medaille« (S. 10). Sie seien nur realisierbar, gelänge es, »Arbeit anders und neu zu bestimmen« (S. 11). »Arbeit im umfassenden Sinne« könnte als »zweckgerichtete, abhängig und arbeitsteilig organisierte Verausgabung menschlicher Arbeitskraft bezeichnet werden, die im Zusammenwirken mit der Natur und mit von den Menschen geschaffenen Produktionsmitteln Gebrauchswerte hervorbringt, die in der Form von materiellen Gebrauchswerten, persönlichen Diensten und der Erhaltung der Gattung selbst der Reproduktion des Lebens im weitesten Sinne dienen« (S. 27).

Braun entwickelt weiter: »Der Beitrag zur Reproduktion des Lebens würde sich in der »Reproduktionszeit« ausdrücken, die sich aus »notwendiger Reproduktionszeit« und »freier Zeit für alle« zusammensetzt« (S. 86). Erstens gehe es um »eine Erweiterung der notwendigen Tätigkeit« um die Reproduktionsarbeit – insbesondere die unbezahlte (Frauen)Arbeit in der Familie – und die Arbeiten zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, zweitens um die Umgestaltung des Zwecks und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung als

»Grundlage für die warenförmige Produktion von Mitteln zum Leben« (S. 86). »Freie Zeit für alle« wäre die Zeit, die verbleibt nach der Verrichtung notwendiger Reproduktion. An dieser »notwendigen Reproduktionszeit«, in der das unmittelbare Leben reproduziert und die notwendigen Mittel zum Leben produziert würden, müßten sich alle Gesellschaftsmitglieder beteiligen. »Auf diese Weise würde jede/r ihren/seinen Anteil an der Schaffung von Lebenszeit leisten. Dabei entscheidet nicht, wieviel Zeit jede/r aufwendet, sondern was sie/er in dieser Zeit hervorbringt, also der Gebrauchswert der geschaffenen »Lebenszeit« (S. 87).

»Lebenszeit« wird nach Braun durch die »unmittelbare Reproduktion des Lebens« geschaffen, erhalten und gestaltet (S. 166). Sie definiert ein anderes Wertgesetz. Danach gelte: »Auszutauschen wäre ... eine Stunde geschaffener Lebenszeit gegen eine andere Stunde geschaffener Lebenszeit, die mit einer abgestimmten Kombination von Reproduktions- und Produktionszeit hervorgebracht wurde. ... Die Arbeitsbewertung im »Reich der Notwendigkeit« bleibt erhalten. Es verändert sich aber die Grundlage der Bewertung. Die geschaffene Lebenszeit würde zum gebrauchswertorientierten Bewertungskriterium« (S. 87). Das »Reich der Notwendigkeit« würde somit »neu definiert, ... anders organisiert und strukturiert; im Verhältnis zur »freien Zeit für alle« minimiert, aber bezogen auf die Schaffung von Lebenszeit maximiert« (S. 87). Der Arbeitsbegriff wäre somit ein anderer, durch die Veränderung und Vereinigung von Produktion und Reproduktion würde geschlechtshierarchische Arbeitsteilung aufgebrochen.

Damit geht Braun über eine feministische Marx-Kritik hinaus, die zwar gesellschaftliche Anerkennung für unbezahlte Reproduktions-, meist Familienarbeit, und einen anderen Arbeitsbegriff fordert, aber gesellschaftliche Arbeitsteilung, Produktion und Reproduktion, menschliche Emanzipation und Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen nicht zusammen bringt. »Eine Umorientierung auf die notwendige Reproduktionszeit schlosse die Umverteilung der Arbeit unter den Klassen, Schichten und Geschlechtern ein« (S. 87). Zugleich ist nach einer Position zu prinzipieller

Freiwilligkeit oder Pflicht zur Arbeit gefragt (S. 156, 160), aber das Problem bleibt leider marginal. Doch trotz des hier in die ferne Zukunft gerichteten Blicks ist es aktuell, ebenso, ob es gelingt, ausgehend von sich entwickelnden neuen Arbeitsformen »Schritte hin zu nichtpatriarchalen und nichtkapitalistischen Alternativen zu gehen. Aus Sicht der Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit lassen sich ... Kriterien ableiten, auf denen Arbeit dann beruhen müßte.« (S. 110) Das sind nach Braun acht Ziele: »Schaffung von Lebenszeit«, Hinwendung »zu nichtprofitorientierten und damit letztendlich nichtmarktwirtschaftlichen reziproken Verhältnissen«, »die Herausbildung nichtpatriarchaler Beziehungen«, »die Aufhebung der tradierten Arbeitsteilung«, »die Entstehung freiheitlicher Spielräume für alle«, »die Bindung der Lebenstätigkeiten stärker an die Nutzung regionaler Ressourcen«, »die Herstellung regionaler Kreisläufe« und »die Stärkung und weitere Entfaltung zivilgesellschaftlicher Verhältnisse« (S. 110-111). Die Begründung überzeugt, weniger hingegen die Hierarchie: Die Rang- und Reihenfolge genannter Ziele könnte eine andere sein. Sie ist auch nicht wichtig, sollen Prozesse ihrer Realisierung befördert werden. Wie kompliziert das ist, zeigt die Arbeitszeitdebatte (S. 119-123), weshalb Brauns Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, -umverteilung und -umbewertung auch nicht reduziert werden sollte auf »Keine Arbeitszeitverkürzung ohne Umverteilung ohne Umbewertung der Arbeit!«. Ihre acht Ziele bzw. Kriterien dienen der Bewertung der verschiedenen Arbeitsformen, der »vielfältigen Alternativen zur Erwerbsarbeit« wie »Ersatzarbeitsmärkte«, »Arbeiten in selbstverwalteten Betrieben, in Kommunen, in Projekten«, »Subsistenzarbeit«, »Eigenarbeit wie Reproduktionsarbeit«, »Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung von Arbeit« (S. 159). Hier »kombinieren sich Auflösungserscheinungen tradierter Strukturen, Selbsthilfe aus und Hilfe in der Not, aber auch Prozesse, die über die patriarchal organisierte Erwerbsarbeit potentiell oder real hinausweisen« (S. 159). Alternative würden sie jedoch tatsächlich erst, wird »Arbeit umbewertet«, »mit der tradierten gesellschaftlichen Arbeitsteilung gebrochen« (S. 159-160). Eine »weiterentwickelte soziale Grundsicherung,

bei der jede/r gegen Leistung ihres/seines Anteils an der notwendigen Reproduktion Anspruch auf Existenzsicherung hat« (S. 160), könnte Motivation für dazu notwendige Kämpfe sein. Doch was ist mit denen, die nicht arbeiten können? So richtig die Position vom »... Menschenrecht auf eigenständige Existenzsicherung für alle durch Teilnahme an der notwendigen Reproduktionsarbeit« (S. 162) ist, so wichtig ist das Eintreten für ein Einkommen, das jedem Menschen ein Leben in Würde ermöglicht.

JUDITH DELLHEIM

Cora Stephan:
Das Handwerk des Krieges,
 Rowohlt Berlin Verlag Berlin
 1998, 317 S. (38,00 DM)

Die Autorin auf den Zinnen einer mittelalterlichen Burg oder mit Sonnenschirm in der offenen Kutsche mit einem verlangenden Blick auf die in der Schlacht verknäulten, zuckenden, schlagenden Männerleiber. Bereit, ein Seidentuch als Preis für den Stärksten und Mutigsten mit unnachahmlicher Geste in den Staub gleiten zu lassen und sich nach der Schlacht dem Sieger hinzugeben ... Irgendwie drängen sich diese Bilder auf. Denn über lange Strecken liest sich dieses Buch wie eine mystifizierende, ja glorifizierende Darstellung der Kriege seit dem Altertum zumindest bis zum Ersten Weltkrieg. Sie werden als normaler Alltag von griechischen Bürgern und fränkischen Adligen vorgeführt, als hoch ethische und ästhetische Vorgänge. Nach Cora Stephan gehört »Krieg ...«, wie die Religion, zu den menschlichen Universalien« (S. 247).

Die Autorin dichtet der Kameradschaft der Kämpfenden, ja der Liebe der Männer in der attischen Phalanx oder in den Schützengraben vor Verdun ein Hohelied. Sie schwärmt von ritterlichen Zweikämpfen antiker und mittelalterlicher Zeiten, von Kabinettskriegen des 17. und 18. Jahrhunderts. Denn »in seiner zivilisierten Version lenkt ›Krieg‹ die den Gesellschaften inhärente Kraft auf sich und kanalisiert sie, indem er ihr eine Form gibt – die Formalisierung von Konflikt und Leidenschaften in den sogenannten Kabinettskrieg

... machte Krieg zeitweise zu einer weitgehend unblutigen Veranstaltung. Wenn wir Glück haben, ist Krieg gezähmte Leidenschaft.« (S. 248) Zu so viel Glück kein Kommentar.

Stephan gehört zu dieser intellektuellen Spezies, die eine »heile« Welt des regelhaften Tötens entwickelt. Ihre Sorge ist klar: Die Bundesrepublik muß sich ihrer neuen Rolle zum Krieg stellen. Die »hysterische Angst« vor einem dritten Weltkrieg, der auch Deutschland von der Landkarte hätte tilgen können, wie sie zu Zeiten der Friedensbewegung in den achtziger Jahren, aber auch noch im Golfkrieg deutsches Trachten bestimmte, müsse überwunden werden. »Soll die Bundesrepublik, wie es von ihren Partnern gewünscht wird, außenpolitisch eine gewichtigere Rolle spielen, also auch bei einer womöglich gewaltsamen Sicherung der außenpolitischen Balance in Europa, dann ist die Vergewisserung über die zivilisatorischen Normen, die auch für den Extremfall Krieg gelten, von größter Bedeutung.« (S. 255) Diese für sie noch unbefriedigenden Normen macht Cora Stephan vor allem an der in Deutschland aus der Erfahrung gerade des Zweiten Weltkriegs bestimmenden Einsicht fest, daß Krieg letztlich immer ein Verbrechen ist. Für sie sind Soldaten nicht mit Mördern gleichzusetzen. Natürlich ist ihr Hinweis auf die besondere Rolle von Kriegsverbrechen berechtigt, aber der Trick ihrer Argumentation besteht eben darin, ein recht unschuldiges Bild des Kriegs zu entwickeln.

Was vielleicht in grauer Vorzeit tatsächlich noch irgendwie Form der Konfliktaustragung sein konnte, das hat mit der Entwicklung der Produktiv- und Destruktivkräfte spätestens seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert eine Dimension angenommen, die Millionenheere aufeinanderprallen ließ und alsbald auch Millionen Kriegsoffer auf dem Schlachtfeld und im Hinterland zurückließ. Perfide (und verfälschend) sind Rechnungen, nach denen zivile Katastrophen viel verheerender seien. So stellt sie die Toten des Ersten Weltkriegs denen der Spanischen Grippe von 1919 gegenüber. Sie »vergißt« dabei nur: Seuchen fanden in Kriegswirren ihren idealen Nährboden! So gerechnet, würde auch der Zweite Weltkrieg zum »freundlichen« Gemetzel,

wenn die Folgeopfer in Vernichtungs- und Gefangenenlager, in Bombenkellern und der nuklearen Hölle von Hiroshima herausgerechnet würden. Heute nun trennen diese wunderbaren Rechner penibel militärische Verluste von »Kollateralschäden«.

Recht ist der Autorin natürlich zu geben, wenn sie auf den Platz des Kriegs und der gewaltsamen Auseinandersetzung in der Geschichte hinweist. Gerade auch ihre Erinnerung daran, daß die Linken nicht von Hause aus pazifistisch eingestellt waren, sollte Anlaß zu genauerem Nachfragen sein. Linke müssen schon nach den Kriegsgründen und Alternativen zu fragen bereit sein, müssen über verteidigungswerte Werte sprechen und bei aller Ablehnung des Krieges nicht selbst wehrlos und wehrunfähig werden.

Was Stephan aber ausklammert, ist zweierlei: Profit- und Machtgier wird von ihr kaum hinterfragt, zu schnell ist sie bereit, die ihr schon bewußten Manipulationsmechanismen zu akzeptieren. So verzichtet sie immer wieder darauf, nach den Beweggründen für Kriege zu fragen. Zum anderen begreift sie nicht die qualitative Veränderung des Krieges, die sich in den letzten zweihundert Jahren vollzogen haben. Augenscheinlich ist sie der Auffassung, daß mit dem Ende der Systemkonfrontation der konventionelle Krieg mit seinen Möglichkeiten wieder in sein Recht einzusetzen sei, er wieder zu einem gestaltbaren, sinnvollen, rationalen Element der Politik werden könne. Insofern ist sie erfolgreiche geistige Wegbereiterin des ersten NATO-Krieges und der ersten deutschen Kriegsbeteiligung seit 1945.

Konzepte eines High-Tech-Kriegs, wie er teilweise in Jugoslawien durch die NATO praktiziert wurde (keine eigenen Toten, der Einsatz von »sauberen« Bomben wie den Graphitbomben gegen die Energieversorgung, der relativ unblutige Kampf um Information und Kommunikation), lassen scheinbar relativ unblutige Kriege möglich werden, von denen Stephan träumt. Nur übersieht sie, daß die Mehrzahl der Kriege blutige Bürgerkriege und Kriege niederer, aber andauernder Intensität sind, in denen Greuel zur Tagesordnung gehören. Und sie übersieht, daß die scheinbar so »sauberen« Kriege der NATO-Strategen bei genauerem Hinsehen ebenso blutig wie in

ihrem politischen Effekt letztlich wirkungslos sind. Die Beseitigung Husseins oder Milošević ist in beiden Musterbeispielen neuer westlicher Kriegsführung um vermeintlich höhere Werte und Menschenrechte ebenso gescheitert, wie Menschen- und Völkerrecht auf der Strecke bleiben. Überhaupt ist die Denkweise der Autorin fatal, wenn sie über die Besonderheiten der Kriegsführung von Demokratien reflektiert. Berechtigt erkennt sie zwar, daß diese sich nicht so leicht in ein Kriegsabenteuer stürzen lassen würden (was allerdings zu hinterfragen wäre – so die Geschichte des Vietnamkriegs), noch ihn bei auftretenden Problemen unbegrenzt durchhalten. Sie sieht aber auch die besondere Härte der Demokratien bei der Durchsetzung ihrer moralischen Ansprüche. Über Machtinteressen denkt sie weniger nach.

Vielleicht ist es auch in den Zusammenhang der Kompliziertheit von Kriegen durch demokratisch verfaßte Staaten zu stellen, wenn die Autorin so vehement für eine Berufssarmee eintritt – natürlich nicht als Staat im Staate –, aber eben als ein von Demokratie und Mitgefühl weniger berührtes Instrumentarium.

Die Botschaft, daß ein wohl dosierter, eingehogter Krieg künftig wieder ein Konfliktlösungsmittel sein könnte, ist fatal und gefährlich. Moderne Kriegs zaubern nicht Massenvernichtungsmittel wieder zurück in die Büchse der Pandora. Sie bleiben ein alles vernichtendes Damoklesschwert, das über den Kriegsparteien und über der Menschheit schwebt. Allein die Folgen eines Krieges in einem halbwegs industrialisierten Gebiet – auch wenn das post bellum gerne tot geschwiegen wird – sind verheerend. Die brennenden kuwaitischen Ölquellen und jugoslawischen Chemiefabriken stellen Umweltkatastrophen mit Langzeitwirkung dar. Die »neuen« Kriege von USA und NATO haben zudem direkt und indirekt genügend Leid hinterlassen. Und Bürgerkriege und Konflikte in der Dritten Welt – an denen westliche Rüstungsfirmen und Staaten gut verdienen – halten sich sowieso nicht an Regeln.

Militärische Verteidigung wird sicher noch für Zeiten erforderlich sein. Sie aus der nationalen Verantwortung herauszunehmen und die Schwelle für den Einsatz militärischer Gewalt möglichst anzuheben und möglichst

durch konsensuale Entscheidungen zu regulieren, bleibt Aufgabe. Darüber und über vorbeugende Konfliktverhütung sollte nachgedacht werden. Intellektuelle Kriegsbrandstifter sollten sich möglichst schnell einen Frontabschnitt suchen, den Stahlhelm überstülpen und jene Kämpfe allein ausfechten, in die sie die Menschen unter welcher Überschrift auch immer hineinjagen wollen.

STEFAN BOLLINGER

Jens Samuel:
Ein Bombenwochenende,
Spotless-Verlag Berlin 1999,
92 S. (9,90 DM)

»Wenn Krieg, dann 18.00 Gedächtniskirche«. So steht es in meinem Terminkalender über den 24. und 25. März 1999 in rot geschrieben. Und, später nachgetragen und deshalb in grün: »we are at war«.

Über das Wochenende danach, das erste, an dem der Krieg in Jugoslawien tobte, hat Jens Samuel ein Büchlein herausgegeben. Auf gut 90 Seiten tut er nichts anderes, als Zeitungsmeldungen und Reden aneinanderzureihen und mit seinen Kommentaren zu verbinden. Dies hinterläßt einen Eindruck von der, jetzt über ein halbes Jahr entfernten, Anspannung und den Gefühlen, die damals herrschten. Allerdings beschränkt sich der Blick auf die Opposition zum Krieg. Vorwiegend wird aus der *junge Welt* und dem *Neues Deutschland* zitiert. Dies als Manko wahrzunehmen ist vielleicht insoweit falsch, als daß viele Kriegsgegner und -gegnerinnen damals kaum über diese Lektüre hinaus etwas lasen.

Das Buch ist ein kleiner Pressespiegel. Die Reden von Ströbele und Gysi, die Äußerungen von Künstlern in *junge Welt* und ein Interview der Initiatorin von »Mütter gegen den Krieg« werden wiedergegeben. Schlechter wird das Buch in der zweiten Hälfte, wo der Autor sich verstärkt selber äußert. Seine verständlicherweise haßgeladenen Kommentare driften ins rein Polemische ab.

Dieses Büchlein ist eine Erinnerung für die, die sich damals getroffen fühlten und engagierten. Neues zumindest bringt es nicht.

CHAZE

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Erste Gesamtübersicht zum Haushaltsjahr 1999

I. Einnahmen: 4,13 Mio. DM

Zuwendungen, gesamt: 4,13 Mio. DM

davon:

Zuwendungen des Bundesministerium des Innern 4 Mio. DM

Zuwendungen des Bundesministerium
für Wissenschaft und Forschung 15 TDM

Zuwendungen der
Bundstagsverwaltung 115 TDM

II. Ausgaben 4,13 Mio. DM

Aufwendungen aus der satzungsmäßigen
Tätigkeit/Projektausgaben 2,129 Mio. DM

Förderung von Studenten und Graduierten 15 TDM

staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische

Bildungsarbeit (Tagungen und Seminare,

Publikationen, Studien bzw. Vorstudien)

sowie auf die politische Bildung bezogene

Forschung, Sicherung zeitgeschichtlich

bedeutsamer Archivalien 2,114 Mio. DM

Personalaufwand für InlandsmitarbeiterInnen 751 TDM

Sächliche Verwaltungsausgaben 330 TDM

Geschäftsbedarf 25 TDM

Bewirtschaftung und Unterhaltung von

Grundstücken und Gebäuden 211 TDM

Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben

(einschl. Reisekosten, Zinsen, Beratungskosten

und ähnliche Ausgaben) 95 TDM

Ausgaben für Investitionen 920 TDM

Der Punkt »staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit« strukturiert sich wie folgt:

Aufwand Eigenprojekte 808 TDM

Jahresprotokolle mit den

ostdeutschen Landesstiftungen 531 TDM

Entwicklung Utopie kreativ 129 TDM

Projekte Dritter 646 TDM

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Eckwerte des Haushaltes 2000

I. Einnahmen:

Zuwendungen des Bundesministerium des Innern	7,41 Mio. DM
Zuwendungen des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für Auslandsarbeit	0,5 Mio. DM
Zuwendungen der Bundestagsverwaltung für das »Parlamentarische Archiv«	0,205 Mio. DM
Zuwendungen des Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung für Stipendien	1,5 Mio. DM

II. Ausgaben:

Personalaufwand	5,2 Mio. DM
Sächliche Verwaltungsausgaben	0,4 Mio. DM
Investitionen	0,3 Mio. DM
Fachausgaben	5,7 Mio. DM
Eigene Bildungsprojekte	1,3 Mio. DM
Entwicklung der Zeitschrift Utopie kreativ	0,2 Mio. DM
Jahresprotokolle mit den ostdtsh. Landesstiftungen	1,08 Mio. DM
Projektmittel an westdeutsche Vereine	0,56 Mio. DM
Zusammenarbeit mit dem Karl Dietz Verlag	0,2 Mio. DM
Projekte mit langfristigen KooperationspartnerInnen	0,48 Mio. DM
weitere Projektmittel an Dritte (Inland)	0,3 Mio. DM
Projekte im Ausland	0,45 Mio. DM
Stipendien	1,35 Mio. DM

Zentrale Forschungsprojekte der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich das ehrgeizige Ziel gestellt, ausgehend von demokratisch-sozialistischen Positionen in die Kämpfe um geistige Hegemonie in der Bundesrepublik einzugreifen, indem sie durch politische Bildung aufklärt und Möglichkeiten zur Selbstaufklärung im öffentlichen Diskurs bereitstellt.

Sie will zu einer Expertin für soziale Gerechtigkeit werden und Positionen des Internationalismus, Antifaschismus und Antirassismus Gehör verschaffen.

Dieses Ziele sind nur mittel- und langfristig zu erreichen. Der Übergang von einem ehrenamtlich arbeitenden Verein zu einer parteinahen, mit Mittel aus dem Bundeshaushalt ausgestatteten Stiftung ist kompliziert. Er verlangt vor allem auch die Förderung und Entwicklung von Netzwerken, in denen die Rosa-Luxemburg-Stiftung sich eigenständig einbringt. Dazu muss sie über eigene Kompetenz verfügen.

Die Mitgliederversammlung der Stiftung hat im Februar 1999 drei inhaltliche Schwerpunkte der politischen Bildung formuliert:

- (1) demokratisch-sozialistische Reformalternativen;
 - (2) Kräfte des demokratischen und sozialen Fortschritts in der Bundesrepublik und
 - (3) die Geschichte sozialer Emanzipationsbewegungen und die historische Sozialismus- und Kommunismusforschung.
- Ausgehend von dieser Schwerpunktsetzung wurde mit der Initiierung von eigenen und der Förderung von Projekten Dritter begonnen. Während Fragen der Geschichte des Kommunismus in Deutschland und der Geschichte der DDR durch die PDS-nahen Landesstiftungen in Sachsen und Brandenburg bearbeitet und durch zusätzliche Mittel der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert werden, konnten die beiden ersten Schwerpunkte bis 1999 kaum durch eigenständige wissenschaftliche Arbeit der Stiftungen fundiert werden.

In Umsetzung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung wurden im Frühjahr 1999 drei Projekte vorbereitet, die es der Rosa-Luxemburg-Stiftung ermöglichen soll, politische Bildung zu den Schwerpunkten demokratisch-sozialistischer Reformalternativen und der sozialen und politischen Kräfte eines sozialen und ökologischen Umbaus mit eigener Kompetenz zu befördern. Dies betrifft die Projekte

(1) *Akteure und Reformansätze in ostdeutschen Ländern*, das unter Leitung von Dr. Frank Berg durch das Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS) durchgeführt wird;

(2) *Analysen zur politischen Meinungsbildung in Deutschland – Studie zu Zielgruppen sozialistischer Bildung und Politik*, das in Verantwortung von Dr. Michael Chrapa, Leiter der Forschungsgemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien (FOKUS), Halle, gemeinsam mit Dr. Dietmar Wittich realisiert wird;

(3) *Perspektiven einer sozialistischen Moderne*, das durch Dr. Rainer Land, Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik (GSFP) geleitet wird.

Diese drei Projekte sollen über einen längeren Zeitraum neue sozialwissenschaftliche Erkenntnisse über konkrete Reformprojekte in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere in Ostdeutschland, über die subjektiven Voraussetzungen für Reformalternativen sowie über Grundzusammenhänge eines modernen Kapitalismus und der Alternativen sozialistischen Gestaltungsstrategien für die breitere Öffentlichkeit und die politische Bildungsarbeit der Stiftung im engeren Sinne liefern.

Aufgrund der sehr begrenzten finanziellen Mittel wurde eine Fokussierung auf die genannten drei Projekte vorgenommen und zugleich versucht, durch die Förderung weiterer Projekte und Initiativen Themen des Antifaschismus und Antirassismus, der Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit, von Wissenschafts- und Technologiepolitik, des Marxismus und der Kapitalismuskritik zu bearbeiten. Das Spektrum der Fragen, die der Förderung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterliegen, ist breit. Darüber wird in Kürze ausführlich informiert werden.

Im Folgenden sollen die drei genannten Projekte ausführlicher vorgestellt werden, da sie mit einer Förderung in Höhe von je 140 Tsd. DM für das Jahr 2000 bewusst als Schwerpunkte der eigenen Profilierung gewählt wurden. Es ist dabei kein Zufall, dass ostdeutsche außeruniversitäre Institute mit ihrer Realisierung beauftragt wurden. Es ist zweifelsohne eine besondere Verantwortung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, das dort entwickelte kreative Potenzial zu unterstützen und für die Profilierung der Stiftung zu nutzen.

1. Akteure und Reformansätze in ostdeutschen Ländern. Explorationsstudie Mecklenburg-Vorpommern

Dieses Projekt geht von folgender Problemstellung aus: Nahezu von allen politisch relevanten Richtungen der Bundesrepublik Deutschland werden gegenwärtig Reformen der bestehenden institutionellen Regulierungssysteme eingefordert. Verwiesen wird dabei vorrangig auf Zwänge wirtschaftlicher Globalisierung, die eine forcierte Freisetzung der Wettbewerbs- und Marktkräfte sowie eine entsprechende Anpassung von Staat und Gesellschaft erforderlich machen würden. Demgegenüber werden in Wissenschaft und Politik zunehmend

unterscheidbare Positionen erkennbar, die auf einen grundlegenden »Richtungswandel« bis hin zu alternativen Entwicklungspfaden gegenüber den neoliberalistischen Trends der strukturellen Modernisierung setzen. Auf diese Palette der Reformansätze, ihre jeweiligen Realisierungschancen und Probleme bei der politischen Implementation bezieht sich dieses Projekt.

Das Projekt soll sich u.a. mit Mitteln der empirischen Sozialforschung der Frage zuwenden, welche Ansätze zu Reformen Akteure leiten und welche tatsächlichen Chancen für ihre Realisierung auf der Ebene von Bundesländern bestehen. Untersucht werden soll, welche spezifischen Akteurkoalitionen Reformprojekte konstitutiv tragen, mit welchen (unterschiedlichen) Inhalten sie verbunden sind, mit welchen Handlungsorientierungen, -mustern und -ressourcen sie agieren, welche institutionellen Strukturen sowie Steuerungs- und Orientierungssysteme für die Implementation von Reformen daraus erwachsen und welche Rückwirkungen sich für die Veränderung des Gefüges politischer und sozialer Institutionen und Akteure (Parteien, Verbände etc.) ergeben können.

Hierbei konzentriert sich das Projekt ausgehend auch von den Zielstellung der Regierungspartner SPD und PDS zunächst auf die Bereiche

- a) Demokratie und öffentliche Institutionen,
- b) Arbeit und Beschäftigungsförderung. Die ostdeutschen spezifischen Problemlagen werden als Teil der gesamtdeutschen Herausforderungen für einen strukturellen Reformenwandel behandelt.

Die wissenschaftliche Begleitung der Landespolitik in Mecklenburg-Vorpommern ist in diesem Zusammenhang besonders interessant, weil die neue SPD-PDS-Regierung von Anfang an mit dem Anspruch antrat, einen »Politikwechsel« herbeizuführen. Sie vertrat also einen reformerischen Anspruch. Insbesondere soll hier untersucht werden:

- mit welchen Reformvorstellungen die Parteien SPD und PDS ursprünglich in die neue Regierung eintraten und wie bzw. durch welche Faktoren diese Reformvorstellungen realisiert, modifiziert, geändert oder verworfen wurden;
- ob und wie mit dem Anstreben von Reformprojekten ein entsprechender Politikwechsel praktiziert wurde, worin dieser gegebenenfalls besteht, worin seine Chancen, Probleme und Barrieren bestehen sowie welche Ergebnisse im Verlaufe dessen Realisierung für die Regionalentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern und insbesondere auf den beiden Feldern »Demokratie« und »Arbeit« im Lande bisher erkennbar sind;
- welche Akzeptanz und welche neuen Konflikte in Bezug auf die Regierungspolitik bei relevanten (parteipolitischen, verbandlichen und anderen) Akteur- und Elitengruppen im Lande hervortreten; welche Folgen sich hieraus für eine Veränderung der politischen Akteurkonstellationen und insbesondere für SPD und PDS ergeben;

– welche Chancen und Blockaden generell für die Handlungsfähigkeit von politischen Reformakteuren in Regierungsverantwortung und für den Beginn bzw. die Fortführung des Reformkurses im Lande bestehen.

Anhand dieser Explorationsstudie sollen gleichzeitig die Fragestellungen und die Methodik für eine Fortsetzung des Projektes differenziert ausgearbeitet werden. Beabsichtigt sind im Jahre 2000 u.a. die Durchführung spezieller Akteursnetzwerk- und Entscheidungsprozess- bzw. Implementationsanalysen.

Die Teil- wie auch die Gesamtergebnisse der Studie werden für wissenschaftliche Publikationen aufbereitet. Mit einer Veröffentlichung von Zwischenergebnissen über die BISS-Internetseite *www.biss-online.de* wird Anfang März 2000 gerechnet.

Projektverantwortlicher ist *Dr. Frank Berg*
Brandenburg-Berliner Institut für
Sozialwissenschaftliche Studien (BISS)
Erich-Weinert-Straße 19, 10459 Berlin
Tel.: (030) 4 45 20 74, Fax: (030) 4 45 34 97
E-Mail: *biss-berlin@t-online.de*

2. Analysen zur politischen Meinungsbildung in Deutschland – Studien zu Zielgruppen sozialistischer Bildung und Politik

Im Projekt werden gravierende gesellschaftliche Wandlungen der neunziger Jahre wissenschaftlich reflektiert und Aussagen darüber mit dem Ausblick auf neue Akteurskonstellationen im kommenden Jahrzehnt verbunden. Im Mittelpunkt steht zum einen die Frage, wie sich die »politische Landschaft« in Deutschland anhand nachweisbarer Potenzialgruppen seit 1990 verändert hat. Zum anderen unterzieht man die bislang nur wenig erforschte »geistige Sphäre« einer genaueren Analyse. Dabei werden sowohl neue Mechanismen der Einstellungs- und Meinungsbildung in modernisierten Kommunikationsgesellschaften (z. B. politische Deutungsmuster, Problembewusstsein) als auch Prozesse von Einstellungswandlungen (z. B. zu sozialer Gerechtigkeit und Demokratie) untersucht. Dies ist verknüpft mit theoretischen Ableitungen zu verschiedenen Ansätzen des politischen Handelns und von politischer Partizipation.

Im Vorhaben wird auf der Grundlage von Sekundäranalysen gegebener empirischer Datensätze und mittels selbständig vorgenommener Erhebungen ein breit angelegter Datenpool geschaffen, der – mit Blick auf die Messung politischer Potenziale – im deutschen Wissenschaftsraum kaum Vergleichbares hat. Als Ergebnisse des Projektes entstehen neben theoretischen Ableitungen auch Schlussfolgerungen für die moderne politische Bildung. Dies betrifft ein Spektrum von Themenangeboten und Materialien (Bildungshefte). Gleichzeitig ermöglicht das Vorhaben verschiedenartige Forschungsanschlüsse, so z. B. in Hinblick auf übergreifende Einstellungswandlungen im europäischen Raum.

Projektverantwortlicher ist *Dr. Michael Chrapa*
Forschungsgemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien e.V.
Halle (FOKUS)
Willy-Lohmann-Str. 9, 06114 Halle/Saale
Telefon/Fax: (0345) 5 22 31 81
E-Mail: chrapa@aol.com.

3. Perspektiven einer sozialistischen Moderne

Dieses Projekts will über ein vertieftes wissenschaftliches Verständnis von Modernisierungsprozessen und modernen Gesellschaften das Spektrum möglicher Entwicklungspfade und gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten am Ausgang der »fordistischen Moderne« erkunden. Unter sozialistischer Moderne wird eine solche Verfassung moderner Gesellschaft verstanden, in der die Entwicklung der gesellschaftlichen Ressourcen zugleich als Bedingung freier und universeller Entwicklung aller Individuen fungiert. Der Versuch, Sozialismus auf der Basis der Grundstrukturen moderner Gesellschaften zu rekonstruieren, versteht sich ausdrücklich als Konsequenz (a) aus dem Scheitern des Staatssozialismus, der die Steuerungsfähigkeit gesellschaftlicher Entwicklung durch die Aufhebung wesentlicher Grundstrukturen moderner Gesellschaft erreichen wollte, und (b) der Notwendigkeit, die gesellschaftliche Dominanz der Kapitalverwertung aufzuheben, um soziale und ökologische Nachhaltigkeit zu verwirklichen und die freie Entwicklung jeder und jedes einzelnen zum Kriterium sozialer Evolution werden zu lassen.

Mit dem Niedergang der fordistischen Potenziale begann in den 80er Jahren zunächst eine neoliberale Attacke auf wohlfahrtsstaatliche Verfassungen der Gesellschaft. Die dem entgegengestellten Abwehrstrategien konnten den Abbau sozialer Regulation bestenfalls bremsen. Ein Ausweg aus der Krise des kapitalistischen Fordismus konnte durch bloße Verteidigung nicht entwickelt werden. Seit Mitte der 90er Jahre entstand vor allem in der Sozialdemokratie neue konzeptionelle Richtungen, die unter dem Schlagwort »Dritter Weg« Ergebnisse des Neoliberalismus voraussetzt, aber zugleich die Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile einzudämmen oder auch aufzuheben versucht. Bislang ist offen, inwieweit diese neue Sozialdemokratie durch die Kombination von Neoliberalismus und sozialer Inklusion die Krise des gegenwärtigen Kapitalismus überwinden und ein nachfordistisches Entwicklungsstadium einleiten kann.

Das Konzept einer sozialistischen Moderne zielt ebenfalls auf eine Überwindung des Fordismus. Es unterscheidet sich aber von neoliberalen wie von den derzeitigen sozialdemokratischen Konzeptionen in zwei zentralen Punkten: 1. Überwindung der sozialen Desintegration ist keine hinreichende Bedingung individueller Entwicklung. Der bloßen Überwindung von Exklusion wird das Konzept wirklicher Entwicklung der Individuen entgegengestellt. 2. Die Frage nach neuen institutionellen Arrangements wird unterlegt durch die Frage nach

einem neuen Entwicklungspfad der Produktions- und Konsumtionsweisen, der Lebenswelten. Erst damit scheint eine Grundlage für die Bestimmung jener ökonomischen, politischen und kulturellen Institutionen gegeben, die die Durchsetzung sozialistischer Zielstellungen ermöglichen.

Das Projekt ist gliedert sich in drei Teile, die parallel bearbeitet werden:

- (1) Studien zu theoretischen Grundlagen des Konzepts »moderner Sozialismus«. Dies schließt solche Fragen ein wie Grenzen des Fordismus und postfordistische Entwicklungspfade; Lebenswelt und freie Entwicklung der Individuen; Gestaltungsmöglichkeiten sozialer Subsysteme; neue soziale Bewegungen in modernen Gesellschaften; neue institutionelle Arrangements der Regulierung ökonomischer Entwicklung.
- (2) Studien über die gegenwärtigen Reformkonzepte der wichtigsten politischen Kräfte des Neoliberalismus, der neuen Sozialdemokratie und der Grünen und neuer sozialer Bewegungen.
- (3) Studien zu Reformvorhaben in verschiedenen Ländern und Regionen insbesondere der kapitalistischen Metropolen, um beantworten, welche konkreten Reformen aus der gegenwärtigen Konstellation heraus einen sozialistischen Entwicklungspfad moderner Gesellschaften einleiten können. Dazu gehören Fragen der Regulation der Weltmärkte, insbesondere der Finanzmärkte; der Regulation des ökologischen Umbaus der Produktions- und Konsumtionsweise; der Institutionen zur Sicherung der Lebenswelten vor Kolonialisierung durch Wirtschaft, Politik oder Ideologien; Bedingungen für die Entfaltung selbstbestimmter und vielfältiger Lebensweisen, Geschlechterverhältnis in Arbeit, Politik und Lebenswelt; der neuen Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, insbesondere des Steuersystems und des Staatshaushalts, der öffentlichen Dienstleistungen und der Sozialsysteme; von Demokratie und Partizipation.

Die erarbeiteten Studien werden in einer Seminarreihe diskutiert und publiziert. Erste Ergebnisse liegen vor in dem Artikel von Rainer Land: Moderner Sozialismus versus Neoliberalismus. In: Das Argument Nr. 233, Heft 6/1999, S. 811-826. Aktuelle Informationen sind einsehbar

über die Internetadresse:

<http://berlinerdebatte.sireco.de/sozmod>.

Projektverantwortlicher ist *Dr. Rainer Land*

Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik (GSFP)

Erich-Weinert-Straße 19, 10439 Berlin,

Telefon: (030) 44 65 13 56, Fax: (030) 44 65 13 55

E-Mail: rla@berlinerdebatte.sireco.de.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,
wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte sollten auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir, Tabulatoren zu verwenden. Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000

Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

Impressum

Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.)
Herausgegeben im Auftrag der
Bundesstiftung Rosa Luxemburg e.V.
durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:
GUNTHER KOHLMHEY † und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 57)
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 144

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 62:	je	2 DM
Heft 63 bis 98	je	5 DM